Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 133 | Winter 2021 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



PANDEMIELEUGNER

PARALLELWELTEN VON NEONAZIS, VERSCHWÖRUNGSGLÄUBIGEN UND ALTERNATIVEN MILIEUS

www.antifainfoblatt.de



DIE BEWEGUNG „QUERDENKEN" – ASPEKTE EINER ZWISCHENBILANZ
„Querdenken" hat die Proteste gegen Corona-Maßnahmen dominiert. Auf das Ausbleiben einer realen politischen Wirksamkeit folgte eine rapide Radikalisierung entlang verschwörungsnarrativer und extrem rechter Ideologieelemente.



DER RECHTE TRAUM VOM TAG X
Spätestens seit den 1990er Jahren arbeiten Neonazis auf einen Tag X hin, an dem es zum Umsturz kommen oder der „Rassenkrieg" beginnen soll. Dass die Behörden diese Bestrebungen fehlgedeutet und unterschätzt haben, führte am Ende zum Terror des NSU. Diese Geschichte könnte sich nun wiederholen.



VON DER DDR-OPPOSITION NACH RECHTS AUSSEN
Ob Michael Beleites, Siegmar Faust, Vera Lengsfeld oder Angelika Barbe. So unterschiedlich ihre Lebenswege in der DDR-Opposition waren: Ausgestattet mit der moralischen Autorität ihres widerständigen Engagements in der DDR, agieren sie heute als Fürsprecher diverser rechter Politikangebote.



Foto: AthensLive

EHEMALIGE JUGOSLAWIEN-SÖLDNER AUF FREIEM FUSS
Schätzungsweise 150–300 griechische Paramilitärs dienten in der bosnisch-serbischen Armee. Bei ihnen handelte es sich es sich um Berufssoldaten, Söldner und Mitglieder der extremen Rechten mit Verbindungen zur neofaschistischen und inzwischen verbotenen Partei „Goldene Morgenröte.

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA/ANTIRA

DISKUSSION

GESCHICHTE

RASSISMUS

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

■ Seit März 2020 dominiert die Corona-Pandemie und die sie begleitenden Maßnahmen zur Eindämmung unseren Alltag. Der staatliche Umgang zeigte sich je nach Intensität der Virusausbreitung nicht selten autoritär und in bisher ungewohnten Situationen repressiv, wie unser Blick nach Hamburg auf Seite 24 verdeutlicht. Nach außen gerichtet wird der globalen Herausforderung mit einer Abschottung der EU-Außengrenzen begegnet. Ein erdrückendes Beispiel dieser Politik zeigt sich in der Grenzregion von Belarus / Polen und begleitet uns auch in dieser Ausgabe erneut. Seit August 2021 hat Polens Grenzpolizei nach eigenen Angaben über 35.000 Pushbacks durchgeführt. Mindestens 14 Geflüchtete starben in dem Grenzstreifen, unter weitgehend ungeklärten Umständen.

Über allem stand von Beginn der Pandemie an das Aufrechterhalten des kapitalistischen Normalbetriebs. Doch die aktuelle Situation hat auch Brüche im System aufgezeigt und die vielen Arbeitskämpfe nicht nur im hochbelasteten Pflege- und Gesundheitssektor sind ein Ausdruck davon.

Gleichzeitig tauchten mit Beginn der Pandemie an vielen Orten reaktionäre Denkweisen gekleidet in antisemitische Verschwörungserzählungen auf. Sich selbst „Querdenker" nennend und Anfangs medial oft als „Maßnahmenkritiker_innen" verharmlost, entstand eine heterogene Bewegung aus Impfgegner_innen, Verschwörungsanhänger_innen, Antifeminist_innen, extrem Rechten und Esoteriker_innen, die nicht nur auf der Straße sondern auch virtuell einen Ort dafür fanden reaktionäre Ansichten zu verbreiten und entsprechende Netzwerke zu knüpfen.

Wir wollen uns in dieser Ausgabe weniger den manchmal skurril anmutenden Protagonist_innen widmen, sondern versuchen die rechten Ideologiefragmente der verschwörungsideologischen Pandemieleugnung als verbindende Elemente aufzuzeigen – die unter den inhaltslosen Floskeln von „Frieden und Freiheit" nicht immer sichtbar sind. Dieser Versuch wird nicht die ganze Komplexität der Szene erfassen können. Dennoch verbinden wir mit diesem Schwerpunkt die Hoffnung, Antifaschist_innen einige Argumente und Motivation zu liefern, um sich diesem reaktionären Treiben wirkungsvoller als bisher entgegenzustellen.

Hinweis zum gedruckten Inhaltsverzeichnisbild und den Waffenträgern im Wald (Seite 57) der letzten Ausgabe: Die Gruppe, über die der Autor schrieb, ist der Militärorden „Centuria". Dieser wurde 2018 ins Leben gerufen. Die abgebildete Gruppe mit den Waffen verwendet seit August 2020 denselben Namen und war vorher als „Nationale Miliz" (Azov Straßenflügel) bekannt. Die ältere „Centuria" protestierte gegen die zweite Neonazi-Gruppe, die denselben Namen verwendet. Viele Medien in der Ukraine und in Russland haben das nicht klar heraus gearbeitet, aber in der genannten Studie unterscheidet der Autor deutlich zwischen den beiden Gruppen. Die im Text-Teaser genannte „Centuria"-Gruppe – die von „Der III. Weg" gelobt wird – dürfte die zweite „Centuria" sein.

Seit 30 Jahren beobachtet das apabiz die extreme Rechte und ihre rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Ideologien. Es ist das umfangreichste Archiv dieser Art: Die systematische Auswertung und Aufarbeitung des gesammelten Materials sind unverzichtbarer Bestandteil im Kampf gegen rechts, sie machen die Sammlung für Forschung, Wissenschaft, Medien und die Zivilgesellschaft nutzbar. Mit dem Material, das antifaschistische Aktivist_innen und Initiativen über Jahre hinweg zum Archiv hinzugefügt haben, konnten Spuren und Beweise für die neonazistischen Aktivitäten der Beteiligten aus früheren Jahrzehnten rekonstruiert werden. Dieser Kampf braucht einen langen Atem.

Nur eine unabhängige Finanzierung über Spenden kann die politische Unabhängigkeit des apabiz auf Dauer sichern. Mehr Infos zur aktuellen Spendenkampagne gibt es unter: **www.auf-dauer.apabiz.de**

IN EIGENER SACHE

Wir müssen unsere Website grundlegend erneuern. Um alle Artikel und das Archiv zu erhalten, muss einiger Aufwand betrieben werdne, was leider sehr viel Geld kostet. Dafür bitten wir Euch um Spenden. Diese sind nicht steuerlich absetzbar. Als ehrenamtlich arbeitende antifaschistische Initiative wollen wir unsere Arbeit weiterhin unabhängig leisten können.

AIB
IBAN: DE48 1002 0500 0003 2518 00
BIC: BFSWDE33BER
www.antifainfoblatt.de/ich-zahl-fuers-aib

Waffenfunde bei „Berserker Clan“

In mehreren Bundesländern durchsuchte die Polizei am 20. Oktober 2021 Wohnungen von Mitgliedern des extrem rechten „Berserker Clans“. Die Razzien waren in Berlin, Esslingen (Baden-Württemberg), Wiesbaden (Hessen) und mehreren Orten in Schleswig-Holstein erfolgt. Die 15 Beschuldigten sind zwischen 26 und 55 Jahren alt. Dabei wurden Schusswaffen, Schreckschusswaffen, Munition, Hieb- und Stichwaffen sowie diverse Drogen sichergestellt. Rädelsführer der Bruderschaft soll ein 40-jähriger Berliner aus Lichtenberg sein. Hintergrund der Razzien waren Vorbereitungen auf einen „Tag X“, bei dem die Beschuldigten einen bewaffneten Aufstand geplant haben sollen. Durch einen Zeugen sind die Behörden bereits im Jahr 2020 auf die Gruppe aufmerksam geworden und hatten die Kommunikation der Beschuldigten überwacht. Dabei hätten sie entsprechende Planungen mitbekommen. Den Beschuldigten wird nun Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Auf Facebook inszenierte sich die Gruppierung mit nordischen Symbolen und Wikingerkitsch, postete Beiträge wie „Durch Blutvergießen verkünden uns die Götter ihren Willen“ und drohten mit „Rache voll Grauen und Schrecken“, wobei unklar bleibt wofür. Einzelne Mitglieder waren zudem bei „Querdenken“-Aufmärschen in Gruppenshirts aufgetreten, unter anderem am 29. August 2020 in Berlin. Nach Medienberichten soll die Gruppe aber zerstritten und nur begrenzt zu gemeinsamen Aktionen in der Lage gewesen sein. •



Foto: Grischa Stanjek / democ.

Polizei-Ausbilder mit rechter Vergangenheit

Stephan Maninger, zeitweilig ein Ausbilder an der Bundespolizeiakademie, hat eine rechte Vergangenheit. Erst durch Recherchen der Journalisten Aiko Kempen und Marcus Engert auf buzzfeed.de wurde dies einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Seit 2019 ist Maninger Professor für Sicherheitspolitik an der Hochschule des Bundes, Fachbereich: Bundespolizei. Maninger gilt innerhalb der Behörde als eine Art Sicherheitsexperte und unterrichtet auch Spezialeinheiten.

Sein Name war zeitweilig im rechten Milieu (öffentlich) präsent. So war Maninger als „Versammlungsleiter“ einer der Gründer der ultra-rechten Kaderschmiede „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) und Autor diverser rechter Publikationen wie der „Jungen Freiheit“ (JF). Im September 2001 unterzeichnet Maninger einen „Appell an die Bundeswehr“, der sich gegen die Entlassung seines IfS-Kollegen Götz Kubitscheks wegen rechtsextremistischer Bestrebungen richtete. Zuvor hatte Maninger sich in Südafrika für eine Bewegung eingesetzt, die einen „Volksstaat für Weiße“ in dem afrikanischen Land forderte (AIB 76: „Der radikale Afrikaaner-Nationalismus in Südafrika“) Er trat Anfang der 1990er Jahren zeitweilig sogar als ein Pressesprecher der „Afrikaaner Volksfront“ (AVF) in Erscheinung. Maninger blieb dem Thema „Südafrika“ treu und sprach als Redner auf dem „22. Südafrika Seminar“ des „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA). Die anderen Redner und die Teilnehmer_innen waren z.T. bekannte Aktivisten und Funktionäre des rechten bis neonazistischen Milieus. Einige wurden später sogar als Unterstützer des NSU bekannt. Das Antifaschistische Infoblatt (AIB) schrieb im Sommer 2013 zu der Veranstaltung: „Mitte September 1998 soll Nordbruch dann mit dem NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben und den Thüringer Neonazi-Aktivisten Andre Kapke und Mario B. an einem „Südafrika Seminar“ des HSA in Coburg teilgenommen haben.“ (Vgl. AIB 98: Das „Hilfskomitee Südliches Afrika“) •

Mutmaßlicher Rechtsterrorist aus Spangenberg für die CDU aktiv



Der mutmaßliche Rechtsterrorist Marvin Euhus wurde online als Kandidat der CDU präsentiert.

Ein 20-jähriger aus Spangenberg sitzt seit Mitte September 2021 wegen der Vorbereitung einer „schweren staatsgefährdenden Gewalttat" und Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz in Untersuchungshaft. Bei dem Verhafteten handelt es sich laut Recherchen der „task antifa kassel" um Marvin Euhus. Bei der Durchsuchung fanden Ermittler_innen der Polizei zahlreiche Sprengkörper und ein selbstgeschriebenes, rassistisches Manifest, in welchem ein Rassenkrieg herbeiphantasiert wird. Besonders brisant dabei: Euhus, der mit seiner Familie aus Chemnitz nach Spangenberg gezogen sein soll, engagierte sich auf lokaler Ebene für die CDU. Dort schien er mit seiner Weltanschauung offenbar nicht anzuecken. So trat er für die Partei im März 2021 bei den Kommunalwahlen an. Für die Stadtverordnetenwahl in Spangenberg kandidierte er auf Listenplatz 14, für den Ortsbeirat wählte ihn die CDU sogar auf Listenplatz 4. Die Spangenberger CDU bemüht sich derweil um Schadensbegrenzung, sie weiß wahrscheinlich schon seit der Inhaftierung im September 2021 um den Fall. Während die Kandidatenvorstellung von Euhus auf dem Facebook-Account der CDU Spangenberg gelöscht wurde, taucht er zumindest auf der Webseite der Partei an einer Stelle noch auf. Nach der Hausdurchsuchung kurz vor der Bundestagswahl erscheint das nicht besonders verwunderlich: Einen mutmaßlichen rassistischen Bombenbauer als Kandidaten für die Kommunalwahl aufgestellt zu haben, ist keine gute Wahlwerbung. Trotzdem fragt man sich, mit welchem politischen Kalkül Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden den Vorfall zwei Monate lang ‚geheim' gehalten haben, während bspw. die Verhaftung der Leipziger Antifaschistin Lina in aller Öffentlichkeit breitgetreten wurde. (Quelle: task - antifa kassel) •

Justizmitarbeiterin spitzelte für Neonazis?



Efstathia M. mit Hildmann-Energydrink auf einer Querdenken-Demo am 18. November 2020.

Eine IT-Administratorin der Berliner Generalstaatsanwaltschaft soll für Neonazis auf vertrauliche Unterlagen zugegriffen haben. So soll Efstathia M. dem antisemitischen „Vegankoch" Attila Hildmann vor einem Haftbefehl gewarnt haben, der daraufhin in die Türkei floh. Sie soll auch Akten des Neonazi-Videoaktivisten Nikolai Nerling („Der Volkslehrer") abgefragt haben, wobei bislang unklar ist, ob sie ihn auch mit Informationen versorgt hat. M. war bereits im Mai 2021 enttarnt und entlassen worden. Erst Anfang November 2021 wurde der Fall durch verschiedene Medien öffentlich. Auf M. kam die Generalstaatsanwaltschaft bei internen Ermittlungen, weil sie der Polizei mehrfach bei Aktionen der „Querdenken"-Szene aufgefallen war, u.a. im Umfeld des selbsternannten „Captain Future", Michael Bründel. Dort habe sie sich als Justizmitarbeiterin zu erkennen gegeben. Fotos zeigen Efstathia M. bei den gewalttätigen „Querdenken"-Protesten am 18. November 2020 in Berlin. Nachdem die Generalstaatsanwaltschaft überprüfte, auf welche Daten die Systemadministratorin zugegriffen hatte, „ergaben sich unberechtigte Abfragen zu verschiedenen Personen der rechtsextremen und der ‚Querdenker'-Szene", wie ein Justizsprecher mitteilte. Im Juli 2021 folgte eine Durchsuchung bei M. in Berlin, bei der Datenträger sichergestellt wurden. Auslöser der Ermittlungen war die Tatsache, dass Hildmann bereits von dem Haftbefehl gegen ihn wusste, kurz nachdem die zuständige Richterin diesen erst unterschrieben hatte. Schon vorher hatte sie ihn mit Informationen aus Ermittlungsverfahren gegen ihn versorgt, wie Telegram-Chats belegen: „Guten Morgen, Ich hab dir zusammengestellt, was bisher bei den Staatsanwaltschaften auf dich eingetragen ist", schrieb M. an den notorischen Antisemiten im November 2020. Es folgten Aktenzeichen von Verfahren in Dresden, Cottbus und Berlin sowie ein Screenshot aus dem internen Justizsystem. Zudem nannte sie Namen von Polizisten und aktuell laufende Maßnahmen gegen Hildmann. „Wenn ich mehr erfahre, geb ich dir natürlich Bescheid", schrieb M. mit drei Herz-Emojis. Später reiste M. sogar zu Hildmann in die Türkei und wollte von dort weitere Daten abrufen, jedoch ohne Erfolg. Gegen M. wird jetzt wegen des Verdachts der Verletzung des Dienstgeheimnisses und der versuchten Strafvereitelung ermittelt. •

TITEL

Keine andere politische Akteursgruppe hat die bisherige Zeit der Pandemie so stark dominiert wie „Querdenken". Auf das Ausbleiben einer realen politischen Wirksamkeit folgte eine rapide Radikalisierung entlang verschwörungsnarrativer und extrem rechter Ideologieelemente.

Die Bewegung „Querdenken" – Aspekte einer Zwischenbilanz

Am ersten Novemberwochenende 2021 versammelte sich die „Querdenker"-Anhängerschaft in Leipzig mit der Hoffnung ihren Mobilisierungserfolg vom November 2020 wiederholen zu können. Anders als im vergangenen Jahr blieb der symbolische Erfolg diesmal aus. Nur rund zweitausend Anhänger_innen von „Querdenken" konnten mobilisiert werden. Rund um den Augustusplatz lieferten sie sich Rangeleien mit der Polizei, griffen Pressevertreter_innen an, konnten sich jedoch nicht zu einem großen Demonstrationszug formieren. Im November 2020 sollen es um die 20.000 Teilnehmende gewesen sein, die auf dem Leipziger Innenstadtring demonstrierten. Ihre rhetorische und inhaltliche Bezugnahme auf die Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989 lösten eine kontroverse Debatte über die Aneignung des '89-Narrativs durch „Querdenken" aus. Nicht erst im Vorfeld der 2020er Demonstration in Leipzig hatten Vertreter_innen von „Querdenken" zur Beschreibung der von ihnen wahrgenommenen gesellschaftlichen Situation in der Pandemie die Spätphase der DDR als zeitgeschichtliche Referenz herangezogen, um ihrem Protest historische Legitimität zu verschaffen. Wie im Jahr 1989 gelte es in der Pandemie gegen eine alle Bereiche des Lebens durchdringende Diktatur vorzugehen, die die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte mit Füßen trete, und jene unter den Druck politischer Diffamierung und Verfolgung setze, die sich der angeblichen „Corona-Diktatur" zu entziehen suchten. Entsprechend griffen „Querdenken"-Akteure auf Schlagworte des Herbstes 1989 zurück. In den ostdeutschen Ländern stieß dies auf Resonanz. Ein Sonderfall stellt Sachsen dar: Wie schon im Kontext der Mobilisierung gegen Geflüchtete in den Jahren nach 2015 tritt hier offensiver als andernorts ein rechter gesellschaftlicher Block auf, dessen Resonanz weit über den Kern des eigenen Milieus hinausreicht.

Neue ideologische Allianzen?

In den ersten Analysen der im Entstehen begriffenen Bewegung „Querdenken" im Jahr 2020 war davon die Rede, dass sich dort ein neues politisches Lager formiere. Ebenso war von einer „Querfront" die Rede. Diese Versuche der inhaltlichen Beschreibung von „Querdenken" reagierten zunächst auf den äußeren Augenschein des Protests, die darauf schließen ließe, dass in diesem Fall einander diametral gegenüberstehende ideologische und habituelle Milieus gemeinsam gegen die Maßnahmen der Regierung mobilisierten: eher als „links" apostrophierte Milieus, wie Teile des postmaterialistischen, ökologisch orientierten Bürgertums in direkter Interaktion mit Protagonist_innen aus der „Reichsbürger"- und Esoterikszene. Diese lagerübergreifende „Querfront" stelle eine neue Qualität politischer Mobilisierung dar. Eine nähere Betrachtung lässt jedoch den Schluss zu, dass hier ein Zusammengehen einer Teilmenge politischer Strömungen und Protagonist_innen zu beobachten war, die bereits 2014 im Kontext der sogenannten „Friedensmahnwachen" gemeinsam politisch auftraten. Zweifelsohne waren darunter Menschen, die sich zuvor in linken Kontexten bewegt hatten, in Bezug auf ihre Positionierung in der Debatte um die „Friedensmahnwachen" linke Positionen jedoch immer weiter aufgegeben hatten. Eine „Querfront" im historischen Sinne eines aktiven Zugehens vormals explizit linker Akteure auf rechts orientierte oder extrem rechte Milieus war nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Organisierte Linke distanzierten sich rasch von den erstmals im März 2020 durchgeführten sogenannten „Hygiene Demos" und kritisierten den Auftritt verschwörungsnarrativer Gruppen deutlich. Statt von neuen ideologischen Allianzen ist bei „Querdenken" von einer autoritären und regressiven politischen Strömung zu sprechen, die unter Einschluss von Elementen der extremen Rechten ideologisch durchaus einander verwandt sind. „Reichsbürger", Esoteriker, rechte Ökologen, Anthroposophen, Verschwörungsideologen und militante Neonazis und Hooligans eint habituell auf den ersten Blick nicht allzu viel. Ihr Bindeglied ist vielmehr der jeweils szenespezifische Antisemitismus, die Affinität zu Rassismus und ihre anti-moderne und wissenschaftsfeindliche Deutung der gegenwärtigen multiplen Krisen des kapitalistischen Gesellschaftsmodells. Als „Lösung" der Krisen favorisieren diese autoritäre Formierung und den Ausschluss von zuvor definierter Minderheiten an der materiellen Teilhabe.

Rechte Trabanten

Für die AfD und ihr rechtsintellektuelles Umfeld stellte „Querdenken" in seiner Hochphase eine politische Herausforde-



Foto: Paul Hanewacker

rung dar. Wie im Falle von PEGIDA erkannte man erneut eine gesellschaftliche Mobilisierung, die für die (extreme) Rechte mehr als nur Anknüpfungspunkte bot. Das „Compact"-Magazin, die AfD oder das „Institut für Staatspolitik"(IfS) beschäftigten sich damit, auf welche Weise „Querdenken" für die eigene Agenda nützlich sein könne. Am Sitz des IfS in Schnellroda überwog bei aller Sympathie für das Projekt am Ende die Skepsis, ob sich daraus Funken für eine Erweiterung der politischen Basis der extremen Rechten als Hegemonieprojekt schlagen lassen. Das „Compact" Magazin widmete „Querdenken" eine Sonderausgabe und eine wohlwollende Berichterstattung. Doch der Versuch der AfD, das Thema Pandemie und damit „Querdenken" parteipolitisch im Wahlkampf so mobilisierend zu besetzen, wie es mit dem Thema Migration in den Jahren 2015/2016 geschah, misslang. Das Wahlergebnis der Partei „Die Basis" – die als parteipolitischer Arm der „Querdenken"-Bewegung angetreten ist – vermochte jedoch weit weniger Wähler_innen an sich zu binden, als das mediale Echo, auf welches „Querdenken" gestoßen war, die Partei hatte hoffen lassen.

Aufstieg, Differenzierung, Zerfall?

Der Aufstieg von „Querdenken" selbst vollzog sich zunächst in Baden-Württemberg, wo die ersten Demonstrationen in Stuttgart stattfanden. Es folgten große Demonstrationen in Berlin, bei denen popkulturell performende Exzentriker_innen im Supermann- oder Captain Future-Kostüm ebenso ihren Auftritt suchten, wie AfD-Bundestagsabgeordnete und militante Neonazis. Doch die Inszenierung einer Revolution vor dem Reichstagsgebäude und dem Brandenburger Tor scheiterte. Wie nicht anders zu erwarten, brach danach innerhalb der Bewegung Streit aus: um Führung, politische Ausrichtung und nicht zuletzt um Geld und den Zugriff darauf. Die ausbleibende politische Selbstwirksamkeit der Bewegung führte dazu, dass sich manche frustriert zurückzogen, wieder andere ihre Aktivitäten in Telegram-Kanäle verlegten. Mehrere erneute Anläufe die Dynamik von „Querdenken" zu beleben, schlugen fehl. Um den endgültigen Zerfall von „Querdenken" zu konstatieren ist es zu früh. Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer erneuten Zuspitzung der Pandemie und der Debatte um den künftigen Status von Ungeimpften bzw. den für sie zu erwartenden Einschränkungen, könnte die Mobilisierungsfähigkeit von „Querdenken" wieder zunehmen. Die Wahrnehmung, in einer Diktatur zu leben, wird sich für Impfverweiger_innen absehbar verstärken, wenn für sie Einschränkungen der individuellen Freiheit zurückkehren, wie sie für den Lockdown kennzeichnend waren.

Radikalisierung

Denkbar sind daher Szenarien einer fortschreitenden Radikalisierung von Menschen, die vor dem Hintergrund des Ausbleibens messbarer politischer Erfolge nach neuen politischen Artikulationsformen suchen und dabei vor Gewalt nicht zurückschrecken. Der Mord von Idar-Oberstein, wo ein Maskenverweigerer einen Tankstellenangestellten tötete, weil dieser ihn auf die Maskenpflicht hinwies, kann als Indikator dafür angesehen werden, dass es ein Radikalisierungs- und Gewaltpotential gibt, welches nicht zwingend an die Mobilisierungsverläufe von „Querdenken" gebunden ist, aber indirekt damit korrespondiert. Nicht zu vergessen all jene militanten Prepper, „Reichsbürger" und andere extrem rechte Akteur_innen, die in den Corona-Maßnahmen der Regierung einen Indikator für die Degeneration des Staates sowie des Modells des weltoffenen Neoliberalismus sehen und die Zeichen der Zeit als Aufruf zum Bürgerkrieg interpretieren bzw. diesen herbeisehnen. Bekanntlich gibt es in den genannten Szenen keinen Mangel an Waffen. •

TITEL

AfD und Corona – Im Zweifel für die Bewegung

ROBERT FIETZKE

■ Als das SARS-CoV-2-Virus im Januar 2020 auch Deutschland erreicht und sich daraufhin bedrohlich schnell verbreitet, stellt das nicht nur Regierende, Gesundheitsämter und Verwaltungen auf eine harte Probe, sondern auch die AfD. Die Partei befindet sich in einer regelrechten Schockstarre. Öffentliche Erklärungen sind entweder rar oder wirken in der Rückschau geradezu grotesk. In einer Pressemitteilung vom 12. März 2020 prangert Alice Weidel die Bundesregierung für ihr „Nichtstun" an, die das „Leib und Leben der Menschen" gefährde. Sie solle „endlich die entsprechenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung" einleiten.

Wenige Tage später präsentieren Weidel und Parteichef Chrupalla einen „5-Punkte-Plan", in dem sie einen „Schutzschirm für alle von der Corona-Krise betroffenen Familien" oder die „Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung" fordern. Was sich im „Sofortprogramm" jedoch nicht findet, sind die Pandemie relativierende Worte. Stattdessen gibt es sogar Verständnis für die „notwendigen Krisenmaßnahmen" und Besorgnis über den „Wirtschaftsstandort Deutschland". Auch andere Ideologieproduzenten der extremen Rechten fahren anfänglich einen ähnlichen Kurs. PI-News titelt am 20. März 2020 etwa „Schafft Merkel noch mehr Kranke als Wuhan?". Das Elsässer-Magazin COMPACT empört sich derweil über zu lasche Maßnahmen, fehlende Reisebeschränkungen und die „Blockade" der Kanzlerin, für die selbst „der Schutz von Menschenleben kein wirklich wichtiges Argument zu sein scheint." Gleichzeitig wird eifrig Prepper-Literatur mit Titeln à la „Wie überlebe ich in Krisen- und Katastrophenfällen - Das Survival-Wissen der Spezialeinheiten" beworben. Die extreme Rechte ist sich in dieser Anfangszeit einig: Deutsche Leben retten first.

Noch Anfang April 2020 beschwört Chrupalla den „nationalen Kraftakt" und wirft der Regierung zu zögerliches Handeln vor. Die Regierung müsse die „sofortige Massenproduktion von Atemmasken, Brillen und Handschuhen" anordnen und der Bevölkerung sei dringend „empfohlen, diese Sicherheitskleidung in der Öffentlichkeit aus Rücksicht und Verantwortung für unsere Gesellschaft zu tragen". Jörg Meuthen frohlockt indes, dass nun „die Stunde der Nationalstaaten gekommen" sei und kritisiert, „wie schlecht wir vorbereitet sind". Unter dem Eindruck der sich verschärfenden Lage und der Lahmlegung des öffentlichen Lebens sackt die AfD in den Umfragen allerdings massiv ab und rutscht dabei sogar unter die psychologisch wichtige 10-Prozent-Marke, während der strikte Regierungskurs von einem Großteil der Bevölkerung offensichtlich goutiert wird. Die AfD wirkt zu dieser Zeit orientierungslos und sucht nach ihrer Rolle.

Opposition gegen die „Corona-Diktatur"

Zur selben Zeit gründen die Dramaturgen Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp die „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand (KDW)", über die ab dem 28. März zu wöchentlichen „Hygienedemos" vor der Volksbühne in Berlin aufgerufen wird. Es sind die ersten Mobilisierungen gegen die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen gegen das Corona-Virus. Die KDW gibt ab Mitte April die gleichnamige Zeitschrift „Demokratischer Widerstand" heraus. Der Titel der ersten Ausgabe formuliert den grundsätzlichen Anspruch der Initiatoren: „Wir sind die Opposition!". Neben taktischen Formulierungen, man gehe „für Freiheitsrechte" und zur Verteidigung „erkämpfter Grundrechte" auf die Straße, finden sich schon in der ersten Ausgabe allerlei Äußerungen, die Aufschluss über die ideologische Flexibilität geben. Medien seien „gleichgeschaltet", die Republik ein „de-facto-diktatorisches Hygiene-Regime", medizinische Schutzmasken „Maulkörbe" und staatliche Rettungsschirme „Halt-die-Fresse-Pakete". Es ist in dieser Anfangszeit nicht falsch, von einer verschwörungsideologischen „Querfront" zu sprechen, die hier gegen die staatliche Corona-Politik auf die Straße geht.

Recht früh werden namhafte „Influencer" aus der rechten Verschwörungs-Community, unter anderem Ken Jebsen, Oliver Janich und Martin Lejeune, auf die Hygiene-Demos aufmerksam und leisten Starthilfe. Die Bewegung wächst schnell und Ende April versammeln sich bereits über 1000 Menschen in Berlin. Unter ihnen befinden sich auch die Holocaustleugner Nikolai Nehrling („Der Volkslehrer") und Gerd Walther. Ein bekannter Autor veganer Kochbücher und Restaurantbesitzer steigt in die Mobilisierung und ideologische Prä-

gung der Bewegung ein: Attila Hildmann. Er bezeichnet Bill Gates als „Satanisten und Kinderficker", warnt vor „Corona-Diktatur", „Ermächtigungsgesetz" und „Völkermord" und ruft schließlich selbst zu Demonstrationen auf. Zehntausende folgen seinem Telegram-Kanal.

Radikalisierung und Strategiewechsel

In dieser Phase der Hyper-Radikalisierung der Bewegung werden auch immer mehr in Parteien organisierte Kader der extremen Rechten aktiv. Neben Ex-NPD-Chef Udo Voigt und anderen NPD-AnhängerInnen besuchen auch immer mehr AfD-Mitglieder die Demonstrationen. Es ist insbesondere der Höcke-Flügel, der das Potential der neuen Protestbewegung erkennt. Man teilt sich strategisch auf, schickt Abgeordnete zu den Manifestationen nach Berlin, während andere die lokale Mobilisierung in ihren Regionen verstärken. Am 29. April findet die erste Corona-Kundgebung der AfD Sachsen-Anhalt vor dem Magdeburger Landtag statt. Vor 150 Teilnehmer*innen reden sich Landtagsabgeordnete wie Farle („Bill Gates und die WHO wollen uns zwangsimpfen und damit Milliarden verdienen") und Tillschneider in Rage: „Wir müssen Öffnungsdiskussionsorgien feiern, dass die Fetzen fliegen. Wir sind eine Bewegungspartei, wir müssen viel öfter demonstrieren". Im späteren Landtagswahlkampf wird die AfD dann eineindeutig und plakatiert „Stoppt die Corona-Diktatur!" und „Widerstand an der Wahlurne!".

Auch in der Bundespartei vollzieht sich der von den ostdeutschen Landesverbänden forcierte Strategiewechsel hin zur Bewegungsdominanz. Chrupalla warnt nun vor „Corona-Panik" und auch Alice Weidel schwenkt auf die seuchenpolitische Wende um 180 Grad ein. Ihre Kampffelder sind fortan „Kinder-Quälerei" und „Impfzwang", bis sie sich, ungeimpfterweise, im November 2021 selbst mit dem Virus infiziert.

Im Zweifel für die Fundamentalopposition

Wie schon 2014, als die rassistische PEGIDA-Bewegung gerade entstand, entschied sich die AfD letztlich für eine vollumfängliche organisatorische wie ideologische Unterstützung des Vorfelds. Im Unterschied zu Bewegungen im Mobilisierungsthema „Migration" konkurriert die AfD in der Corona-Frage jedoch mit anderen Akteur*innen. Mit der FDP gibt es eine einflussreiche Partei, die inhaltlich zwar ähnliche Kritik an der bisherigen Corona-Politik der schwarz-roten Bundesregierung übte, dabei aber deutlich moderater auftrat. Mit der neuen „Querdenker"-Partei „Die Basis" hat die AfD zudem Konkurrenz im eigenen Lager bekommen, wenngleich mit eher überschaubarem Erfolg. Die etwas schwächeren AfD-Ergebnisse bei den zurückliegenden Wahlen können als Ausdruck einer marginalen Verschiebung im rechten Lager interpretiert werden. Eine Umfrage zur Wahlpräferenz von Ungeimpften zeichnet jedoch ein anderes Bild[1]. Hier geben 50 Prozent an, die AfD zu bevorzugen, 15 Prozent würden der „Basis" ihr Votum geben und 10 Prozent der FDP. Der AfD ist es also zumindest auf dem Papier gelungen, das durch die Pandemieleugner-Bewegung freigesetzte Potential mehrheitlich abzuschöpfen. Mit Blick auf die Stabilisierung der Umfragewerte nach dem Strategiewechsel steht einmal mehr der faschistische Höcke-Flügel als Dominante dar.

Die politische Performance der AfD in der Corona-Krise bleibt dennoch voller Widersprüche. Im Versuch, sich auch in der Pandemie-Bekämpfung zur Partei des fundamentaloppositionellen Widerstands gegen das System zu stilisieren, findet sie einerseits dank 2G-Regeln in den Parlamenten nur auf der Tribüne statt und sagt andererseits Parteitage aufgrund zu hoher Infektionszahlen ab. Zweifelsohne hat sie es aber geschafft, ihre eigene Anhängerschaft „bei der Stange" zu halten, indem sie auch die Corona-Frage mit Widerstands- und Diktatur-Narrativen auflädt. Dass das verfängt, ist derzeit in Sachsen zu beobachten, wo trotz gigantischer Infektionszahlen Hunderte mit „Spaziergängen" gegen neue Gesundheitsschutz-Maßnahmen protestieren. Fraglich bleibt, ob die AfD auch langfristig von dieser Bewegungs-Strategie profitieren kann, wenn etwa katalysierende Effekte wie die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht oder eine ökonomische Krise hinzukommen. Die politische Orientierungslosigkeit in der Anfangszeit scheint jedenfalls vergessen. Die AfD hat sich klar entschieden: Leben retten second – Auch wenn das bedeutet, dass ungeimpfte Sympathisant*innen oder eigene Funktionäre sterben, wie im Fall des Böhlener Stadtrats Harald Hänisch. •



AfD-Anhänger_innen am 29. August 2020 bei einem „Querdenken"-Aufmarsch in Berlin

1 Forsa-Umfrage vom 29. September bis 10. Oktober 2021

TITEL

Der Einstieg zum Ausstieg

Parallelgesellschaften, Gegenwelten und Monarchie: Die Corona-Krise als Schöpfer einer alternativen extremen Rechten nach französischem Vorbild

VOLKMAR WÖLK

„Welche Alternative gibt es unter der neuen Diktatur?", fragt die „Communauté de la Rose et de l'Épée" (Gemeinschaft der Rose und des Schwertes). Eingeladen wird zur Schaffung „eines Netzwerkes Erweckter, um sich über die Einflüsse des Neuen Zeitalters zu verständigen". Der Erweckte heißt auf französisch „l'éveillée". Das Wort kann aber zugleich „aufgewacht" oder „erleuchtet" heißen. Es handele sich um „private Treffen", die „die Basis für eine Alternative zur Welt von heute" schaffen sollen. Die Stunde sei gekommen für „vertrauliche Netzwerke". „Organisieren wir uns!", so endet die Einladung.

Die einladende Gruppe ist seit 2015 in dem Örtchen La Salvetat-sur-Agout in der französischen Region Okzitanien aktiv, steht den „Identitären" nahe und ist zuerst durch die rein weibliche Gesangsgruppe „Les Brigandes" bekanntgeworden die mehrere CDs veröffentlich hat. Ende 2021 wurde das erfolgreiche Unternehmen plötzlich gestoppt und stattdessen die Zeitschrift „Uranus" ins Leben gerufen. Ursache für das Ende der Band war wohl die Sperrung ihres Youtube-Kanals. Kopf beider „metapolitischer" Ansätze ist Joël Labruyère. Seit 2019 wirbt die Gruppe, die in Deutschland in die Kategorie Völkische Siedler fallen würde, auch mit Seminaren für sich. Feind ist die „technokratische Tyrannei", die zu einer „Robotisierung" der Menschen führe, das „Eiserne Zeitalter" – gemeint ist die Moderne in all ihren Facetten. Der „heroische Geist" müsse wiedergefunden werden. Dafür müsse man sich „auf einen Mythos stützen" und sich „in der Tradition verankern".

„Uranus", alle zwei Monate erscheinend, soll die Seminarinhalte vertiefen und popularisieren. „Das Zeitalter des Wassermanns ist eine Kaskade aus Säure, die jegliche Verkrustungen auflösen wird. Das Leben der Menschen wird über den Haufen geworfen. Gut so! In jenem immensen geistigen Chaos, das den Westen erschüttert, ist es die Aufgabe eines jeden, in der Tiefe seines Wesens den Sinn des Lebens, des Todes, der Liebe und der Freiheit wiederzufinden."

Fast zeitgleich mit der Einladung zur Schaffung „vertraulicher Netzwerke" wird bekannt, dass in Frankreich ein rechter Staatsstreich vereitelt worden sei. Eine Terrorgruppe wollte mithilfe von Verschwörungsanhänger_innen und Impfgegner_innen Parlament, Fernsehen und Elysée-Palast stürmen. Kopf des Unternehmens soll der Monarchist Rémy Daillet-Wiedemann, ehemaliges Mitglied der liberalen Partei „Modem", sein. Seine Gruppe bestand aus rund 300 Gefolgsleuten, darunter Polizisten, Militärs, Ärzte und Anwälte, organisiert in regionalen Zellen in einer strengen Hierarchie, geeint in dem finalen Ziel: der „Operation Azur". Bei dieser sollte in Paris eine militante Demonstration aus Aktivist_innen der extremen Rechten, Verschwörungsgläubigen, Impfgegner_innen, Survivalisten, 5G-Hysteriker_innen, Gelbwesten und Gegener_innen des „pass sanitaire" – des Gesundheitspasses – organisiert werden, um die Polizeikräfte zu beschäftigen. Die Gruppe selbst wollte in dieser Zeit den Präsidentenpalast, Nationalversammlung und Ministerien stürmen und eine Fernsehstation kapern. Es sollte die Initialzündung für den Umsturz sein. Nur Spinner? Auch wenn Daillet-Wiedemann fest daran glaubt, dass die Eliten pädophil seien und Kinder raubten, muss wohl von einer realen Gefahr ausgegangen werden. Immerhin hatten einzelne Zellen seiner Organisation bereits Sprengstoff beschafft.

Zwei getrennte Vorgänge, unabhängig voneinander? Einmal metapolitisches Agieren, einmal Terror und Staatsstreich? Ja. Und nein. Tatsächlich gibt es zwischen beiden Gruppen keine personellen Überschneidungen und auch keine strategischen Schnittmengen. Diese sind jedoch sehr wohl im Bereich der Ideologie und der zu mobilisierenden und bereits handelnden Zielgruppen vorhanden, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Bei der „Gemeinschaft der Rose und des Schwertes" herrscht eine deutlich esoterische Ausrichtung vor, verbunden mit zahlreichen Anleihen beim italienischen traditionalistischen Philosophen Julius Evola und der Ideologie der Nouvelle Droite. Zugleich wird immer wieder an Schlüsselbegriffe des „New Age" („Zeitalter des Wassermanns") angeknüpft, Bezug genommen auf Feindbilder des rechten Flügels der Ökologiebewegung („technokratische Tyrannei") und Anschluss gesucht an Ansätze der verwirrten Überbleibsel der 68er-Bewegung (Landkommunen, „alternative Lebensweisen, Regionalismus). Die Covid-

Krise scheint die Gelegenheit zu bieten, diese Ideologiemelange breiter zu verankern. Sie scheint – wieder einmal – eine Möglichkeit zu sein, die traditionelle Spaltung in links und rechts im Sinne eines „Dritten Weges“ zu überwinden.

Die Gruppe um Rémy Daillet-Wiedemann dagegen muss den Weg in die „Mitte der Gesellschaft“ nicht erst suchen. Soziologisch befindet sie sich dort längst. Sie wird personell gespeist aus den berühmten „Stützen der Gesellschaft“. Der Führer selbst ist ein Beispiel dafür, dass auch in diesem terroristischen Spektrum Verschwörungserzählungen kein Fremdkörper sind. Kein Geringerer als Armin Mohler, Vordenker der Neuen Rechten, hatte bereits 1980 lapidar festgestellt: „Verschwörungstheorien sind in keinem anderen Lager mit solcher Inbrunst durchexerziert worden wie auf der Rechten.“ Sie seien der eigentliche Beitrag der Rechten auf dem Felde der Weltanschauungen. Und so sind jene aus den Reihen derer, die die „Operation Azur“ durchführen wollten, die 5G für Teufelszeugt halten, natürlich problemlos kompatibel mit jenen aus der „Communauté de la Rose et de l'Épée“, die gegen die „technokratische Tyrannei“ kämpfen wollen. Und wo letztere abstrakt die Links-Rechts-Dichotomie überwinden wollen, integrieren letztere Aktivist_inen einer zerfallenden sozialen Bewegung, der Gelbwesten. Der Widerstand gegen die Regierungsmaßnahmen in der Covid-Krise fügt dem nur eine weitere Facette hinzu.

Mögen auch manche Details der französischen Geschichten nicht übertragbar erscheinen, der Monarchismus Daillet-Wiedemanns beispielsweise, sollten wir jedoch nicht ignorieren, dass solche diskursiven Verschiebungen inzwischen auch in Deutschland nicht nur als Randerscheinungen möglich sind. So fordert die als Produkt der Covid-Krise entstandene Regionalpartei „Freie Sachsen“ nicht nur den „Säxit“, also den Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik, sondern auch die Einbeziehung des „sächsischen Königshauses“ in die Gestaltung des neuen Staates. Und folglich demonstrieren die Anhänger_innen der Partei bei den Montagsdemonstrationen unter den Fahnen der untergegangenen sächsischen Monarchie.



Foto: Christian Ditsch

Die „Freien Sachsen“ mögen als Beispiel dafür dienen, dass die äußerst heterogene Bewegung der „Querdenker“ und Corona-Leugner_innen eben mehr ist als lediglich eine Lebensreformbewegung 3.0. Zwar trifft es zu, dass bereits in der ersten dieser Bewegungen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts nationalistische, völkische, anti-aufklärerische und antisemitische Strömungen überwogen haben. Zwar trifft es ebenso zu, dass diese Erscheinungen in einem geringeren Ausmaß auch in der zweiten dieser Bewegungen, entstanden als Produkt der zerfallen(d)en 68er-Bewegung und stark in der Frühphase der Grünen, vertreten war. Allerdings fehlten in diesen Ausformungen für grundsätzliche Reformen der Lebensweise einige Elemente, die gerade für die „Freien Sachsen“ und andere Strömungen der Bewegung gegen die Anti-Pandemiemaßnahmen prägend sind.

Ich gehe nämlich davon aus, dass die heutige „Querdenker“-Szene gleichzeitig als Organisationsmotor und als Radikalisierungskatalysator dient. Gleichzeitig stellt sie den Einstieg in den Ausstieg aus der bestehenden Gesellschaft dar. Sie schafft den Keim zur Entstehung von Gegenwelten und Parallelgesellschaften. Eben bis zu solchen Skurrilitäten wie den monarchistischen Anwandlungen bei den „Freien Sachsen“.

Bisher war noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik einer dezidierten Regionalpartei der extremen Rechten ein auch nur temporärer Erfolg beschieden. Bei den „Freien Sachsen“ müssen wir feststellen, dass sie unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe nach nur wenigen Monaten des Bestehens das Bild der Demonstrationen im Bundesland Sachsen prägen. Zudem sind sie – vor allem mittels ihrer Telegram-Kanäle – zu einem nicht zu unterschätzenden Mobilisierungsfaktor geworden. Hier orientieren sich jene, die ihre Gedanken in Taten umsetzen wollen. Es bleibt festzuhalten, dass es der in Sachsen besonders starken AfD trotz allen Versuchen des Andockens an die Bewegung nicht gelungen ist, dort einen solchen Einfluss zu erlangen. Es entstehen also neue Strukturen aus der Bewegung. Gleichzeitig erfolgt zumindest regional eine Wiederbelebung eigentlich durch die Konkurrenz der AfD bereits dahingesiechter Gruppen wie der NPD. Die Partei profiliert sich über einzelne Aktivisten mit lokaler Bekanntheit, die auch Funktionen bei den „Freien Sachsen“ haben. Zugleich wird die Radikalisierung beschleunigt. Was bei PEGIDA noch im Bereich der Ausnahmen lag, ist inzwischen normal geworden: Angriffe auf die Presse, die Polizei, Morddrohungen gegen Politiker_innen. Je länger die Krise andauert, desto stärker und schneller werden sich diese Tendenzen verfestigen. Und die fünfte Welle wird kommen. •

TITEL

Wissenschaftsfeindlichkeit, Komplexitätsreduktion sowie die Konstruktion eines Gut-Böse-Dualismus können als Gemeinsamkeiten von Alternativmedizin, Esoterik und (rechten) Verschwörungsideologien betrachtet werden.

Von falschen Versprechungen und Fehlannahmen zu Fanatismus und Verschwörungsideologien

NORA FELINE PÖSL

Mit der Covid-19-Pandemie entstand eine Flut an Verschwörungsbehauptungen, die sich massiv verbreiteten und sich in Form von „Querdenken"-Demonstrationen im öffentlichen Raum manifestierten. Insbesondere Personen, die der Esoterik, der Anthroposophie und sog. alternativen Heilmethoden zugeneigt sind, zeigen sich besonders anfällig für solche Verschwörungserzählungen und eine impfgegnerische Haltung. Diese Zusammenhänge sind jedoch kein neues Phänomen, sondern strukturell-ideologisch miteinander verwoben.

Wissenschaftsfeindlichkeit als Einstieg in Verschwörungsideologien

Der Glaube an sogenannte ‚alternative Heilmethoden' und Esoterik kann als Einstieg in unwissenschaftliche, simplifizierende Weltanschauungen fungieren. Bei einem Großteil der Anhänger_innen von alternativen Heilmethoden ist eine Skepsis gegenüber (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnissen und konventioneller Medizin vorhanden, welche zu einem grundsätzlichen Misstrauen und einer Wissenschaftsfeindlichkeit führt. Die Ablehnung von Impfungen aus Angst vor Schäden korreliert stark mit dem Glauben an Alternativmedizin und Esoterik. Häufig geht die Angst vor Impfungen auf Verschwörungstheorien zurück, nach denen Pharmaindustrie bzw. Medizin bewusst und gezielt durch Impfungen Schaden anrichten oder die Bevölkerung manipulieren wollen. Die Pharmaindustrie wird als rein profitorientierte Lobby dargestellt, welche entweder aus finanziellen Vorteilen Schäden an der Bevölkerung in Kauf nimmt oder sogar von dahinterstehenden Mächten gezielt genutzt wird. Demgegenüber wird die „Alternativmedizin" als sanft, natürlich und nicht profitorientiert konstruiert und als unterdrücktes Wissen stilisiert.

Als Strategie gegen wissenschaftliche Kritik und Aufklärung über alternative Heilmethoden wie Homöopathie entsteht ein verschwörungstheoretischer Abwehrmechanismus, der sich gegen die Kritiker_innen richtet: Ihnen wird unterstellt, sie würden von der Pharmaindustrie finanziert, sie seien fanatisch und würden gegen Nutzer_innen ‚alternativer Heilmethoden' hetzen. Da alle Widersprüche zur eigenen Anschauung als Teil der angeblichen Wissenschaftsverschwörung bzw. des sog. Mainstreams erklärt werden, wird eine Falsifikation durch wissenschaftliche Methoden unmöglich und die Hypothese damit weder überprüf- noch dementierbar. Diese Wissenschaftsfeindlichkeit ebnet den Weg für Verschwörungserzählungen. Eine bereits vorhandene Impfskepsis kann als Anknüpfungspunkt für rechtspopulistische Verschwörungstheorien genutzt werden, indem Ängste vor Impfschäden geschürt werden und eine Impfpflicht als antidemokratische Maßnahme der Pharmaindustrie und den politischen Eliten (die als ‚jüdische Weltverschwörung' imaginiert werden) zur Manipulation der Bevölkerung dargestellt wird.

Von Komplexitätsreduktion und der Vereinfachung gesellschaftlicher Verhältnisse

Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Reduktion von Komplexität. Angebliche Alternativmedizin bietet vermeintlich sanfte und einfache Lösungen für Erkrankungen an, deren Behandlung durch konventionelle Methoden häufig mit Belastungen oder Nebenwirkungen einhergeht oder für die es keine wirksame Heilung gibt. Ähnlich ist es bei der Esoterik: Gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenhänge in einer globalisierten Welt sind komplex und dadurch sehr wenig greif- und auch angreifbar. Hierdurch kann Frustration und Desillusionierung entstehen, wodurch die Suche weitergeht um andere Lösungen auf diese Fragen zu finden. Genau hier kann z.B. die Beschäftigung mit Spiritualität und Esoterik ansetzen: Die Suche wird in der immateriellen Welt fortgeführt und der Sinn im Übernatürlichen, nicht greifbaren gesucht, wodurch die Komplexität der tatsächlichen Verhältnisse reduziert und das eigene Dasein mit Sinn aufgeladen wird.

Auch Verschwörungstheorien vereinfachen komplexe gesellschaftliche Verhältnisse enorm, das ist einer der Gründe, weshalb Verschwörungserzählungen in

Krisenzeiten zunehmen. Verschwörungsideologien greifen dafür auf Strategien der Abgrenzung zurück: Alles, was nicht in das propagierte Menschenbild passt oder den ideologischen Erklärungsversuchen widerspricht, wird als Teil der behaupteten Verschwörung betrachtet. Es geht darum ein klares Feindbild zu konstruieren, dass für alle sozialen oder persönlichen Probleme und Ängste verantwortlich gemacht werden kann. Eine Personengruppe oder einzelne Personen (z.B. Bill Gates, Christian Drosten, die ‚jüdische Weltverschwörung' bzw. chiffriert die ‚Rothschilds') werden als Sündenbock konstruiert, benannt als verantwortlich für die Pandemie und eben dadurch kann die eigene Verantwortung (z.B. sich an die Coronamaßnahmen zu halten, sich impfen zu lassen, Rücksicht zu nehmen) abgegeben werden.

Gleichzeitig wird die eigene Position bzw. Gruppe als Opfer stilisiert, worüber eine Notwehrreaktion legitimiert und als Widerstand imaginiert wird – genau deshalb verstehen sich Coronaleugner_innen als demokratischer Widerstand gegen ein vermeintlich diktatorisches Impfregime. Das damit einhergehende Gefühl, hinter die Kulissen zu schauen und die angeblich wahren Zusammenhänge zu erkennen, kann eine Bewältigungsstrategie gegen die eigene Ohnmacht sein und zu einem Überlegenheitsgefühl gegenüber den Personen führen, die nicht an die Verschwörung glauben, da diese laut jener Denkweise die ‚Wahrheit' nicht erkennen würden, wodurch wiederum eine Abgrenzung entsteht.

Rechtsesoterische und neonazistische Filterblasen

Verstärkt wird dies durch zentrale Akteur_innen, die eine hohe Reichweite auf Social-Media-Plattformen haben und dort alternativmedizinische Themen sowie esoterische Weltanschauungen mit antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien verbinden. Durch Netzwerkeffekte in sozialen Medien können Filterblasen entstehen, in denen Verschwörungstheorien und rechte Ideologien als legitimes Wissen gelten. Eine Abgrenzung nach außen findet statt, indem Kritiker_innen diffamiert werden und der Wissenschaft per se eine Zugehörigkeit zur großen Weltverschwörung unterstellt wird, während gleichzeitig eine Gruppenidentität darüber konstruiert wird, nicht Teil jener ‚regierungstreuen Schlafschafe' zu sein. So wird die eigene Verantwortung für das solidarische Handeln in der Pandemie abgegeben, zugunsten der Illusion die eigene Freiheit gegen ein angeblich faschistisches Regime, eingebettet in eine große Weltverschwörung, zu verteidigen. Diese Haltung wird durch Vergleiche von Ungeimpften mit im Nationalsozialismus verfolgten Personen zur Schau getragen, durch ‚Judensterne' mit dem Wort „ungeimpft", durch Vergleiche von Christian Drosten mit Josef Mengele, dem Lagerarzt von Auschwitz und zahllosen weiteren Relativierungen des Holocausts. Diese Vergleiche können – neben der Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus – langfristig dazu führen, dass die Verbrechen der Shoah bagatellisiert und verharmlost werden. In Kombination mit den eindeutig antisemitisch geprägten Verschwörungsideologien ist dies eine äußerst gefährliche Mischung: Neonazistische Akteure wie Nikolai Nerling, der mit der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck verbunden ist, haben diesen Weg schon vor der Pandemie beschritten und nutzen die aktuelle Situation nun, um ihre geschichtsrevisionistische Ideologie weiter zu verbreiten.

Nicht nur angesichts der zahllosen rechten ‚Einzelfälle', die in Polizei- und Sicherheitsbehörden auftreten, und diversen Polizist_innen, die mit den Behauptungen von ‚Querdenken' sympathisieren, ist eine antifaschistische Perspektive auf Verschwörungsideologien und vermeintlich harmlose Esoterik-Anhänger_innen umso notweniger. Auch nach der Pandemie werden Personen, die in ein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild abgedriftet sind, nicht einfach mit Fakten erreichbar sein – sie werden sich anderen Themen zuwenden, beispielweise der Klimakrise oder Fluchtbewegungen. Da rechtspopulistische Akteure diese Themen gezielt bespielen und Ängste schüren, entsteht hier ein starkes rassistisch-antisemitisch-verschwörungsideologisches Bedrohungspotential. •



Berlin, 25. Oktober 2020: Mehrere tausend Menschen protestierten gegen die Coronaregeln. Darunter auch zahlreiche Verschwörungsideolog_innen und rechte Aktivist_innen.

TITEL

Interview mit dem Autoren **Andreas Speit** über sein aktuelles Buch „Verqueres Denken: Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus“

„Wider der Vernunft“

Eine These aus deinem Buch bezieht sich auf die „Corona-Proteste“ als Ausdruck einer dritten Lebensreform-Bewegung. Was meinst du damit und woran lässt sich das festmachen?
Die Kritik an den staatlichen Maßnahmen gegen die Pandemie geht mit einem neuen Reflexivwerden der Moderne einher. In den vergangenen Jahren ist im öffentlichen Diskurs – wie zuvor lange nicht – intensiv über die Lebens- und Produktionsweise der westlichen Industriestaaten diskutiert worden. Die fundamentalen Auswirkungen der immer schnelleren Digitalisierung des alltäglichen Lebens und den beruflichen Arbeitsbedingungen lassen sich erahnen. Die ökonomische Globalisierung, die staatlich kaum reguliert wird, führt nicht zu mehr Solidarität, sondern zu mehr Konkurrenz. Ein „Weiter so“ in der Waren- und Finanzwelt, wo Besitz und Dinge das Ich ausmachen, wird vor allem seit der Finanzkrise hinterfragt. Die Suche nach anderen Wegen und das Beschreiten von alternativen Vorstellungen ist längst in der Mitte der Gesellschaft präsent. Das ewige Wachstum sehen selbst Ökonom:innen, die dem Kapitalismus wohlwollend gegenüberstehen, am Ende ankommen. ‚Der Markt‘ wird den Klimawandel nicht stoppen. Diese Such- und Gegenbewegung kam am Vorabend der kapitalistischen Marktwirtschaft mit der industriellen Revolution schon auf. Diese erste Lebensreformbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts, trieb bereits jene Sorge vor der Industrialisierung, dem Materialismus und der Urbanisierung an. Die ‚Entzauberung der Welt“ – wie Max Weber es ausdrückte – durch Ratio und Logos wurde beklagt und durch die unterschiedlichsten Projekte eine Wiederverzauberung versucht: von alternativen Siedlungen und ökologischer Landwirtschaft über vegetarische Ernährung und ganzheitliche Medizin bis hin zu spirituellen Praktiken. Mit dem gesellschaftlichen Wandel durch die industrielle Revolution, die alles und jedes erfasste, sah diese heterogene Bewegung, dass der Mensch von sich selbst, den Mitmenschen und der Natur entfremdet werde. Der Rationalismus war mehr als fragwürdig geworden. In der gegenwärtigen Lebensreformbewegung ist das Suchen und Gegenbewegen wieder immanent: Nachhaltigkeit, recyceln, aufarbeiten und sharen sind Bemühungen – wie auch Rad statt Auto, vegan statt Fleisch, Öko-Bekleidung statt Billigware, handgemacht statt industriell, regional und saisonal statt global und permanent, Ökostrom statt Atomstrom. Die neuen Lebensreformer:innen stellen ihr eigenes Leben um, fordern aber auch von den politischen Verantwortlichen Maßnahmen. Eine Umkehr für alle, die es sich leisten können. Das Privileg der Bio-Boheme. Der Klimawandel sorgt für ein Gefühl der Dringlichkeit und eine Endzeithaltung, die die Bewegung antreiben. Das die Grünen zur Bundestagswahl eine eigene Kanzlerkandidatin aufstellte, lag an der neuen Bewegung – und ihrer Breite. Die Grünen selbst kommen aus der zweiten Lebensreformbewegung Mitte des 20. Jahrhunderts.

Die ideologische Gemengelage dieser Proteste ist ja sehr diffus. Welches sind deiner Meinung nach die wirkmächtigsten Punkte?
Der antimoderne Reflex. In der ersten Lebensreformbewegung führte die Antimoderne auch schon zu Allianzen mit dem Völkischen und dem Reaktionären. Die Stellungnahme pro oder contra Vernunft, schrieb Georg Lukács in einer Reflektion zu bürgerlichen Philosophien, entscheide über das Wesen einer Philosophie als Philosophie, die Zerstörung der Vernunft führt zur Unvernunft. Und er wird sehr deutlich: In jeder Regung des Irrationalismus sei eine faschistische, aggressive, reaktionäre Ideologie sachlich enthalten. In einer radikalen Kritik aus der Lebensreformbewegung kann die Moderne gar als ‚jüdische Moderne‘ abgewehrt werden. Eine der vielen antisemitischen Verschwörungsnarrative. Keine Überraschung, dass ‚die Juden‘ mal direkt, mal indirekt als ‚die Rotschilds, die Rockefeller‘ bei den gegenwärtigen Protesten angefeindet werden. Der Irrationalismus, zu dem Verschwörungsnarrative gezählt werden dürften, führt bei der „Querdenken“- und Coronaleugnungs-Bewegung auch wieder zu rechten Allianzen: Nicht nur das Rechte sich bei ihren Protesten einreihen können, der Gründer von „Querdenken“, Michael Ballweg, hat keine Bedenken mit Reichsideologen zusammen zu diskutieren und sich beim COMPACT-Magazin zu inszenieren. Und Xavier Naidoo singt ein Duett mit Hannes Ostendorf – Sänger von „Kategorie C“.

Was bedeutet das alles für das Verhältnis zwischen den sog. Pandemie-Leugner_innen und rechten Strukturen, wie z.B. der AfD?
In der AfD wird beklagt, dass diese Protestbewegung zu spät wahrgenommen wurde. Die Partei hat zu Beginn der Pandemie nicht erkannt, dass auch bei ihrer Klientel eine Verschwörungsmentalität sehr virulent ist. Die AfD scheint diese erst an dem Einbruch ihrer sonst starken Prä-



Foto: Christian Ditsch

Mit Friedensfahne Seit an Seit mit „Reichsbürgern", Hooligans und rechten Aktivisten – Teilnehmer einer „Querdenker"-Demonstration am 18. November 2020 vor dem Bundestag.

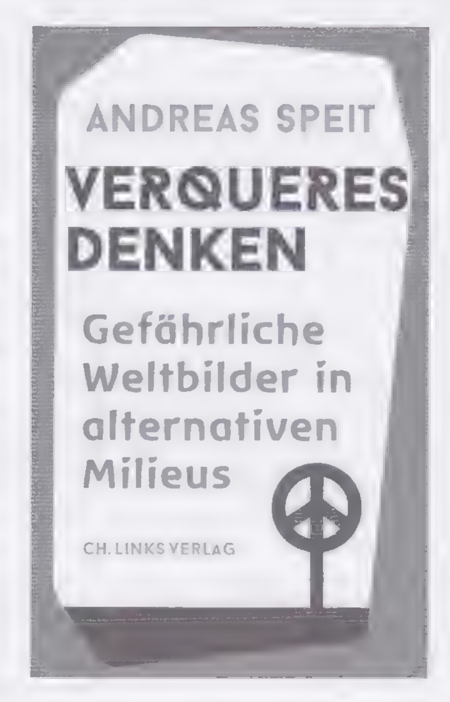
senz in den Sozialen Medien wahrgenommen zu haben. Die Bundes- und Landesführungen positionieren sich jetzt schon länger fundamental gegen die staatlichen Pandemiemaßnahmen. Ihr Jargon, inklusive Verschwörungsnarrativen und Fake News, unterscheidet sich kaum von der Rhetorik der „Querdenken"- und Corona-leugnungs-Bewegung. Im Bundestag als auch in Landtagen inszenieren sie sich durch Masken- und/oder Test-Verweigerung als die Repräsentat:innen der Bewegung. Nicht ohne Erfolg: Eine Umfrage im November offenbarte dass 50 Prozent der Nicht-Geimpften die AfD wählen würden.

Aus dieser Szene hat sich ja die Partei „Die Basis" entwickelt. Wie schätzt Du deren Potential ein? Sie haben bundesweit zwar nur 1,4 Prozent der Zweitstimmen bekommen, sind aber in Teilen bereits in kommunalpolitische Parlamente eingezogen.

In Sachsen-Anhalt war ich am Abend der Landtagswahl bei der Wahlparty der „Die Basis". Der Eindruck, der bei mir blieb, könnte eine Einschätzung sein. Bei der Wahl erreichten sie 1,5 Prozent. Die Stimmung war dennoch bestens – ohne Abstand und Masken, küssten und herzten sie sich. Der Tenor, den einer der Spitzenkandidat_innen, Alkje Fontes vermittelte: Sie stünden erst am Anfang und wären im Aufbruch. Diese Stimmung scheint noch immer zu motivieren. Trotz internen Streitereien. Seit der Bundestagswahl steht ihnen auch eine staatliche Teilfinanzierung von rund 768.000 Euro zu. Staatliches Geld für eine Partei der Verschwörungsnarrative und Holocaust-Relativierungen. So behauptete ihr Bundestagspitzenkandidat, Reiner Fuellmich, die Bundesregierung plane in der Pandemie „Schlimmeres" als den Holocaust.

Einen angemessenen Umgang mit den „Corona-Protesten" zu finden fällt Antifaschist_innen häufig schwer. Ein Problem dabei ist, dass trotz klarer fehlender Abgrenzung nach Rechts und vereinzelter Teilnahme von organisierten Rechten, die „Corona-Proteste" keine klassische rechte Mobilisierung darstellen. Viel mehr ist ja quasi die „Mitte" auf der Straße. Hast Du für die linke Praxis ein paar Tipps?

Also auf der Straße organisieren doch vor allem antifaschistische Initiativen die Gegenbewegung: Stellen sich quer, stabil und geimpft. Sicher, immer nur ein symbolischer Akt gegen diese Form der ‚rohen Bürgerlichkeit'. Ohne Symbole und Parolen gibt es jedoch auch keine Konfrontation. Die Auseinandersetzung mit dieser Entkultivierung in der Mitte der Gesellschaft muss ebenso im Alltag geführt werden. Wir können ihr auch nicht ausweichen: schließlich sind diese Protestierenden und Impfverweigernden, Freunde, Familienmitglieder und Bekannte. Einzelne von ihnen haben auch mal gegen die AfD auf der Straße gestanden. Dass sie heute mit ihnen auf der Straße sind, muss ihnen um so deutlicher vorgehalten werden. Diese Bewegung denkt nicht quer, sie denkt egoistisch und unsolidarisch. Der Urlaub auf einem Biobauernhof in der Toskana ist kein Grundrecht. •



Andreas Speit
Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus
Ch. Links Verlag, 240 Seiten
ISBN-10: 3962891595

TITEL

Eine Betrachtung des „Querdenken"-Spektrums und klassischer AntifeministInnen[1] zeigt, dass immer wieder teils zunächst willkürliche erscheinende Bezugnahmen beider Milieus aufeinander stattfinden. Gemeinsame ideologische Bezugspunkte lassen jedoch die Frage aufkommen, ob sich überhaupt (noch) von unterschiedlichen Milieus sprechen lässt.

Antifeminismus in der Pandemie

Unersetzbare Löwenmütter gegen „Impfzwang", „Frühsexualisierung" und Schulpflicht

LEN SCHMID UND REBEKKA BLUM

Ein Beleg für die Verschränkung von antifeministischen und pandemieleugnenden AkteurInnen ist die ehemalige Tagesschausprecherin und prominente Antifeministin mit Verbindungen weit ins rechte Milieu Eva Herman. Ihr Telegramm-Kanal ist mit knapp 180.000 Mitgliedern (Stand November 2021) einer der reichweitenstärksten Kanäle des Pandemie-LeugnerInnen-Spektrums. Weitere klassische AntifeministInnen wie Birgit Kelle und VertreterInnen der „Demo für alle" – deren Hauptengagement vor der Pandemie den Fokus auf Mobilisierungen gegen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt anhand der Behauptung einer „Frühsexualisierung" und gegen die Verankerung von Kinderrechten legte – äußerten sich zu Beginn der Pandemie zunächst erfreut über die Situation. Durch Schulschließungen sehen sie sich dem Ziel näher, die Schulpflicht in Deutschland langfristig abzuschaffen.[2] Dies fordern AntifeministInnen schon lange, um Kinder von dem Einfluss öffentlicher Erziehungsziele fernzuhalten. Außerdem begrüßte Birgit Kelle in einem Beitrag für den Blog der „Demo für alle" ausdrücklich die gesellschaftlich zu beobachtende Retraditionalisierung, wenn sie davon spricht, dass nun der „Mythos der ersetzbaren Mutter" endlich Pause habe.[3] Insgesamt nahm die Demo für alle die Pandemie zum Anlass, um eine in ihren Augen bessere Familienpolitik zu fordern, wobei sie unter ‚Familie' ausschließlich die heterosexuelle Kleinfamilie verstehen.[4]

„Terror gegen unsere Kinder"

Antifeministische AkteurInnen argumentieren regelmäßig und insbesondere in der Pandemie mit einer vermeintlichen Kindeswohlgefährdung, die sie wahlweise durch LGBTQIA*-Lebensweisen, feministische Errungenschaften oder Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verursacht sehen. Das vermeintliche Sprechen im Namen „der Kinder" ist auch auf Querdenken-Demonstrationen ein beliebtes Mittel. So waren bspw. in Stuttgart am Karfreitag 2021 viele Teilnehmende zu sehen, die mit einer vermeintlichen Kindeswohlgefährdung argumentierten und dabei so weit gingen, die Schutzmaßnahmen als „Terror gegen unsere Kinder" zu bezeichnen. Die Schule stellt dabei einen wichtigen Ort verschiedener Bedrohungsszenarien dar; in Telegram-Channels wird bspw. dazu aufgerufen, die unschuldigen Kinder durch Demonstrationen vor oder Blockaden von Schulen vor Impfbussen zu schützen. Ein Paradox bei der Bezugnahme zum vermeintlichen Kindeswohl ist, dass sich antifeministische AkteurInnen gegen die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz stellen. Begründet wurde dies in einer Petition gegen das Gesetzesvorhaben im Jahr 2019 damit, dass dadurch das Elternrecht außer Kraft gesetzt würde und eine „Kitapflicht" oder „Indoktrinierung gegen die Vorstellung der Eltern" drohe.[5] Im Dezember 2020 flammte die Debatte erneut auf. Nun erweiterten die InitiatorInnen die Petition strategisch, um einen erweiterten „Adressatenkreis" zu erreichen und erklärten, dass durch Kinderrechte im Grundgesetz „Maskenpflicht", „Impfpflicht" und „Zwangsisolation" der Kinder ohne Zustimmung der Eltern zu erwarten seien.[6] Spätestens damit gelang ihnen die Vernetzung mit dem Pandemie-LeugnerInnen-Spektrum. So teilte die Initiative „Eltern stehen auf" (ESA), die sich im Mai 2020 zusammenfand und der Pandemie-LeugnerInnen-Szene zuzuordnen ist, die Petition und Sharepics der „Demo für alle" auf ihrer Webseite. Überschrieben war die Petition mit dem Label „Familienschutz" und bebildert mit der Darstellung einer heterosexuellen Kleinfamilie.[7] Darüber hinaus postete eine Initiatorin von ESA am 20. Januar 2021 eine Linksammlung, in der es in ihren Worten unter anderem um die „perversen Grundlagen der Frühsexualisierung", „Kinderrechte, der Staat schützt eure Kinder nicht" oder „Grüne fordern Legalisierung von Sex mit Kindern" ging.[8] Dies sind dieselben Narrative, die auch die „Demo für alle" seit Jahren nutzt, um ihre eigenen politischen Haltungen mit Verschwörungserzählungen zu verknüpfen und moralisch aufzuladen, indem sie vor-

Foto: Christian Ditsch



geben, im Namen „unserer Kinder“ zu sprechen. Eine Betrachtung der Chatgruppen und Infokanälen von ESA zeigt, dass dies keine Ausnahme ist. Regelmäßig werden antifeministische Narrative verbreitet, die auch die „Demo für alle“ nutzt, zuletzt auf ihrer Infobustour im Vorfeld der Bundestagswahl mit dem Ziel, „die Grünen zu verhindern“.[9] Die Demo für alle wiederum lobte im November das Engagement von ESA in Bezug auf Homeschooling und teilte eines ihrer Imagevideos.[10]

Ideologische Bezugnahmen

Unsere Analyse macht deutlich, dass „Eltern stehen auf“ und „Demo für alle“ ideologisch wie in Bezug auf (Bild-)Sprache inzwischen kaum mehr Unterschiede aufweisen. Beide Initiativen eint die Sehnsucht nach Retraditionalisierung von Geschlechterrollen, der Wunsch nach Beschneidung der Rechte von queeren Menschen, der Kampf gegen sexuelle Bildung und staatliche Einflussnahme auf Bildung sowie die Mobilisierung gegen sämtliche Infektionsschutzmaßnahmen. Insgesamt teilen PandemieleugnerInnen wie AntifeministInnen die Ablehnung staatlicher Maßnahmen und Einflüsse insbesondere auf den privaten Raum und die glorifizierte heterosexuelle Kleinfamilie. Diese wird als unpolitischer Raum angesehen, der nicht nur in der Pandemie, aber hier besonders vor äußeren Einflüssen geschützt werden solle.

Klare Anknüpfungspunkte zwischen AntifeministInnen und Pandemie-LeugnerInnen sehen wir auch in einer positiven Bezugnahme auf eine kämpferisch-sorgende Mutterschaft. Seitens AkteurInnen wie der „Demo für alle“, „Eltern stehen auf“, aber auch der „Frauenbustour“ im November und Dezember 2020 wurde das Bild von „Löwenmüttern“ gezeichnet, die unter widrigsten Bedingungen ihr Kind vor den schlechten Einflüssen der Politik und insbesondere der Corona-Maßnahmen schützen.[11] Dieser Kampf äußert sich in unbezahlter Care- und Reproduktionsarbeit, die in diesen Erzählungen jedoch empowernd aufgegriffen wird und eine positive Gegenerzählung zu der (feministischen) Kritik an einer gesellschaftlichen Retraditionalisierung in der Corona-Pandemie ermöglicht. Denn auch das gehört zur gesellschaftlichen Realität: Die staatlichen Pandemie-Maßnahmen insbesondere der Lockdowns, haben Lebensgemeinschaften mit Kindern stark belastet und alleine gelassen. Hier wurden stets individuelle und in der Konsequenz oft eine Retraditionalisierung begünstigende Lösungen gefunden. „Eltern stehen auf“ und „Demo für alle“ bieten hier eine positive Selbstdeutung der frustrierenden Erfahrungen an. Perspektivisch können derartige Bündnisse zu einem gemeinsamen Pool von Wissen, Erfahrungswerten und Mut in Bezug auf Möglichkeiten der Umgehung der Schulpflicht führen. Dabei kann auf aktivistische Erfahrungswerte von PandemieleugnerInnen zurückgegriffen werden. Hier gilt es genau zu beobachten, welche Dimension die Proteste vor Schulen noch annehmen und gegen welche Maßnahmen in Zukunft wohl protestiert wird. •

Len Schmid und Rebekka Blum sind aktiv im femPI-Netzwerk (feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte).

1 Wir nutzen im Artikel verschiedene geschlechtergerechte Sprachvarianten. Grundsatzlich nutzen wir den Unterstrich, um Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit mit zu repräsentieren. Da Antifeminismus auf der Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit aufbaut, nutzen wir für AkteurInnen aus diesem Spektrum die zweigeschlechtliche Genderung mit Binnen-I. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit AntifeministInnen oder extrem rechts sein können. **2** https://demofueralle.de/2020/03/20/corona-krise-eine-chance-fuer-heimunterricht/ (zuletzt abgerufen am 27.10.2021). **3** https://demofueralle.blog/2020/04/29/die-ersetzbare-mutter-ein-mythos-hat-pause/ (zuletzt abgerufen am 18.11.2021). **4** https://demofueralle.de/wp-content/uploads/2020/04/MdB-Umfrage_PolitikwendeFamilien.pdf (zuletzt abgerufen am 27.10.2021). **5** www.citizengo.org/de/fm/174970-haende-weg-vom-grundgesetz-kinderrechte-sind-gefaehrlich (zuletzt abgerufen am 27.10.2021). **6** https://demofueralle.de/2020/09/23/jetzt-neuen-proteststurm-gegen-kinderrechte-im-grundgesetz-entfachen/ (zuletzt abgerufen am 27.10.2021). **7** https://elternstehenauf.de/kinderrechte-in-unser-grundgesetz/ (zuletzt abgerufen am 27.10.2021). **8** https://t.me/eltern_stehen_auf/1229 **9** https://twitter.com/demofueralle/status/1441155500435853312 (zuletzt abgerufen am 18.11.2021) **10** https://twitter.com/demofueralle/status/1456257273748094977 (zuletzt abgerufen am 18.11.2021) **11** Symbolisch hier das Bild einer Mutter, die ihr Kind beschult und über das Kind einen Schutzschild hin hält, wahrend auf sie brennende Pfeile und auf das Kind Spritzen geworfen werden (Geteilt im Chat von ESA Baden-Württemberg am 10.11.2021, https://t.me/ElternStehenAufBadenWuerttemberg/19109).

TITEL

Bei den Coronaleugnerdemonstrationen kommt alles zusammen: extreme Rechte, „Querdenker", Esos und auch Linke, neue Verschwörungsnarrative und alte antisemitische Phantasmen.

Wahnvorstellungen in der Krise

Antisemitismus und Verschwörungsideologien vor und seit der Pandemie

OLAF KISTENMACHER

Nicht alle sprechen es so offen aus wie Sucharit Bhakdi, der ehemalige Bundestagskandidat der Partei „Die Basis", der im April 2021 in einem Interview sagte, „das Schlimme an den Juden" sei: „Sie lernen gut. Es gibt kein Volk, das besser lernt als sie. Aber sie haben das Böse jetzt gelernt – und umgesetzt."[1] Bhakdi wurde wegen Volksverhetzung angezeigt. Aber die Staatsanwaltschaft Kiel stellte im November 2021 die Ermittlungen mit der Begründung ein, die Kritik habe sich „vornehmlich gegen den Staat Israel" gerichtet und dessen Politik „zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie" gemeint. Die Generalstaatsanwaltschaft Schleswig hat allerdings kurz darauf die Ermittlungen wiederaufgenommen.

Große gesellschaftliche Krisen sind Hochphasen für Verschwörungsideologien und Antisemitismus. Das wird seit 2008 deutlich, seitdem die globale ökonomische Krise nicht mehr zu übersehen ist, und hat erneut die Corona-Pandemie mit ihren politischen Gegenmaßnahmen gezeigt. Immer wenn in das Leben der Mehrheit etwas einbricht, das unerwartet war und ihre Existenz bedroht oder sie verängstigt, wittern Verschwörungsideolog*innen ihre Chance und drängen an die Öffentlichkeit. Die „Theorien", die sie verbreiten, versprechen viel und werden deswegen auch gern geglaubt: Zunächst einmal entlasten sie davon, sich mit strukturellen Ursachen von gesellschaftlichen Problemen zu beschäftigen. Stattdessen soll eine kleine Gruppe von „bösen Mächtigen" hinter der schlechten Entwicklung oder dem Unglück stecken. Zudem bieten Verschwörungsideologien ein exklusives Wissen. So kann man sich als Mitglied eines auserwählten Kreises fühlen, der mehr weiß als der Rest der Menschheit. Gleichzeitig zeigen Verschwörungsideologien, wohin mit dem ganzen Unmut und der Wut. Denn sie benennen immer eine kleine Gruppe, die für alles verantwortlich sein soll. Bei Aufmärschen der Coronaleugner ist es mal „die Regierung", mal der Epidemologe Christian Drosten, mal Bill Gates oder auch Georges Soros. Und immer wieder wird mal offen, mal dunkel raunend auf „die Juden" oder einen „jüdischen Einfluss" verwiesen.

Verschwörungsideologien sind nicht immer offen antisemitisch. Aber dass sie zu antisemitischen Weltbildern tendieren, hat historische Gründe. Denn Jüdinnen und Juden wird seit Jahrhunderten nachgesagt, sie würden ein Doppelleben führen, im Verborgenen agieren und über dunkle Mächte verfügen, über die sonst keine andere Gruppe verfügt. Mit der weltweiten Verbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurden diese alten Stereotype mit moderneren Weltbildern verschmolzen, die, wie der US-amerikanische Marxist Moishe Postone 1979 in seinem Aufsatz „Antisemitismus und Nationalsozialismus" ausführte, die Krisenphänomene des Kapitalismus scheinbar erklären sollten.[2] Von „Juden" hieß es schon vor 200 Jahren, sie wären in der Lage, auf unsichtbare Weise andere Menschen zu beherrschen, die öffentliche Meinung zu lenken und Kapitalströme zu beeinflussen. Für die besessensten Antisemiten waren „die Juden" diejenigen, die den Kapitalismus in die Welt gebracht haben sollen. Die etwas weniger starken Antisemiten glaubten, „Juden" gehörten quasi von Geburt an immer zu den Ausbeutern, Krisengewinnern und Profiteuren.

Mal mehr, mal weniger offen antisemitisch

Verschwörungsideologien hört man nicht nur bei den Coronaleugnerdemos. Sie wurden im vergangenen Jahr auch im Namen der Katholischen Kirche verbreitet. Mehrere Bischöfe veröffentlichten Anfang Mai 2020 die Erklärung „Ein Aufruf für die Kirche und für die Welt an Katholiken und alle Menschen guten Willens". Darin hieß es über die Anti-Pandemie-Maßnahmen, die verschiedenen Regierungen wollten „der Gesellschaft dauerhaft Formen inakzeptabler Freiheitsbegrenzung aufzwingen, die Menschen kontrollieren und ihre Bewegungen überwachen. Das Auferlegen dieser unfreiheitlichen Maßnahmen ist ein beunruhigendes Vorspiel zur Schaffung einer Weltregierung, die sich jeder Kontrolle entzieht". Es drohe, hieß es weiter, „eine verabscheuungswürdige technokratische Tyrannei", in der „Menschen, deren Namen und Gesichter man nicht kennt, über das Schicksal der Welt entscheiden können, indem sie uns in eine virtuelle



Foto Robert Rutkowski

Beliebte Holocaustverharmlosung bei Impfgegner_innen: Ein gelber Davidstern mit der Aufschrift „Ungeimpft".

Wirklichkeit verbannen". Die Katholische Kirche distanzierte sich noch am folgenden Tag.[3] Doch die Bischöfe, die den offenen Brief unterzeichnet hatten, blieben in Amt und Würden. Von „Juden" war in dem ganzen Text keine Rede. Aber wer nur einmal von der antisemitischen Wahnidee einer „jüdischen Weltverschwörung" gehört hat, erkennt die Bildersprache wieder.

Offen antisemitisch sind in Deutschland heute nur Wenige. Selbst „Neue Rechte"- verwahren sich dagegen, als judenfeindlich benannt zu werden. Dafür dass sie sich nicht offen äußern, bestehen in einigen Ländern juristische Gründe. Es gab aber schon vor 1945 für Antisemiten Gründe, bestimmte Codes zu nutzen, statt offen zu hetzen. Denn durch eine eigene Sprache, die nicht alle sofort verstehen, schafft sich eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Wie das funktioniert, analysierte Theodor W. Adorno anhand von faschistischen Reden in den USA während des Zweiten Weltkriegs: „Ein Agitator sagt zum Beispiel: ‚Jene dunklen Mächte, Sie wissen schon, wen ich meine', und die Zuhörer verstehen sofort, daß seine Bemerkungen gegen die Juden gerichtet sind." Die Zuhörer*innen würden so „als eine In-Group behandelt, die schon alles weiß, was der Redner ihr sagen will, und die noch vor jeder Erklärung mit ihm übereinstimmt".[4] Die gleiche Funktion haben heute auf rechten Internetforen die Memes. Sie dienen „als eine Art ‚Erkennungszeichen'", schreibt Veronika Kracher in ihrem Buch über die Incels. „Nicht selten" beklagten sich Rechte oder Incels im Netz, wenn eine neue Meme-Kreation „von ‚Normies' entdeckt und adaptiert" worden ist.[5]

Schatten der Vergangenheit

Mittlerweile berüchtigt sind die gelben Sterne auf Coronaleugnerdemos. Sie sollen an die nationalsozialistischen Kennzeichen für Menschen erinnern, die jüdisch waren oder nach der Nazi-Ideologie als „jüdisch" galten. Statt des Wortes „Jude" steht dort nun „ungeimpft" oder „Impfgegner". Die Gleichsetzung von irgendeiner Politik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik hat eine lange Geschichte. In Deutschland ist es gerade auch für liberale oder linke Milieus bis heute verlockend, den jüdischen Staat mit Nazi-Deutschland gleichzusetzen. Das ist übrigens auch Sucharit Bhakdis Meinung. Er sagte in dem bereits zitierten Interview: „Das Volk, das geflüchtet ist aus diesem Land, aus diesem Land, wo das Erzböse war, und haben ihr Land gefunden, haben ihr eigenes Land in etwas verwandelt, was noch schlimmer ist, als Deutschland war."[6] Mit solchen Gleichsetzungen wird die Shoah relativiert. Aus dem Staat, der der Staat der Überlebenden der Shoah ist, wird so ein Staat der Täter gemacht, die genauso agierten wie die Nazis.

Wenn sich Deutsche gelbe Sterne anheften, treiben sie die Relativierung noch weiter. Nicht nur wird die Regierung der Bundesrepublik zu einer „Coronadiktatur" erklärt und mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Diese Deutschen selbst setzen sich mit den Opfern der Nazis gleich. Das ist schon keine Relativierung der Shoah mehr, das ist eine Trivialisierung. Und sie hat für nichtjüdische Deutsche eine entlastende Funktion. Denn ob es ihnen bewusst ist oder nicht: Wenn die gesundheitspolitischen Maßnahmen so schlimm wären wie das einmalige Verbrechen in der Menschheitsgeschichte, dann muss die Shoah heute keine Bedeutung mehr haben. Diese Trivialisierung schließt nahtlos an das Gerede von Köpfen der AfD und der „Neuen Rechten" an, in Deutschland würden eine „Erinnerungsdiktatur" und ein „Schuldkult" herrschen, sowie ihren Versuchen die Shoah zu einem „Vogelschiss" in der Geschichte zu erklären.

Diese beiden Motive des modernen Antisemitismus - die Schuldabwehr und die Verschwörungsideologien - kommen bei den Coronaleugnern und „Querdenkern" zusammen. Dass sich bei diesen Aufmärschen nicht nur bekannte extreme Rechte versammeln, sondern auch Personen, die zu alternativen Milieus zählen oder in der linken Szene zu Hause waren, darf nicht überraschen. Denn die Schuldabwehr prägt mindestens seit Ende der 1960er Jahre den Antisemitismus von links. Und gegen Verschwörungsideologien war die Linke leider noch nie gefeit. Wer sich noch an die Stimmung nach 9/11 erinnert, wird es wissen. Was dagegen helfen könnte? Leider keine Spritze. •

Olaf Kistenmacher hat im Sommer 2021 die Broschüre „Ausgesprochen unausgesprochen. Latenter Antisemitismus und Erinnerungsabwehr innerhalb der Neuen Rechten" veröffentlicht (online unter: prisma.online/wp-content/uploads/prisma_expertise2_web.pdf).

1 Wulf Rohwedder: Antisemitische Aussagen. Ermittlungen gegen Bhakdi wieder aufgenommen, tagesschau.de, 25. November 2021, unter: https://www.tagesschau.de/investigativ/bhakdi-antisemitismus-111.html [zuletzt: 26.11.2021]. **2** Moishe Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus [1979], aus dem Amerikanischen von Dan Diner/Renate Schumacher, unter: https://www.ca-ira.net/verlag/leseproben/postone-deutschland_lp/[zuletzt: 26.11.2021]. **3** „Auftakt zur Schaffung einer Weltregierung". Bischofskonferenz distanziert sich von Corona-Schreiben, Tagesspiegel, 10. Mai 2020, https://www.tagesspiegel.de/politik/auftakt-zur-schaffung-einer-weltregierung-bischofskonferenz-distanziert-sich-von-corona-schreiben/25816972.html [zuletzt: 26.11.2021]. **4** Theodor W. Adorno: Antisemitismus und faschistische Propaganda [1946], in: Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus, aus dem Englischen von Heidemarie Fehlhaber u. a., Frankfurt am Main 2002, S. 148-161, hier S. 159. **5** Veronika Kracher. Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults, Mainz 2020, S. 20. **6** Rohwedder: Antisemitische Aussagen.

TITEL

Die „Querdenken"-Proteste und das souveränistische „Reichsbürger"-Milieu verbindet der Widerstand gegen staatliche Maßnahmen zur Pandemieeindämmung, die sie als Teil einer Verschwörung zur Errichtung einer Diktatur deuten.

Querdenken-Proteste und Souveränismus

JAN RATHJE

„Reichsbürger" und andere verschwörungsideologische Souveränist:innen stießen früh zu den Protesten, die sich ab dem Frühjahr 2020 gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung formierten. Mit zunehmender Konzentration der Kommunikation auf den Messenger-Dienst Telegram entstand ein lockeres Netzwerk aus verschwörungsideologischen, esoterischen, extrem rechten, souveränistischen sowie QAnon-Kanälen und Gruppen, deren Administrator:innen und Mitglieder wechselseitig Inhalte teilen. So gelang es Souveränist:innen die Sichtbarkeit ihrer Propaganda für ein breites Publikum zu erhöhen, ohne Gefahr zu laufen, dass ihre Inhalte gelöscht werden würden. Unterstützend wirkte darüber hinaus das Bekenntnis der Protestierenden im Kampf gegen die vermeintlich drohende Diktatur niemanden ausschließen zu wollen – auch keine extrem Rechten oder „Reichsbürger".

Von Beginn an Teil der Proteste

Die Nähe der Protestierenden zum Souveränismus um „Reichsbürger" und andere verdeutlicht sich an der Organisation Querdenken 711 – Stuttgart des Unternehmers Michael Ballweg. Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 2020 bildete sie sich als eine zentrale Organisation der Proteste heraus, die Esoteriker:innen, Verschwörungsideolog:innen und Souveränist:innen ihre Bühnen zur Verfügung stellte. So traten auf einer Großkundgebung am 1. August 2020 in Berlin Oliver Janich, Heiko Schrang und Thorsten „Silberjunge" Schulte auf, die bereits in der Vergangenheit souveränistische Inhalte von einer Fremdherrschaft über die Deutschen und der Notwendigkeit einer neuen Verfassung anstelle des Grundgesetzes verbreitet hatten.[1] Doch auch die Organisatoren von Querdenken 711 unterhalten direkte Beziehungen in das souveränistische Milieu. Ebenfalls am 1. August begrüßte der damalige Pressesprecher Stephan Bergmann den extrem rechten Antisemiten und „Reichsbürger" Nikolai Nerling, der die Proteste seit Beginn als Videoblogger „Der Volkslehrer" medial begleitet, mit einer Umarmung.[2]

Verbindungen zu Souveränismus bei Querdenken 711

Bergmann scheint mit dem souveränistischen Milieu auch ideologisch verbunden. Recherchen des Zeitungsverlags Waiblingen zufolge war er Gründungsmitglied des inzwischen nicht mehr aktiven Vereins Primus Inter Pares e. V., der vom Verfassungsschutz in Baden-Württemberg der extremen Rechten und dem „Reichsbürger"-Milieu zugerechnet wird.[3] Bergmann bestreitet die Mitgliedschaft nicht, gab jedoch an, dem Verein nicht lange angehört und keine extrem rechten oder „Reichsbürger"-Aktivitäten erkannt zu haben.[4] Diese Strategie nutzte Querdenken 711 häufiger, um die ideologischen Hintergründe von extrem Rechten und „Reichsbürgern" zu verharmlosen. Dass diese Überzeugungen nicht nur ihm präsent sind, wird auch in Äußerungen und Aktivitäten Michael Ballwegs deutlich. Am 8. August 2020 nutzte er während einer Rede in Stuttgart die in der extremen Rechten und dem souveränistischen Milieu verbreitete Chiffre vom fehlenden Friedensvertrag und empfahl den Teilnehmenden sich hierzu zu informieren.[5] Startete „Querdenken 711" mit der Forderung nach Neuwahlen, so war ein Ziel der Organisation nach der Demonstration am 29. August 2020 eine „Verfassungsgebende Versammlung" in Rahmen eines länger angelegten Protest-Camps abzuhalten. In diesem Zusammenhang bezeichnete Pressesprecher Bergmann in souveränistischer Manier das Grundgesetz als „Besatzungsrecht", welches gemäß Artikel 146 abzulösen sei.[6] Ballweg und seine Organisation suchten nun den aktiven Kontakt in das souveränistische Milieu. „Anonymous Deutschland" veröffentlichte Dokumente aus einem Hack des „Königreichs Deutschland", denen zufolge Ballweg im engen Kontakt zum „Königreich" gestanden haben soll. Er soll nicht nur ein Konto bei deren „Gemeinwohlkasse" in Ulm eröffnet, sondern Ende Oktober 2020 auch eine Firma namens „QUERDENKEN711" im „Königreich" mit zugehöriger „Staatszugehörigkeit" beantragt haben.[7] Ballweg bestreitet die Existenz eines solchen Unternehmens, das Konto will er nach eigenen Angaben Anfang August 2021 gekündigt haben.[8] Zuvor war bereits bekannt geworden, dass er und



Foto Christian Ditsch

Mit „Eisernem Kreuz“ und DDR-Staatswappen gegen die Coronaregeln. Teilnehmer einer „Anti-Corona“-Demonstration am 25. Oktober 2020 in Berlin.

andere Mitglieder von „Querdenken 711“ am 15. Oktober 2020 im thüringischen Wöhlsdorf ein Treffen auf dem „Territorium“ des „Königreichs“ unter Anwesenheit seines „Königs“ Peter Fitzeks abgehalten hatten.[9] In einer Stellungnahme behauptete Querdenken 711, Fitzek sei dem souveränistischen Milieu nicht zuzurechnen, sondern vielmehr „jemand, der auf dem Boden des Grundgesetzes nach Gesetzeslücken sucht, die eine weitgehende Autonomie von staatlichen Strukturen – wie z.B. Finanz- und Gesundheitssystem – ermöglicht.“[10]

Geteiltes Feindbild und fehlende Souveränität als verbindende Elemente

Die „Querdenken“-Proteste und das souveränistische Milieu verbindet zunächst der Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, die sie als Teil einer Verschwörung zur Errichtung einer Diktatur deuten. Souveränist:innen liefern in diesem Zusammenhang nicht nur Erklärungen, warum die Regierung gegen das Volk regieren würde, sondern den anderen Protest-Milieus auch „Beweise“ und Aktionsformen, die jenseits des politischen Systems der BRD Erlösung versprechen. Die Identifikation der Protestierenden mit dem Volk als ‚Souverän‘ führt zur Frage, warum diese Souveränität nicht von ihnen real erfahren wird. Jürgen Elsässer fasste dies im COMPACT-Magazin unter der Überschrift „Das Reich wird Pop“ folgendermaßen zusammen:

„An diesem Punkt der fehlenden Souveränität treffen sich die versprengten Grüppchen der sogenannten Reichsbürger mit der übergroßen Mehrheit der Querdenker.“[11] Einer Studie der Universität Basel innerhalb von Teilen der Querdenken-Proteste vom zufolge stimmten von 1.152 Teilnehmenden der Aussage „Die BRD ist kein souveräner Staat“ über 36 Prozent der Aussage zu.[12] Wie weit diese Übereinstimmung in die anderen Protestmilieus hinein reicht, kann nicht genau bestimmt werden. •

1 Vgl. Oliver Janich, Das Kapitalismus-Komplott. Die geheimen Zirkel der Macht und ihre Methoden, München 20199 (2010), Heiko Schrang, Die Souveränitätsluge, Mühlenbecker Land 2014; Thorsten Schulte, Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung, Bautzen 2019. **2** Vgl. ENDSTATION RECHTS, Wie rechtsoffen sind die Organisatoren?, https://twitter.com/ER_MV/status/1289552979586977792. Nur unter hohem medialem Druck distanzierte sich Ballweg schließlich im September 2020 von Nerling, vgl. WDR, Corona-Demos: Wie rechts tickt Querdenken?, https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-studiom---corona-demos-wie-rechts-tickt-querdenken-100.html (Zugriff. 30.06.2021).
3 Vgl. Alexander Roth, Einmal Reichsbürger, immer Reichsbürger? Was Querdenken 711-Sprecher Stephan Bergmann mit den Rechtsextremen vor dem Reichstag in Berlin verbindet, 1. 9. 2020, www.zvw.de/rems-murr-kreis/einmal-reichsb%C3%BCrger-immer-reichsb%C3%BCrger-was-querdenken-711-sprecher-stephan-bergmann-mit-den-rechts_arid-238637 (Zugriff. 30.06.2021); LANDTAG VON BADEN-WURTTEMBERG, LT-Drs. 16/9568. Proteste gegen Corona-Auflagen 2020, www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/9000/16_9568_D.pdf (Zugriff: 27.11.2021) **4** Vgl. Stephan Bergmann, Stellungnahme von Stephan Bergmann zu Zeitungsverlag Waiblingen 2020.
5 Vgl. Michael Ballweg, Michael Ballweg | „Berlin invites Europe“ | Demo 08.08.20 | #Stuttgart, www.youtube.com/watch?v=4qKWKxPuTRg&t=1572s. **6** Reitschuster.de, reitschuster.live: Auflösung der Corona-Demo am 30.8, Querdenken-Sprecher Bergmann im Interview, www.youtube.com/watch?v=pA7feiCxXbw&t=376s (Zugriff: 27.11.2021). **7** Vgl. ANONLEAKS, Die KRD-Lügen des Michael Ballweg: „Weitere Aktivitäten gibt es nicht.“ Really?, https://anonleaks.net/2021/optinfoil/ballweg-krd-luegen-weitere-aktivitaeten-gibt-es-nicht/ (Zugriff. 27.11.2021). **8** Vgl. QUERDENKEN 711, Stellungnahme zum Vorwurf „Reichsbürger“ durch Markus Haintz, Stuttgart 2021. **9** Vgl. Wulf Rohwedder, Treffen mit „Reichsburgern“. „Querdenker“ im „Konigreich“, 19. 11. 2020, www.tagesschau.de/investigativ/querdenken-reichsbuerger-101.html (Zugriff: 30.06.2021). **10** QUERDENKEN 711, Arbeitstreffen am 15.11.2020 in Wohlsdorf bei Saalfeld, S. 2. **11** Jürgen Elsässer, Das Reich wird Pop, in: COMPACT 10/2020, S. 10-13, hier S. 13. **12** Oliver Nachtwey/Robert Schäfer/Nadine Frei, Politische Soziologie der Corona-Proteste 2020, https://idw-online.de/de/attachmentdata85376 (Zugriff: 18.08.2021), S. 31.

TITEL

Die sogenannten „Anti-Corona-Proteste" waren von Beginn an auch ein Anziehungspunkt für die (extreme) Rechte, „Reichsbürger"*innen, PEGIDA- und Verschwörungsanhänger*innen sowie Vertreter*innen der AfD. Besonders eindrücklich zeigt sich dies in Sachsen.

„Anti-Corona-Proteste" als rechtes Schaulaufen

KOLLEKTIV 15°RESEARCH (GÖRLTZ & UMGEBUNG)

Vor mehr als anderthalb Jahren begannen Menschen aus der Region Görlitz sogenannte „Anti-Corona-Proteste" zu organisieren. Ging es anfänglich um Grundrechtseinschränkungen, die durch die pandemische Situation und die beschlossenen Verordnungen auftraten und immer noch auftreten, mischten sich schnell Anhänger*innen reaktionärer Weltanschauungen unter die Protestierenden. Seit April 2020 vergeht kaum eine Woche, ohne dass irgendwo im Landkreis protestiert wird. In den Ortschaften entlang der Bundesstraßen B96 und B6 stehen zudem an Montagen und Sonntagen wöchentlich bis zu 700 Menschen. Sie schwenken Reichsfahnen, Reichskriegsfahnen, „Q-Anon"-Fahnen, Schlesienfahnen und zeigen diverse Transparente, Aufnäher und selbst gebastelte Schilder mit (extrem) rechten, antisemitischen und verschwörungsideologischen Inhalten. Im Mai 2020 veranstaltete auch der AfD-Landtagsabgeordnete Mario Kumpf in Löbau eine entsprechende Kundgebung. Seit Februar 2021 finden zudem Autokorsos in der Region statt, die u.a. von Hermann Holdt aus Weißwasser (AfD-Stadtrat), Mario Kumpf (Löbau) und dem Görlitzer Frank Liske (ehem. Kreisvorstandsmitglied AfD) organisiert wurden. Im Oktober 2020 zogen circa 15 schwarz gekleidete Menschen unter Teilnahme des AfD-Stadtrats Frank Figula mit einem Sarg durch Zittau. In Görlitz trat die rechte Musikerin Ramona Naggert („Runa NDS") bei „Montagsspaziergängen" auf. Eine bundesweite Vernetzung von Pandemiekritiker*innen - bzw. -leugner*innen und Menschen aus (extrem) rechten Bewegungen wird durch die Teilnahme an den Protesten der „Querdenken Bewegung" wie z.B. in Berlin, Leipzig, Dresden und Kassel verstärkt.

Regionale Akteur*innen haben sich letztlich in einer Art neuem Protest-Milieu zusammengefunden: Ein bekannter Hausarzt aus Görlitz (Dr. Ralph Tinzmann) , ein Görlitzer Betriebsratsmitglied (Lee Roy Mayer), ein Dozent der VHS (Jochen Stappenbeck), der Gründungsrektor der Hochschule Görlitz/Zittau (Prof. Peter Dierich, TU Dresden, ehemaliger Lantagsabgeordneter der CDU), ein YouTuber (JBV); bekannte AfD Politiker*innen, mittelständige Unternehmen und eindeutig (extrem) rechte Aktivist*innen. Online-Posts von „Querdenkern" und rechten Multiplikatoren wie dem Neonazi Sven Liebich aus Halle, dem Arzt Bodo Schiffmann aus Heidelberg, dem Begründer von PEGIDA Lutz Bachmann aus Coswig oder auch dem Antisemiten Attila Hildmann (Berlin) wurden darin zur inhaltlichen Orientierungshilfe. Verstetigt hat sich eine gemeinsame Widerstandshaltung gegen „Die da oben", wodurch eine kritische Reflexion der eigenen Position nicht mehr zugelassen wird. Auf Social Media Kanälen und in Telegram Gruppen wie „Patrioten Görlitz", „Eltern stehen auf" oder dem YouTube-Kanal „JBV", werden die Proteste begleitet. Viele Beiträge werden mit Songs aus der RechtsRock-Szene, wie z.B. von der Band „Sturmwehr", unterlegt.

Seit Mai 2020 gibt es in Görlitz die regelmäßigen „Montagsspaziergänge", wobei die Zahlen der Teilnehmenden zwischen 40 und 200 Personen schwanken. Organisator*innen, sowie Protestierende vergleichen dabei vielfach die Montagsspaziergänge mit den Montags-Protesten zur Wendezeit 1989 in Leipzig und anderen Städten. Geht es bei den „Anti-Corona-Protesten" darum, die Verordnungen in Frage zu stellen, die von der Regierung als notwendig erachtet werden, um eine Pandemie zu bekämpfen, richtete sich der Protest in den letzten Monaten der DDR gegen ein Regierung, die Opposition gar nicht erst zuließ. Wenn hier ein Vergleich überhaupt möglich ist, dann nur insofern, als dass Neonazi-Organisationen und rechte Parteien auch zu dieser Zeit die Gunst der Stunde nutzten, sich dem Protest anzuschließen. Die Versuche diese Proteste zu vereinnahmen stießen in Sachsen auf fruchtbaren Boden. (Vgl: AIB 84: „Von Montagsdemos zu Gegendemos")

AfD als Partner im Kampf gegen die Anderen

Corona wird als Lüge und Weltverschwörung dargestellt und die Maßnahmen gegen die Pandemie als diktatorisch angeprangert und deshalb abgelehnt. Coronaleugner*innen unterscheiden zwischen





Links: Mit der „Reichsfahne“ und mangelnder Recht-schreibkenntnis gegen Corona ? Protest Mitte November 2020 am Straßenrand der B6 in Holtendorf bei Görlitz

Rechts: Ein „Lichtermarsch“ gegen Corona-Maßnahmen am 24. Oktober 2020 in Görlitz.

sich und „den Anderen“. „Andere“ sind die, die nicht das Gleiche glauben und damit prinzipiell nicht das Richtige. Diese Anschauung wird in den sozialen Medien, im KOPP-Verlag, bei der AfD, der „Identitären Bewegung“ und von Einzelpersonen wie Hildmann, Schiffmann und Liebich medienwirksam verteidigt.

Die Haltungen der „Anderen“ werden darüber hinaus – vor allem von der AfD – weiter als (politischer) Spielball benutzt. Als im Juni 2020 die „Paradiesvögel statt Reichsadler – die Karawane für Vernunft“ als Antwort auf den „B96 Protest“ durch den Landkreis Görlitz fuhr und sich auch ein Kleinbus des Gerhart-Hauptmann-Theaters einreihte, meldeten sich regionale AfD-Politiker zu Wort. Ein AfD-Kreisrat und das Aufsichtsratsmitglied der Gerhart-Hauptmann-Theater (GHT) GmbH Jörg Domsgen ermahnten das Theater Görlitz zur Neutralität – eine klare Ansage gegen das gesellschaftliche Wirken der Kunst.

Der damalige GHT-Geschäftsführer reagierte auf die Pressemitteilung der AfD in der Sächsischen Zeitung: „Kunst ist nicht unpolitisch; Zu der Frage, ob Kunst und Kultur neutral sein müssen, sagt Caspar Sawade eindeutig Nein. ‚Die AfD versucht mit solchen Aktionen Künstler und Kulturschaffende einzuschüchtern‘, so Sawade. Eine unpolitische Kunst habe es niemals gegeben, ‚nur leider zu oft in der Geschichte eine Staatskunst‘. Die Bühne sei gerade ein Ort des Verhandelns.“ Verhandlungen aber sind hier nicht gewollt, weder von Rechten, noch von Verschwörungsideolog*innen. Indem Coronaleugner*innen zwischen sich und „den Anderen“ unterscheiden, wird ein Wahrheitsanspruch allein für den eigenen Glauben impliziert und damit zur manifesten Wahrheit erhoben.

Gemeinsame Schnittmengen

Aus der Überzeugung heraus, als einzige die Wahrheit erkannt zu haben, entsteht eine einseitige und gefährliche Perspektive auf eine Welt, die ihre Schuldigen und ihre Sündenböcke sucht – und findet. Sich selbst betrachten die Gegner*innen der Corona-Maßnahmen in dieser ideologisch verfestigten Perspektive als Verteidiger*innen einer gefährdeten Freiheit, zusammen als „Vertreter des Volkes“ gegen „Volksverräter“, „Volksfeinde“, gegen „Die da oben“. Hier sind Vergleiche mit einer Methodik möglich, die wir seit Jahrzehnten in „verschwörungstheoretischen“ Ideen und in Neonazi-Strukturen wiederfinden. Sie haben die Abgrenzung von „den Anderen“, eine gleichzeitige beanspruchte Vertreter*innenrolle für „das Volk“ und den Versuch einer Aushöhlung des Demokratiebegriffes gemeinsam.

Dieses Argumentationsmuster fand bereits in der Neonazi-Szene der 1990er Jahre Verwendung, die auf ganz ähnliche Weise über den ideologischen Ausschluss „der Anderen“ versuchte, in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Der Neonazi Steffen Hupka etwa, stellte um 1994 in seinem Blatt „Umbruch“ klar, auf wen z.B. die „Anti-Antifa-Kampagne“ zielt: „Jeder, der sich gegen die nationale Sache direkt oder indirekt ausspricht ist Volksfeind. Jeder, der gegen nationale Gruppierungen und deren Anschauungen agitiert, stellt sich gegen das Volk, denn wir vertreten das Volk. [Feinde sind] Redakteure und andere Medienvertreter, Antifa und u.U. bestimmte Linke, Mitarbeiter in städtischen Behörden, Institutionen und Initiativen wie Ordnungsamt, AWO, Post u.a., die sich gegen national eingestellte Menschen hervortun.“ Wenig verwunderlich, dass im Sommer 2020 auch der Verfasser dieser Zeilen, Steffen Hupka, auf einer „Anti-Corona“-Demonstration in Halle wieder in die Öffentlichkeit trat.

Dass hier Berührungspunkte bestehen und es zu Annäherungen zwischen Pandemieleugner*innen, Verschwörungsideolog*innen, Neonazis, „Reichbürger*innen“, Anhänger*innen der „Identitären Bewegung“, der „Querdenker“-Bewegung, PEGIDA und der AfD kommt ist nachvollziehbar. Dass in einer gesellschaftlichen Krisensituation auch zuvor „unpolitische“ Bürger*innen nach Antworten und oftmals Schuldigen suchen, die von den „Anti-Corona“-Protesten präsentiert werden, leider auch. •

TITEL

Staatliche Kontrolle und Repression in Pandemiezeiten

ANDREAS BLECHSCHMIDT

Seit dem globalen Ausbruch der COVID19-Pandemie sind auch in Deutschland einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung getroffen worden. Im Folgenden sollen diese staatlichen Maßnahmen nicht im Hinblick auf ihre Sinn- und Zweckhaftigkeit für eine wirksame Pandemiebekämpfung beleuchtet werden. Es wird vielmehr um die Frage gehen, wie im Windschatten der Pandemie-Verordnungen staatliche Kontrolle und Repression ausgeübt wurden, von denen nicht nur die linke antifaschistische Bewegung betroffen war und ist. Der Fokus soll dabei exemplarisch auf das Agieren der Hamburger Polizei seit dem Frühjahr 2020 gelegt werden, weil gerade hier das Zusammenspiel neoliberaler Rahmenbedingungen, politischer Machtausübung und der Polizei als repressiv-politischer Akteur darin nachgezeichnet werden kann. Dabei kann der Blick auf das Verhalten der Repressionsorgane als Brennglas für bundesweite Entwicklungen gelten: Dass, was lokal in Hamburg passiert, ist auch bundesweit wahrzunehmen. Damit keine Missverständnisse aufkommen sei zunächst klargestellt: Die COVID19-Pandemie war und ist eine außerordentliche Bedrohung und staatliche Maßnahmen wie die der Kontaktbeschränkungen, der Einführung von Abstandsregeln und der Tragepflicht von Mund-Nasen-Schutzmasken waren notwendig und verhältnismäßig. Dem Grunde nach waren ebenso die Lockdowns vernünftig, auch wenn hier bereits die staatliche Weigerung, wirklich alle Arbeiternehmer*innen an ihren Arbeitsplätzen konsequent zu schützen, ein Tribut an die kapitalistischen Verwertungsinteressen der Wirtschaft darstellten.

Das polizeiliche Handeln in Hamburg seit dem Beginn der Pandemie war geprägt von einem restriktiven Handlungsnormativ, das zum einen einseitig das Recht auf Versammlungsfreiheit linker Gruppen beschnitt, während Coronaleugner*innen und Verschwörungstheoretiker*innen demgegenüber quasi unbehelligt von Eingriffen in deren Versammlungen blieben, obwohl dort offensiv Abstandsregeln und die Maskenpflicht ignoriert wurden. Zum anderen wurden Verbots- und Restriktionszonen im öffentlichen Raum definiert, die sich primär gegen Jugendliche und jung erwachsene Menschen richteten, die bereits in der Vergangenheit als „delinquent" stigmatisiert von polizeilichen Kontrollen überzogen wurden. Zudem wurden antipandemische Maßnahmen zum willkommenen Vorwand, die zuvor nicht kontrollierbare subversive Raumnahmen wie das „Cornern" im Freien durch diese Verbots- und Restriktionszonen einzudämmen.

All diese polizeilichen Maßnahmen waren schon deshalb fragwürdig, weil sie sich sowohl gegen die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit als auch gegen soziales und kommunikatives Verhalten wandten, die beide im Freien wesentlich geringere Ansteckungsrisiken bargen, als z.B. Spreaderevents in geschlossenen Räumen bzw. kommerziellen Bars und Clubs oder der Aufenthalt an Arbeitsplätzen und in Schulen.

Um das polizeiliche Agieren in der Coronapandemie einzuordnen, müssen die politischen Kontinuitäten dieses Handelns umrissen werden. Städtische Räume sind seit der in den 1970er Jahren initiierten Transformation des Fordismus hin zum neoliberalen Regime zu einem Schauplatz eines rasanten ökonomisch-sozialen Wandels geworden. Diesen Wandel fasst der Humangeograf und Sozialtheoretiker David Harvey so zusammenfassen: „Die traditionelle Stadt ist von der zügellosen kapitalistischen Entwicklung zerstört worden, sie ist dem endlosen Bedürfnis, überakkumuliertes Kapital zu investieren, zum Opfer gefallen, so dass wir uns auf ein endlos wucherndes urbanes Wachstum zubewegen, das keine Rücksicht auf die sozialen, ökologischen oder politischen Konsequenzen nimmt." Alle Senate in Hamburg haben diese Logik staatlich verwalteter neoliberaler Deregulation, als Folge eines Konzeptes des europaweiten Wettbewerbs unternehmerischer Stadtpolitik zuverlässig verinnerlicht. Passenderweise wird dieser Prozess seit Jahren durch eine öffentliche Stimmungsmache begleitet, die nicht Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit bekämpft, sondern Arbeitslose, Arme und Obdachlose sowie Flüchtlinge. Parallel wird die Privatisierung öffentlicher Räume zu Konsum- und Investitionszonen durch ein rigides Kontroll- und Ausschlussregime der Polizei, Ordnungsbehörden und privater Sicherheitsdienste gegenüber unerwünschten und vermeintlich störenden Personen abgesichert.

Dazu werden unterschiedliche populistische stigmatisierende Ablenkungsdiskurse initiiert wie z.B. die Beschwörung eines angeblichen Missbrauchs von Transferleistungen oder des Asylrechts und das Schüren der Kriminalitätsfurcht und damit „Abfuhrobjekte" für die durch staatliche Deregulation ausgelösten Unsicherheiten angeboten. In Hamburg wurden in den



Foto: Christian Ditsch

letzten Jahren in diesem Zusammenhang immer wieder Treffpunkte von Jugendlichen als Problemorte und gefährliche Zonen markiert. Mal wurde eine Gefahrenzone im beschaulichen Vorort Hamburg-Volksdorf aufgespürt, mal in Hamburg-Altona und regelmäßig in der Innenstadt. Stigmatisierende und alarmistische Presseberichte begleiteten diese Polizeimaßnahmen. Dabei handelte es sich um ein soziales Konstrukt, denn die zumeist genannten „Probleme" bewegten sich weit im Vorfeld von Ordnungswidrigkeiten oder gar strafbarer Handlungen. Eigentlich straffreie Verhaltensweisen im öffentlichen Raum wie der Konsum von Alkohol und das damit verbundene kollektive „Abhängen" an Treffpunkten, wurde zum Anlass für polizeiliches Einschreiten. Rechtlich legitimiert wurde dieses polizeiliche Kontrollregime seit 2005 durch die Einführung so genannter „Gefahrengebiete". Die Polizei konnte anlasslos Personen überprüfen, Platzverweise, Ingewahrsamnahmen und sogar längerfristige Aufenthaltsverbote aussprechen. Damit wurde ein Ausnahmerecht geschaffen, das die in der Strafprozessordnung festgelegten Begrenzungen der Eingriffsrechte der Polizei aushebelte. Nach massiver Kritik wurde dieses Instrument 2016 in Hamburg zwar abgeschafft, aber mit einem veränderten Konstrukt der „gefährlichen Orte" etwas abgemildert faktisch erneut eingeführt.

Seit März 2020 hat die Polizei in Hamburg auf dieses erprobte Arsenal unter dem Label „Schutzmaßnahmen gegen das Coronavirus" zurückgreifen können. Es wurde gegen Treffen Jugendlicher in verschiedenen Hamburger Parkanlagen teilweise mit dem Einsatz von Zwangsmitteln vorgegangen. In den Ausgehvierteln wurden (temporäre) Alkoholverbotszonen eingerichtet um das „Cornern" im Freien zu unterbinden. Diese Verbotszonen erlaubten aber absurderweise den Ausschank von Alkohol in kommerziellen Bars und Clubs bzw. Restaurants. An Orten also, in denen das Infektionsrisiko ungleich höher war als im Freien. Der Umgang mit Versammlungen durch die zuständige Polizeibehörde machte ebenfalls unübersehbar, dass neben der vorgeblichen Eindämmung der Pandemie durch Kontaktvermeidung und Abstandsregeln das Versammlungsrecht gegenüber linken und antifaschistischen Aufzügen und Kundgebungen vor allem einer politischen Agenda folgte. Das Verhalten der Hamburger Versammlungsbehörde entsprach dabei wesentlich der bundesweiten Praxis: Während linke Versammlungen, wenn nicht verboten, so doch mit kleinteiligsten und restriktiven Auflagen überzogen wurden, konnten die „Proteste" von „Querdenker*innen" im Bunde mit organisierten Rechten mit größter Nachsicht rechnen. Gegenüber linken antifaschistischen Mobilisierungen sorgte die ungebrochen wirksame polizeiliche Feindbilderklärung für die „übliche" versammlungsfeindliche und mit entsprechender Gewalt begleitete Haltung der Polizeikräfte. Besonders eindrücklich zeigte sich diese polizeiliche Haltung beim Aufeinandertreffen von „Querdenker*innen"-Aufzügen auf antifaschistische Gegenproteste. Da räumten Polizeieinheiten Hunderten von Coronaleugner*innen ohne Masken und Abstände auf teilweise ausdrücklich zuvor gerichtlich verbotenen Aufzügen mit polizeilichen Zwangsmitteln als Spontanversammlung geduldet den Weg frei.

Zu resümieren bleibt: Auch während der COVID19-Pandemie hat der Repressionsapparat sein manifestes Feinbild gegen Links kreativ mit den Möglichkeiten von Eindämmungsverordnungen weiter pflegen können. Also alles wie gehabt. •

NS-SZENE

„Nachdem die Vernetzung vollkommen ist, soll ein nationalsozialistischer Volksaufstand stattfinden"

Der rechte Traum vom Tag X

DIRK LAABS

Nach Jahren des Zauderns und der Skepsis, sehen inzwischen die neue Bundesregierung und selbst das zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz ein: Die größte Gefahr geht hierzulande von potenziellen Rechtsterroristen aus. Seit 2016 sind Mitglieder diverser rechter und terroraffiner Gruppen enttarnt worden – darunter, um nur einige zu nennen, die „Gruppe S", die „Oldschool Society", „Revolution Chemitz" und eine „Reichsbürger"-Armee. Gleichzeitig wurde bekannt, dass Reservisten der Bundeswehr in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen paramilitärische Gruppen gebildet haben, zum Teil unterstützt von Soldaten des „Kommando Spezialkräfte" (KSK) und mit Verbindungen in das Verteidigungsministerium. Hinzu kommen vermeintliche Einzeltäter in Hessen, Sachsen und andernorts, die große Sprengstoff- und Waffenlager angelegt hatten. Bisher gibt es keine Belege dafür, dass die verschiedenen Gruppen koordiniert gehandelt hätten – sie haben sich allerdings alle auf einen Tag X vorbereitet und damit eine alte Tradition der rechten Szene fortgeführt. Denn spätestens seit den 1990er Jahren arbeiten Neonazis auf diesen Tag gezielt hin, an dem es entweder zum Umsturz kommen soll oder der „Rassenkrieg" beginnt. Dass die Behörden diese Bestrebungen fehlgedeutet und unterschätzt haben, führte am Ende zum Terror des NSU. Diese Geschichte könnte sich nun wiederholen.

Die Kernidee des Tag X

Am 9. Juni 1996 verhört das LKA Thüringen einen jungen Soldaten, der Mitglied im „Thüringer Heimatschutz" ist. Der Zeuge packt aus: „In der rechten Szene wird oft vom ‚Tag X' gesprochen. ... Es soll der Tag der Machtergreifung der Rechtsgesinnten sein. Nachdem die Vernetzung vollkommen ist, soll ein nationalsozialistischer Volksaufstand stattfinden." Der Tag X ist damit nicht nur aktenkundig – der Satz war auch keine leere Drohung. Zu diesem Zeitpunkt wurden aus einigen Straßenschlägern des „Thüringer Heimatschutzes" gerade Terroristen, die den NSU gründen sollten. Der führende Thüringer Neonazi Sven Rosemann, enger Gefolgsmann der späteren NSU-Kernmitglieder, wich der Frage nach dem Tag X in einem Interview zunächst aus:

„Was ist perspektivisch das Ziel? Es gibt ja die Debatte über den Tag X.

Dazu sage ich nichts. Nee.

Aber gibt es das Konzept, dass man irgendwann die Macht übernimmt?

Das Konzept ist sicherlich vorhanden, ja.

Und wenn man merkt, man kommt dem Ziel nicht näher?

Dann geht's halt nur noch mit Gewalt.

Gibt's da irgendwelche Grenzen?

Glaub ich nicht.[1]"

Ein anderer Neonazi aus Thüringen, der die Kernmitglieder des NSU ebenfalls gut kannte, bestätigte später in einem Interview, dass man die Idee des Tag X als blutigen Umsturz in der Szene damals sehr ernst nahm – so ernst, dass man die Betten in Thüringens Krankenhäusern zählte, um zu wissen, wie viele eigene „Kämpfer" am Tag X dort versorgt werden könnten.

Nicht nur in Thüringen ist das Konzept zu diesem Zeitpunkt allgegenwärtig. Bei Mitgliedern der Berliner „Kameradschaft Treptow" wird 1998 ein Strategiepapier für den Tag X gefunden. Der einflussreiche Hammerskin Mirko Hesse aus Sachsen schrieb in einem Neonaziblatt offen: „Manchmal gehen wir auch in den Wald und ... trainieren ... für den Tag X".[2] Und in mehreren Songs verherrlichten deutsche RechtsRock-Bands den Umsturz, so „Julmond" („Gedanken zum Tag X") und „Skalinger", die in ihrem Lied „Tag X" sogar Adolf Hitler zitierten: „... ihr werdet vor mir, neben und seiten und hinter mir stehen. Und wir werden in unserem Zeichen wieder siegen..."[3]

Der deutschen Öffentlichkeit ist das Konzept eines neonazistischen Tag X dagegen in den 1990er Jahren nahezu unbekannt. Das X steht eher für die Anti-Atomkraft-Bewegung, die damals versucht, Castor-Transporte nach Gorleben zu verhindern – da das genaue Datum der Transporte so lange wie möglich geheim gehalten wurde, mussten sich die Aktivisten auf den „Tag X" vorbereiten. Das gelbe X aus Latten zusammengezimmert wird damals zum unübersehbarem Symbol.[4]

Anders als die deutsche Öffentlichkeit bekommen verschiedene Staatsschützer früh mit, dass die rechte Szene ihren eigenen Tag X plante. Uwe Kranz, Chef des LKA Thüringens, das schon 1997 gegen die Vorläufer des NSU ermittelt hatte, erklärte später: „Die haben von einem Tag X gefaselt, an dem sie die Macht übernehmen wollen. Sie haben daraufhin gearbeitet, irgendwann



Foto: Dirk Laabs



Foto: Screenshot / Archiv Dirk Laabs

Links: PickUp-Point auf dem Truppenübungsplatz Heuberg

Rechts: Diverse Polizisten waren Teil des „Uniter"-Netzwerkes. Hier posiert ein Bundespolizist mit einem „Uniter"-Patch und dem Erkennungszeichen „blaues Kreuz".

mal ganz groß zuzuschlagen." Es habe durchaus Hinweise gegeben, dass 1997 das „Jahr der Jahre" werden und der „Tag X" kommen würde.[5] Tatsächlich hatten die späteren Gründungsmitglieder des NSU zu diesem Zeitpunkt bereits über ein Kilo Sprengstoff angeschafft, das erst von der Polizei in Jena gefunden wurden, als sich Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bereits in den Untergrund abgesetzt hatten. Dort leisteten sie offenbar umfangreiche Vorarbeiten für einen Tag X. So fanden sich in Datenbanken des NSU nicht nur Adressen von Kasernen und Waffenläden – der Zugang zu Waffen ist immer ein zentraler Gedanke beim Tag X –, sondern auch Daten von hunderten Demokraten in ganz Deutschland, den „Feinden der Bewegung", mit denen man abrechnen wollte. Darunter war der CDU-Politiker Walter Lübcke, der in den 1990er Jahren in Thüringen als Leiter einer Bildungseinrichtung Rockkonzerte gegen Rechts organisiert hatte und im Juni 2019 vom Neonazi Stephan Ernst erschossen wurde.

In der Szene war den Beteiligten klar, was der Tag X für die Demokratie bedeuten würde. Der frühere Neonazi Achim Schmid, ehemals aktiv in der NPD, dem Ku-Klux-Klan und Sänger in der Rechts-Rock-Band „Wolfsrudel", hat die Diskussionen selber mit geführt: „Das Deutsche Reich sollte dann wiederaufstehen, wenn der Tag X da ist und das System BRD kollabiert. Und das habe ich auch in meinen Liedern so gesungen."[6] Nicht zuletzt ging es beim Tag X darum, mit den Feinden abzurechnen, so Schmid: „Ganz klar, der politische Gegner kommt ins Konzentrations- oder Arbeitslager."

Schon dem LKA-Beamten, der im Juni 1996 das Mitglied des „Thüringer Heimatschutzes" verhört hatte, fragte nach „sogenannten Todeslisten". Die Antwort des Zeugen: „Es werden sich Namen von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern notiert. …Das Wort Todesliste ist schon ein Begriff und kursiert auch."

Todesliste war also auch schon früh ein stehender Begriff. Die Rachefantasien der rechten Szene knüpfen dabei an den „Day of The Rope", der Tag des Stricks, an – ein Konzept, das auch das Denken von militanten Rechten in den USA und Europa bestimmt. Wie so viele Kernideen der transnationalen rassistischen Internationale geht auch diese Blaupause auf das Buch „The Turner Diaries" von William Pierce aus dem Jahr 1978 zurück.[7] Er beschreibt darin, dass am „Tag des Stricks" Rassisten dutzende Menschen aufhängen, die die „eigene Rasse betrogen haben": Journalisten, Politiker und Frauen, die etwa Afroamerikaner geheiratet haben. Der Tag der Abrechnung wird auch von US-RechtsRock-Bands verherrlicht. In einem Song der Band „Bound for Glory" heißt es: „Politicians to Pope, there'll be no hope/There is no escaping the Day of the Rope".[8]

Diesen Ansatz nehmen nun ausgerechnet jene Gruppen militanter Polizisten, Soldaten und deren Komplizen auf, die seit 2017 an vielen Orten in Deutschland enttarnt werden, weil sie sich aktiv auf einen Tag X vorbereitet hatten. Darunter „Nordkreuz" in Mecklenburg-Vorpommern, im wesentlichen von Polizisten wie Marko G. geführt, ehemals Mitglied in einem Sondereinsatzkommando.[9] Die Gruppe hortete nicht nur tausende Schuss Munition, der „Nordkreuz"-Anhänger und Anwalt Jan Hammer, einst Mitglied im Rostocker Stadtparlament, fragte in Diskussionen auch, wie man die Feinde am Tag X an Straßenkontrollen der regulären Truppen vorbeibringen könne, um sie in Lagern zu ermorden – gleichzeitig führte er zu Hause Listen mit den Namen seiner politischen Gegner. Zu einzelnen Wohnungen dieser Menschen besorgte sich die Gruppe Informationen aus Polizeiakten.

Die Nordkreuzler orientierten sich dabei an der deutschen Geschichte. Sie waren fasziniert von rechten Freikorps, die nach 1918 Deutschland terrorisierten. Mit ihrer Faszination waren sie nicht allein. Reservisten in Sachsen, die sich auf einen Tag X vorbereiteten, nannten sich etwa „Zeitfreiwilligenregiment" – nach einem Freikorps, der 1919 gegründet wurde.[10] Rechtsradikale Freikorps hatten in den ersten Jahren der Weimarer Republik hunderte Menschen ermordet, die sie lange vorher als Feinde ausgemacht hatten, aber erst in der unübersichtlichen Situation nach dem Kriegsende ungesühnt umbringen konnten.

Ein augenscheinlich terroristischer Ansatz, den „Nordkreuz" kopieren wollte. Die Gruppenmitglieder nutzten allerdings erfolgreich eine simple Strategie, um sich zu rechtfertigen: Man tarnte sich als „Prepper". Die „Nordkreuz"-Mitglieder behaupteten, dass es eine Art vorauseilende Notwehr vorgelegen habe. Und die Todesliste seien auch gar keine Todeslisten, sondern ein lose Sammlung von Notizen. Das ist allerdings kein neuer Trick. Viele Neonazis und deren Sympathisanten sagten ebenfalls wie abgestimmt: Beim Tag X gehe es ausschließlich um Selbstverteidigung. Der

V-Mann und Berliner Neonazi Carsten Szczepanski erklärte das im NSU-Prozess stellvertretend, als er vom Richter gefragt wurde, warum die Szene überhaupt Waffen brauche: „Die Szene war der Ansicht dass das jetzige System der BRD zusammenbricht und das man sich dann in bürgerkriegsähnlichen Zuständen befinden würde und dann für den Tag X wollte man sich vorbereiten... Die Waffen sollten dazu dienen, sich in diesem Vakuum, das dann entsteht, zu schützen und natürlich die eigene Machtposition [auszubauen]."[11]

Ähnlich redete sich der Nordkreuzler Marko G. erfolgreich heraus, als ihm in Schwerin der Prozess wegen eines Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gemacht worden ist. Die Richter urteilten, Marko G. habe sich zwar auf den Tag X vorbereitet und sich auch nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetztes befunden, aber nicht aktiv auf einen Umsturz hingewirkt – allerdings hatten die Richter auch nur einen Bruchteil der Ermittlungsakten zu dem Komplex gesehen.[12]

Tag X im "Hannibal"-Netzwerk

Denn „Nordkreuz" war nur eine von vielen Chatgruppen in Deutschland, die der KSK-Soldat André Sch. initiiert hatte, der sich dort „Hannibal" nannte. Er hatte ab Ende 2014 in Soldaten-, Polizei- und Behördenkreisen ein Manifest verteilt, eine „Standard Operating Procedure, in dem es um eine Kommunikationsstruktur ging, die man aufbauen müsse. Die Organisatoren bezogen sich ausdrücklich auf den Tag X: „Desto besser die Kommunikation, umso einfacher die Organisation und das Sammeln untereinander am Tag X. Doch bis dahin gilt für jeden von UNS, so wenig wie möglich aufzufallen. Ziel ist es in diesem Chat, mit so vielen vertrauenswürdigen Personen wie nur möglich zu befüllen und somit ein starkes Fundament zu schaffen." Doch auch „Hannibal" ging es nicht um Notwehr oder Selbstverteidigung, abwarten wollte er ebenfalls nicht. Vielmehr verglich er die Bundesregierung 2015, als über eine Million Menschen in Deutschland Zuflucht suchten, mit dem Hitler-Regime – die Lage ähnele dem Juli 1944. Deshalb warb er aktiv im Umfeld von Freimaurerlogen offen für einen Umsturz der Regierung.[13]

Vor diesem Hintergrund sind auch die Handlungen der Gruppen um „Hannibal" einzuordnen. Systematisch und mit hoher Dynamik organisierten „Hannibal" und die Gruppen – Nordkreuz, Westkreuz, Südkreuz, Ostkreuz – Munition in großen Mengen. Dazu Trainingsmöglichkeiten, damit auch Zivilisten, die man gezielt anwarb, Schießen lernen oder trainieren konnten. In anderen paramilitärischen Gruppen lief es ähnlich: Die Reservisten in Sachsen organisierten Schießtrainings für ihre Mitstreiter, genau wie die in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Oft nutzten sie dabei Bundeswehreinrichtungen. Aber niemand war aktiver und erfolgreicher als die Gruppen um dem KSK-Soldaten „Hannibal".

Abzeichen für den Tag X wurden entworfen, Funkkanäle festlegt, Codewörter verteilt und sogenannte Safehouses organisiert. An diesen sicheren Rückzugsorten lässt sich sehr gut festmachen, wie ernst und wie weit die Gruppen gekommen waren. Der Organisator und damalige KSK-Soldat „Hannibal" behauptete beim BKA, man habe nur abstrakt über diese Safehouses gesprochen. Recherchen zeigen etwas anderes. Diese Safehouses und Treffpunkte existierten und konnten ganz unterschiedliche Orte sein – Privathäuser, die direkt neben dem Wasserversorger eines Ortes lagen, abgelegene Werkstätten, zu denen man aus privaten Gründen Zugang hatte, ehemalige Liegenschaften der Staatssicherheit in Ostdeutschland, zu denen man sich Zugang verschaffte, Schießstände, deren Betreiber der Bewegung wohlgesonnen waren.

Ein weiteres Dokument der Gruppe um „Hannibal" belegt den ernsthaften Charakter: Eine Art Taschenkarte für den Tag X. Darauf sind nicht nur jene Funkkanäle und Codewörter festgelegt, sondern auch ein Sammelpunkt, von dem man sich später zum Safehouse auf dem Kasernengelände durchschlagen sollte. Der Sammelpunkt lag Mitten auf einem Truppenübungsplatz, auf dem auch die KSK trainiert, und damit im militärischen Sperrgebiet. Hätte man sich dort etwa getroffen, um ein abstraktes Szenario zu üben, hätte die Gruppe riskiert, von der Militärpolizei aufgegriffen zu werden und die Gesamtplanung gefährdet. Das ist wenig plausibel. Man meinte es offenbar ernst – die Karte war für den tatsächlichen Tag X gedacht. Im Ernstfall hätte man dort offenbar sogar eine Auseinandersetzung mir regulären Truppen der Bundeswehr in Kauf genommen. Trotzdem kamen „Hannibal" und andere Komplizen mit ihren Ausreden durch und wurden für ihre Pläne juristisch nicht belangt.



Foto: Archiv Dirk Laabs

Der Ex-Soldat André Sch. („Hannibal") gilt als ein zentraler Akteur im „Uniter"-Netzwerk. Hier präsentiert er sich auf einer Veranstaltung seinem Publikum mit „Verletzungen".

Auch der enge Kontakt zu Franco Albrecht wurde den Gruppenmitgliedern nicht zum Verhängnis – obwohl erst die Verhaftung des Bundeswehroffiziers aus Offenbach, der sich als syrischer Flüchtling ausgegeben hatte, die Dynamik der Gruppen um „Hannibal" unterbrach. Zuvor hatte sich Albrecht mehrmals mit „Hannibal" und anderen aus der Gruppen getroffen, um unter anderem über die Beschaffung von Waffen zu sprechen. Als Albrecht verhaftet wurde, ordnete „Hannibal" die Löschung der ausgetauschten Nachrichten an und Nordkreuzler, die angeblich nie Kontakt zu Albrecht hatten, zerstörten ihre Handys. Bei den Treffen mit Albrecht ging es zuvor



Foto: Archiv Dirk Laabs

Der Polizist Marko G. war Teil des „Nordkreuz"-Netzwerkes. Hier bei Schießübungen.

auch um einen Tag X, wie man dann etwa die Kaserne des KSK übernehmen könne. Franco Albrecht wusste dabei nicht nur nach Aussagen von Zeugen, welches Erkennungszeichen es am Tag des Umsturzes gelten sollte – „Die Guten kann man von den Bösen unterscheiden durch blaue Kreuze auf den Windschutzscheiben und Uniformen" –, er gehörte vielmehr auch zu denjenigen Rechten, die sich dafür aussprachen, aktiv auf einen Umsturz hinzuwirken: „In diesem Zusammenhang zog er in Erwägung, einen ‚Zentralrat der Deutschen' zu gründen, der ‚Angriffe durch die Antifa inszenieren / Verrätern das Handwerk lege', das ‚System zu unseren Gunsten ausnutzen / Schlüsselpositionen ausschalten oder es infiltrieren oder das ganze System zerreißen'" würde, fasste der Bundesgerichtshof seine Auffassung zusammen.[14] Auch die verurteilten Rechtsterroristen der Gruppe „Revolution Chemnitz" hatten wie Albrecht über „False-Flag-Attacks" nachgedacht: „Wenn es nicht von alleine geschieht [sic] muss es nur so aussehen [sic] als hätten die Parasiten angefangen. Bedeutet [sic] wir dürfen nicht erwischt werden [sic] sondern der Fokus liegt darauf, dass die Beamten denken [sic] links dreht frei."[15]

Franco Albrecht schickte zudem Nachrichten an andere Soldaten, in denen es hieß, dass jeder, der „dazu beitrage, dass das bestehende Konstrukt des Staates kaputtgehe", Gutes tue. Seine politischen Gegner bezeichnete er in einer Audiodatei als „Schweine", die ihn und seine Gesinnungsgenossen umbringen würden. Wörtlich sagte er: „Ich weiß, du wirst mich ermorden, ich ermorde dich vorher.' Wer zu einem solchen Vorgehen nicht bereit sei, könne ‚den Kampf von vornherein gleich lassen'." Ähnlich formulierte es „Revolution Chemnitz": die Mitglieder wollten „effektive Schläge" gegen „Linksparasiten, Merkelzombies, Mediendikatur und deren Sklaven" durchführen, waren aber in Sachen Waffenbeschaffung lange nicht so erfolgreich wie Franco Albrecht oder „Nordkreuz".

Terrorgefahr auch ohne Tag X

Der ehemalige Bundeswehr-Offizier Albrecht, der inzwischen Jura studiert, verkörpert die Gefahr der rechten Tag-X-Bewegung: Nicht jeder rechte Aktivist in der Szene will wirklich warten, bis das System ohne Fremdeinwirkung zusammenbricht. Denn viele Neonazis erkennen, dass der Umsturz eben nicht von allein kommt, wie auch Achim Schmid erklärt. Man warte zwar ständig auf den Tag X, aber die meisten seiner Mitstreiter hätten immer geahnt, dass die Demokratien mit den paar Neonazis fertig würden. Das Erkennen der eigenen Schwäche kann dann zu großer Frustration und Wut führen. Dann geht es dann nicht mehr darum, mit einer Aktion das verhasste System zum Zusammenbruch zu bringen – sondern es geht nur noch um Frustabbau, Wut, und mehr denn je, um Rache an alle jene, die für die gescheiterte Machtübernahme verantwortlich gemacht werden – der Tag X als unerreichbare Utopie. Wie beim NSU, dessen Mitglieder so große Pläne hatten und in einem Brief versprachen – „...entschlossenes, bedingungsloses Handeln soll der Garant dafür sein, das [sic] der morgige Tag dem deutschen Volke gehört", ehe sich am Ende der Hass der Rechtsterroristen entlud und sie willkürlich mordeten.

Zu der entscheidenden Erkenntnis, dass es am Ende gar nicht um den Tag X geht, kam das Bundesamt für Verfassungsschutz schon in den 1990er Jahren nicht, als es sich mit der Szene in Thüringen und andernorts beschäftigte. Die Analysten des BfV schrieben 1998 in einem Vermerk stattdessen: „Rechtsextremisten legen ihre Sprengstoff- und Waffenbestände meist nicht im Rahmen einer klaren Strategie an oder mit dem Ziel, zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Personen anzugreifen. Sie rüsten sich vielmehr für einen ungewissen ‚Tag X' und erliegen oftmals auch allein der Faszination von Waffen und Sprengstoff." Diese Linie wird heute von einigen Behörden weitergeführt, die mit dem Phänomen zu tun haben. Da der Tag X ja niemals komme, seien auch die Vorbereitungen der Szene – der Sprengstoff und die Waffen – nicht als so gefährlich anzusehen, dass man sie deswegen als terroristische Vereinigung stoppen müsste. Das Gegenteil war und ist der Fall. Da der Tag-X sehr wahrscheinlich nicht kommt, ist die große Wut der Neonazis als Reaktion auf diese Enttäuschung die wichtigste Quelle für eine dramatische Terrorgefahr von Rechts, zumal noch lange nicht alle Strukturen enttarnt sind, die sich tief in die bürgerliche Gesellschaft gegraben haben. Franco Albrecht und seine Komplizen sind zudem alle auf freiem Fuß. Nicht ein Soldat oder Polizist, der sich auf den Tag X vorbereitet hat, ist aktuell in Haft. •

1 Interview mit Sven Rosemann für den Dokumentarfilm „Der NSU-Komplex". **2** Interview von Mirko Hesse für ein englischsprachiges Neonaziblatt (Titel unbekannt), undatiert. **3** https://www.bpb.de/apuz/301136/nicht-mehr-warten-auf-den-tag-x-ziele-und-gefahrenpotenzial-des-rechtsterrorismus **4** Zudem versuchte die SED in der DDR den Aufstand 1953 umzudeuten – so wurden Bro-schüren mit einem Slogan gedruckt. „Der Tag X – der Zusammenbruch der faschistischen Kriegsprovokation des 17. Juni 1953." **5** Interview mit Uwe Kranz für den Dokumentarfilm „Der NSU-Komplex" (2014). **6** So z.B. das Lied „Tag der Vergeltung" von „Wolfsrudel" **7** vgl. www.antifainfoblatt.de/tags/turner-diaries **8** www.adl.org/education/references/hate-symbols/day-of-the-rope **9** Ausführlich u.a. hier: Dirk Laabs „Staatsfeinde in Uniform", Berlin 2021. **10** www.dokmz.com/2020/06/08/sieg-heil-herr-hauptmann-rechte-prepper-in-der-bundeswehr **11** www.nsu-watch.info/2014/12/protokoll-167-verhandlungstag-3-dezember-2014 **12** So spielte die Akten aus dem Verfahren gegen Franco Albrecht im dem Schweriner Verfahren keine Rolle. **13** vgl. Laabs: „Staatsfeinde in Uniform" **14** Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 29.8.2020, Seite 13, Randnummer 23. **15** AIB vom 31. August 2020: „Revolution Chemnitz"

NS-SZENE

Der kurze Weg von den „Gelbwesten" zur terroristischen „Gruppe S."

Politische Spätzünder

JACOB WEYRAUCH

Die mittelhessische Gruppe „Ehre Stolz Loyal Respekt" (ESLR) ist ein Beispiel, wie sich aus einer rechten Straßenmobilisierung eine Organisation herausbildete, die sich als Bürgerwehr und Bruderschaft verstand. Ihre Mitglieder radikalisierten sich rasant und waren Teil des Netzwerks der rechtsterroristischen Gruppe S.

Am 3. Oktober 2019 findet sich eine zehnköpfige Gruppe am Berliner Neptunbrunnen neben dem Roten Rathaus ein. Die Gruppe „Ehre Stolz Loyal Respekt" (ESLR), die zuvor an der rechten „Wir für Deutschland"-Demonstration teilgenommen hatte, stellt sich zum Gruppenbild auf. In der Mitte hockt ihr Anführer Jonny Lack und ballt seine linke Faust. Viele auf dem Foto tragen Pullover und Lederwesten mit ESLR-Symbolen. Der Mann, der für das Foto seinen Arm um das ESLR-Mitglied Christian G. legt ist Paul-Ludwig Ulbrich – im derzeit laufenden Stuttgarter „Gruppe S."-Prozess ist er der Hauptbelastungszeuge. (Vgl. AIB 131: „Bruderschaften als rechte Terrorbasis?")

Knappe vier Monate später finden die „Gruppe S."-Razzien statt, zeitgleich geht die Polizei unter dem Verdacht der „Gründung einer kriminellen Vereinigung" (§129 StGB) gegen ESLR vor. Schwere Vorwürfe stehen im Raum: So soll die Gruppe bewaffnete Anschläge geplant haben (siehe LOTTA 83, S. 35) und sie war tief in den „Gruppe S."-Komplex verstrickt. Vom ersten gemeinsamen Auftreten der ESLR-Mitglieder bis zur behördlichen Einschätzung als potentiell rechtsterroristische Gruppe waren bis dahin nicht einmal zwölf Monate vergangen.

Kennenlernen und Vernetzen

Am 9. März 2019 findet, wie zu dieser Zeit regelmäßig, eine Demonstration der „Gelben Westen Gießen" in der Gießener Innenstadt statt. Etwa 30 Personen nehmen teil. Die Demonstrationen der „Gelben Westen" in Deutschland haben in der Regel, anders als das französische Vorbild, keinen sozialrevolutionären Anspruch, sondern bedienen sich lediglich der gelben Warnwesten als Symbol, um Ressentiments gegen „die da oben", Migrant*innen und Linke auf die Straßen zu tragen. Dabei geht es auch um zu hohe Spritpreise und gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Auf dem Rücken der gelben Warnweste von Peter P. aus dem hessischen Vogelsbergkreis steht an diesem Tag „No NWO – QAnon". NWO steht für „Neue Weltordnung" bzw. „New World Order" und ist in der Rechten eine Chiffre antisemitischer Verschwörungsmythen. Wenige Monate später hat P. die Warnweste durch eine ESLR-Kutte ersetzt. Mit Michael O., Jessica B., Klaus J., Christian G. und Jonny Lack sind an diesem 9. März 2019 wesentliche Figuren von ESLR erstmals gemeinsam auf einer Demonstration feststellbar. Zumindest für Lack endet diese unerfreulich: Er erhält von der Polizei eine Anzeige wegen des Mitführens schlagkraftverstärkender Quarzsand-Handschuhe. Auf einem weiteren Gruppenbild aus dem Juli 2019 zeigt sich ESLR mit dreizehn Personen. Viele tragen Shirts mit dem ESLR-Logo, das unter anderem den „Punisher-Totenkopf" aus den Marvel-Comics zeigt. Die Verzahnung der Gießener Gelbwesten mit ESLR ist offenkundig; so demonstriert auch Bettina I., die „Gelbwesten"-Auftritte in Gießen organisierte, im November 2019 in Landau in Rheinland-Pfalz im ESLR-Outfit. Zu dieser Zeit konstituiert sich unter Führung von Werner Somogyi eine selbsternannte Elite, die sich aus mehreren selbsternannten „Bürgerwehren" wie „Soldiers of Odin" oder „Wodans Erben Germanien" rekrutiert und in der Anschläge diskutiert werden. Der „Gruppe S."-Komplex entsteht.

Rechter Vigilantismus

Tatsächlich war ESLR-Chef Jonny Lack bereits vor der Gründung von ESLR aktiver Teil verschiedener rechter Gruppen. Er war „Leader" der „Division Hessen" der „Soldiers of Odin" und schloss sich um 2018 der Gruppe „Wodans Erben Germanien" an. Fotos belegen, dass Lack im Jahr 2018 an einer „Bestreifung" der Marburger Innenstadt beteiligt war. Derartige patrouillierende „Bürgerwehren" bildeten sich vor allem in den Jahren nach 2016, zu ihrer Beschreibung entstand der Begriff des Vigilantismus. Ihr Ziel ist eine bewegungsförmige Selbstjustiz, die vorgibt, vor den als Bedrohung wahrgenommenen Geflüchteten schützen zu wollen. So legitimieren sich vigilantistische Gruppen durch rassistische Motive. Das Verhältnis zum Staat und seinem Gewaltmonopol ist dabei keineswegs so eindeutig wie im revolutionären Neonazismus: Zwar werden staatliche Autoritäten mit Skepsis beäugt und ihnen fehlendes Durchgreifen in Migrationsfragen attestiert, grundsätzlich sehen sich die „Bürgerwehren" aber als systemstabilisierend. So geht es ihnen darum, die „alte Ordnung" gegen Feinde von innen und außen zu „verteidigen" und nicht darum, das System zu stürzen – in diesem Sinne handelt es sich um eine konformistische Rebellion. Dennoch gewinnt mit zunehmender Radikalisierung auch Tag-X-Metaphorik und somit das Ziel des gewalt-



Foto: Presseservice Rathenow



Screenshot Facebook

Oben: Die extrem rechten deutschen „Gelbwesten" demonstrierten am 6. Juli 2019 vor dem Berliner Kanzleramt. Mittendrin: Christian G. im ESLR-Dress.

Unten: Gruppenfoto der ESLR am 3. Oktober 2019 am Berliner Neptunbrunnen.

samen Systemsturzes an Zuspruch.

Viele Mitglieder vigilantistischer Gruppen sind zwischen 40 und 60 Jahre alt, haben Kinder im Erwachsenenalter und stammen aus der Provinz. Sie lebten wohl immer schon in einer rechten und rassistischen Lebens- und Alltagswelt, waren aber nie politisch organisiert und soweit aktiv, dass sie für Antifaschist*innen sichtbar waren bzw. von diesen als sonderlich relevant erachtet wurden. Da die politische Sozialisation in „Kameradschaften" oder rechten Parteien die Ausnahme ist, haben die Beteiligten des „Gruppe S."-Komplexes in aller Regel keinen Zugriff auf das in derartigen Kontexten vermittelte Wissen: Davon zeugt sowohl ihre wenig stringente Ideologie, die sich aus Versatzstücken diverser rechter Strömungen zwischen QAnon-Ideologie, klassischem Neonazismus, „Reichsbürgertum" und dem AfD-Wahlprogramm „Deutschland. Aber normal" zusammensetzt, als auch das geringe Interesse an strukturiertem Vorgehen. Eine Rechtsschulung hatte wohl niemand der Aktiven je durchlaufen, und so schwankte das Verhalten der Mitglieder zwischen dem eigenen Anspruch an hohe Konspiration und der teils stümperhaften Praxis. Auch geht es vielen um die Aufwertung und Zurschaustellung ihrer kämpferischen Männlichkeit durch die Zugehörigkeit zu einer elitär wirkenden „Bruderschaft" mit ihren eigenen Mythen und Codes und ihrer Ästhetik von Rockern und Rebellen.

Eine Frage des Mediums

Das Phänomen des organisierten rechten Vigilantismus ist auch ein Resultat der sich wandelnden Medienwelt: Ohne Facebook und insbesondere Telegram wäre ein Kennenlernen bzw. die Pflege von Kontakten in zunächst losen, dann stärker organisierten Gruppen kaum denkbar. Das ständige Treffen auf Gleichgesinnte und die Flut bestärkender Bilder und Nachrichten der Telegram-Channels beschleunigt die Radikalisierung. Auf den Facebook-Profilen vieler Personen aus dem „Gruppe S."-Komplex wird zudem deutlich, wie stark diese von „Reichsbürger"-Denken geprägt sind.

Die psychologische Wirkung dieser Echokammern der Telegram-Kanäle, die Facebook-Gruppen inzwischen beinahe vollständig abgelöst haben, ist dabei enorm: Hier trifft gänzliche Medieninkompetenz auf professionell-manipulative VerschwörungsideologInnen, Welterklärer und Crash-Propheten, die einem Kreis der „Eingeweihten" ihre vermeintlichen „Wahrheiten" und „Beweise" einbläuen.

Omnipräsent ist die Tag-X-Metaphorik. Immer wieder ist vom drohenden baldigen Zusammenbruch oder Untergang die Rede – und davon, dass sich das Schicksal des Volkes nun entscheide und die Männer zum Kampf aufgerufen seien. Die „Reichsbürger"-Idee erzählt ihnen, dass staatliche Institutionen gar nicht berechtigt seien, Gesetze vorzugeben und ein Gewaltmonopol auszuüben, sondern dass es stattdessen rechtmäßige Bürgerpflicht sei, das Recht (und damit die Gewalt) in die eigenen Hände zu nehmen.

So wächst aus den zunächst harmlos wirkenden „unzensierten" Nachrichten und „nonkonformen" Meinungsbeiträgen Stück für Stück eine vigilantistische Gewaltideologie. Die Gruppe ESLR ist hierfür nur ein Beispiel. •

NS-SZENE

Im Oktober 2021 haben wir eine Recherche-Broschüre gegen die „Burschenschaft Germania Kassel" veröffentlicht. Die „Germania" fällt zwar weder im Stadtgeschehen noch an der Universität besonders auf, doch einige ihrer aktiven und ehemaligen Mitglieder sind über die Burschenschaft hinaus oft in relevanten rechten Strukturen aktiv. Das diesjährige Stiftungsfest der „Germania" hat gezeigt: Die Einbindung in unterschiedliche Spektren der (extremen) Rechten besteht ungebrochen fort.

Die „Burschenschaft Germania Kassel"

Anlaufpunkt für Rechte und Neonazis

„TASK – ANTIFA KASSEL"

Die Öffentlichkeitsarbeit der Burschenschaft war im vergangenen Jahr überschaubar. Ein kaum genutztes Facebook-Profil, ein Instagram-Account mit rassistischen Sharepics und Runenromantik sowie eine etwas in die Jahre gekommene Webseite. Semesterprogramm und Veranstaltungen werden gar nicht erst öffentlich beworben und die internen „Burschungs- und Semestervorträge" behandeln unpolitische Themen wie die Herstellung von Honig. Inhaltliche Veranstaltungen sind selten und werden meist auch nur intern beworben, stellen dann aber umso stärker den Bezug zur (neonazistischen) Rechten her. Die letzte öffentlich beworbene Vortragsveranstaltung fand 2018 unter Protest mit dem Szeneanwalt, früheren REP-Politiker und Marburger Burschenschafter Björn Clemens statt. Diese Nähe zur völkischen, neonazistischen Rechten drängt die Burschenschaft mehr oder weniger in die Klandestinität. Jenseits ihres Hauses wirkt sie nur sporadisch an der Universität, wie als Burschenschafter der „Germania" 2020 im Anschluss an ein Treffen den Campus mit Aufklebern aus Neonazi-Versänden und der „Identitären Bewegung" beklebten. Die politische Bedeutung der Burschenschaft liegt so auch weniger in ihrer eigenen Agitation, sondern in ihrem stabilisierenden Moment für die rechte Szene in Kassel. Während Kameradschaften kamen und gingen, besteht die „Germania" und ihre Infrastruktur nun schon seit über 30 Jahren. Sie ist Begegnungsort für mehrere Generationen der rechten Szene, gewährleistet deren Vernetzung und ist zugleich Anlaufpunkt für zumeist schon rechts anpolitisierte, junge Männer. Diese finden in der „Germania" eine halbwegs attraktive Lebenswelt mit dem burschenschaftlichen Minimalprogramm aus einigen „Kneipen", monatlichen „Conventen" und einem regelmäßigen „Paukbetrieb", primär mit den „Germanen" und „Rheinfranken" aus Marburg. Politik betreiben diverse Mitglieder der „Germania" dann aber häufig anderswo: In „Kameradschaften" oder anderen Neonazistrukturen, in der „Identitären Bewegung" oder aber im völkischen Flügel der AfD. Zu den derzeit Aktiven gehört beispielsweise der Lehramtsstudent Tristan Lessing, der zeitweise Sprecher der Burschenschaft war. Lessing wurde 2018 wegen seiner Aktivitäten für die „Identitäre Bewegung" aus dem Vorstand der „Jungen Alternative Waldeck-Frankenberg" geworfen. In die AfD aber hat es noch weitere Personen der Burschenschaft gezogen: Michael Werl hatte 2015 in der „Germania" die Funktion des Schriftwarts inne, Neonazis habe er dort allerdings nicht getroffen, behauptete er später gegenüber einer Lokalzeitung. Mittlerweile ist Werl Vorsitzender der „Jungen Alternative Hessen" und sitzt für die AfD Kassel in der Stadtverordnetenversammelung. Und auch Holger Teuteberg, der mittlerweile Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Cloppenburg Vechta ist, war für die „Germania" aktiv. Zwar ist er aus der Altherrenschaft ausgetreten, hielt aber danach noch einen Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung des Dachverbandes der Burschenschaft.

Geschichte: 36 Jahre rechtes Aufbauprojekt

Die „Burschenschaft Germania Kassel" ging am 4. Dezember 1985 aus der „Vereinigung Alter Burschenschafter Kassel" hervor. Sie erwarb 1989 im Stadtteil Wolfsanger ein Haus, in dem sich die Gemeinschaftsräume der Burschenschaft befinden und das seitdem der Dreh- und Angelpunkt aller Aktivitäten ist.Seit 1991 ist die „Burschenschaft Germania Kassel" in dem Dachverband „Deutsche Burschenschaft" (DB) organisiert. Sie versteht sich grundsätzlich als Männerbund auf Lebenszeit und ist „pflichtschlagend". Bei den politischen Flügelkämpfen innerhalb





Links: Vize-Bürgermeister Christopher Koch (links) und der frühere NPD-Kandidat Boris Maier (rechts) in Couleur der „Germania Kassel" auf dem Weg zum Stiftungsfest 2021.

Rechts: Der „Germane" Lukas K. mit Kopfverband vom Fechten im Eingang der Germania Kassel

der DB stand die „Germania Kassel" meistens auf Seiten der völkischeren Abspaltung – wie etwa als sie auf dem Burschentag 2011 den sog. „Ariernachweis" unterstützte. Seit ihrer Gründung gab es kaum Berührungsängste gegenüber neonazistischen Kreisen. Dafür gibt es eine Reihe an Belegen: Zu einem Konzert mit dem Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke im Jahr 1992 erschienen ein Funktionär der Partei „Nationalistische Front" (NF) im Braunhemd sowie zwei Anhänger der lokalen FAP, die sich u.a. mit „Sieg Heil" ins Gästebuch eintrugen. 2004 referierte der Neonazi-Kader Jürgen Rieger auf dem Verbindungshaus über das Thema „Germanischer Glaube in unserer Zeit". Daraufhin ermittelte auch die Kasseler Staatsanwaltschaft, da er in seinem Vortrag den nationalsozialistischen Massenmord an Sinti*zze und Rom*nja geleugnet haben soll. Aber auch in den letzten Jahren konnten immer wieder Überschneidungen und Kontakte zwischen der NPD, „Kameradschaften" und der Burschenschaft festgestellt werden. Dies zeigt sich immer wieder auch in der politischen Biografie einzelner Burschenschafter.

Ultra-rechte Germanen

Zwischen 2010 und 2011 wohnte Harald H. auf dem Haus der Germania. In dieser Zeit nahm er auch an Zeltlagern der Jugendorganisation der NPD teil und war Besucher von Veranstaltungen der neonazistischen „Artgemeinschaft". Anwärter der „Artgemeinschaft" war auch Dominik R., der 2010 aus unbekannten Gründen aus der Burschenschaft ausgeschlossen wurde.

Der spätere Germane Nils W. wurde 2011 gemeinsam mit Aktivisten vom „Freien Widerstand Kassel" bei der Anreise zu einem klandestinen Fackelmarsch in Gießen von der Polizei kontrolliert. 2015 besuchte W. als Delegierter der „Germania" den Burschentag in Eisenach. Gemeinsam mit einem mittlerweile verstorbenen „Bundesbruder" nahm W. auch an Veranstaltungen der Kasseler AfD teil. Zuletzt besuchte W. 2018 gemeinsam mit dem Kasseler Neonazi David R.einen Aufmarsch für die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck in Bielefeld.

Von 2011 bis 2018 war Alexander Schäfer Vorstand des Hausvereins. Schäfer bewegte sich zuvor im Umfeld der „Kameradschaft Northeim" und des NPD-Kaders Thorsten Heise. Schon 1999 gehörte Schäfer zu Heises Hochzeitsgästen.

Kontakte zu Heise pflegte auch der studierte Archäologe Michael Jan Riepe. Dieser betrieb den Musikversand „Supremacy through Intolerance" und traf mit Heise telefonische Absprachen über Verkäufe und Musikindizierung. 2017 kam es gegen Riepe zu einem Prozess wegen Volksverhetzung in 18 Fällen, der mit seiner Verurteilung endete. Noch 2020 trat Riepe in Leipzig bei der „Pro Patria Mensur", einem bundesweiten Burschenschaftertreffen, in „Couleur" der „Germania" auf – gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der niedersächsischen NPD und Stadtrat Michael Hahn.

2021: Stiftungsfest mit Neonazibesuch

Zum „Stiftungsfest" 2021 kamen nicht nur alle Aktiven der „Germania" , sondern auch zahlreiche „Alte Herren" sowie Burschenschafter aus befreundeten Verbindungen und rechte Aktivisten von außerhalb. Das Treffen kann daher als weitere Bestätigung der bisherigen Beobachtungen verstanden werden.

So gehörte zu den Hausgästen neben Michael Hahn auch der „Alte Herr" der „Germania" und NPD-Aktivist Boris Maier aus Heiligenstadt. Der Maurermeister ließ sich 2009 zur Wahl für die NPD aufstellen und war Vorsitzender des Kreisverbands der NPD im Eichsfeld. Ebenfalls aus dem Eichsfeld kam der „Alte Herr" der „Germanen" Christopher Koch zum Stiftungsfest. Koch war als Vorsitzender des Altherrenvereins aktiv und ist er in seinem Heimatdorf Tiftlingerode stellvertretender Bürgermeister – parteilos für die CDU-Fraktion. Beschäftigt ist er beim Eichsfeld Gymnasium, wo er als Studiendirektor den Unterricht der Schüler*innen mitgestaltet.

Die kurz vorgestellten Personen zeigen, dass einige Aktive, „Alte Herren" und Ehemalige der „Burschenschaft Germania Kassel" in diversen Strukturen des rechten Spektrums vernetzt, organisiert oder aktiv sind. In diesem Netzwerk finden sich mehrere Generationen von Rechten, Neonazis, NPD-Funktionären oder AfD-Anhängern, die auf dem „Germanenhaus" bisher weitgehend ungestört sind. Mit dieser Funktion als Scharnier zwischen Neonazis und rechten bzw. rechtskonservativen Kreisen steht die „Burschenschaft Germania Kassel" stellvertretend für viele DB-Burschenschaften, die vielerorts rechte Infrastruktur eher im Hintergrund stellen. •

NS-SZENE

Wehrsportgruppe der Reserve – Gruppe Jens G.

RECHERCHENETZWERK HANNOVER

Im September 2021 durchsuchten Polizist_innen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Lüneburg acht Objekte in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Die Staatsanwaltschaft wirft neun Beteiligten vor, sich einer bewaffneten Gruppe angeschlossen oder diese befehligt zu haben. Das Ziel dieser extrem rechten Gruppe sei es gewesen, rassistische Anschläge durchzuführen und Migrant_innen zu töten. Bei den Durchsuchungen wurden knapp 250 Waffen und Waffenteile sowie dazugehörige Munition gefunden. Mutmaßlicher Anführer der Gruppierung ist Jens G. – (ehemaliger) stellvertretender Vorsitzender der Reservisten-Kreisgruppe Hannover. Sechs der neun Beschuldigten waren Reservisten der Bundeswehr und ehemalige Fallschirmjäger.

Zufallsfund des MAD

Aufgefallen ist die Gruppe um Jens G. über Umwege: Bei einer Routineüberprüfung eines Referenten im Verteidigungsministerium durch den „Militärischen Abschirmdienst" (MAD) wurden auf dessen Handy Verbindungen und Chats mit Jens G. festgestellt. Der Referent in der Abteilung „Strategie und Einsatz" hatte Zugang zu sensiblen Geheiminformationen, etwa über das „Kommando Spezialkräfte" (KSK) und über verdeckte Ermittler_innen des MAD. Gegen ihn laufen derzeit interne Ermittlungen. In der Gruppe um Jens G. soll er allerdings nicht aktiv gewesen sein. So geriet Jens G. allerdings in den Fokus der Ermittlungsbehörden.

Jens G. – Militärfanatiker und Leiter von Schießtrainings

Schaut man sich die Profile von Jens G. in den Sozialen Medien an, wird eines relativ schnell klar: G. ist eine Art Waffenfanatiker und ein großer Fan von Allem was mit dem Militär und der Bundeswehr zu tun hat. Auch wenn er selbst nicht mehr aktiv im Dienst ist, so genießt er doch sichtlich den militärischen Habitus mit all seinen autoritären Gebaren. Neben seiner Arbeit als Zimmermann in der niedersächsischen Wedemark in der Region Hannover, organisiert G. Treffen von Kübelwagen-Fans.[1]

Als aktiver Reservist leitete er Schießtrainings, wies Reservisten in Maschinengewehre ein, leitete Übungswochenenden mit Sanitäts-, Absicherungs- und Orientierungsinhalten und war Verantwortlicher für Militärfahrzeugtreffen. Vom hannoverschen Reservisten-Kreisvorstand wird er als guter Ausbilder beschrieben, der sehr gute Kenntnisse über Waffen der Bundeswehr habe. Neben G. gehören zwei weitere Beschuldigte der Reservisten Kreisgruppe Hannover an.

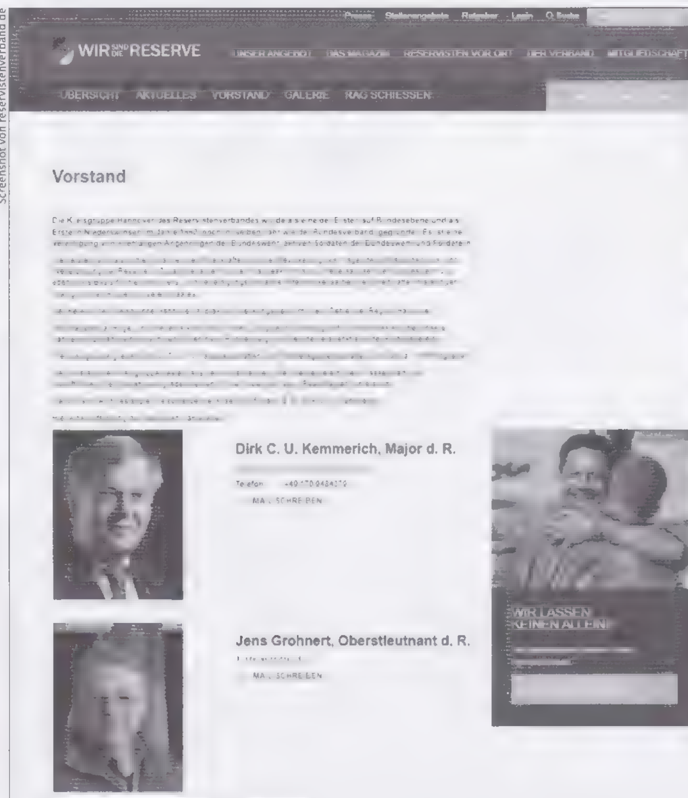
G. war nicht nur aktives Mitglied und Ausbilder der Reservisten, er war zudem auch stellvertretender Vorsitzender der Reservisten-Kreisgruppe Hannover. Diese versuchte Anfangs ihre Verbindungen zu ihm zu verschleiern. Nachdem „Der Spiegel" über Jens G. als Kopf der „Wehrsportgruppe" berichtete, wurden plötzlich die Beiträge, Namen und Bilder der Vorstandsmitglieder von der Seite gelöscht. Schaut man derzeit auf die Website sind nur noch die Kontaktdaten des Vorsitzenden zu finden, wo zuvor noch das Portrait von G. zu sehen war. Auf Nachfragen verschiedener Medien, beteuert der Verband, von der rassistischen und völkischen Gesinnung nichts gewusst zu haben. Sie wollten voreilige Schlüsse vermeiden. Daher sei G. von seinen bisherigen Aufgaben entbunden, bis es ein Ergebnis der Untersuchungen gebe. Außerdem positioniere man sich grundsätzlich gegen jeden Extremismus. Eine deutliche und nachdrückliche Distanzierung von Personen aus den eigenen Reihen, die wohlmöglich aus rassistischen Motiven Migrant_innen ermorden wollten, sieht anders aus.

Alter Bekannter der völkischen Szene mit bester Vernetzung

Jens G. fällt nicht nur durch seine Obzession für alles Militärische auf. Nach Recherchen von Andrea Röpke und Olaf Meyer, die sie im „Blick nach rechts" veröffentlicht haben, soll G. in der völkischen Szene Niedersachsen kein Unbekannter sein Im Gegenteil: G. nahm demnach an mehreren völkischen Veranstaltungen Teil. Röpke und Meyer schreiben dazu: „Im Landkreis Uelzen, in der Nähe von Bienenbüttel besuchte er 2016 einen „Maitanz" der völkischen Szene. Zu diesem Event wurden sogenannte Sippenmitglieder aus dem politischen Spektrum von NPD, Wiking-Jugend, Heimattreuer Deutscher Jugend, Sturmvogel, Identitäre Bewegung, AfD und rechtsextremer Bünde zum Tanz in den abgelegenen Ortsteil Edendorf geladen. G. reiste mit einem olivfarbenen Volkswagen an. Mit vielen der Gäste war er vertraut." Ebenfalls – und wahrscheinlich nicht zufällig – befindet sich in G.s Freundesliste der Schwiegersohn von Joachim Nahtz aus Eschede. Auf Hof Nahtz finden seit Jahrzehnten extrem rechte Veranstaltungen, Parteitage, „Wehrsportübungen" und Brauchtumsfeierlichkeiten der völkischen



Screenshot facebook



Screenshot von reservistenverband.de

Links: Genießt den militärischen Habitus – Selbstinszenierung des Militär- und Waffenfans Jens G. in sozialen Netzwerken.

Rechts: Das Foto von Jens G. verschwand aus dem Internetauftritt der Kreisgruppe Hannover des Reservistenverbandes

Szene statt. Mittlerweile hat die NPD-Niedersachsen Joachim Nahtz den Hof abgekauft und baut diesen zum Schulungszentrum aus.

Am 28. September 2001 protestierten Bundeswehr- und Reserveangehörige in der rechten Zeitung „Junge Freiheit“ mit einem Appell gegen die Entlassung des Oberleutnant der Reserve Götz Kubitschek aus einer Wehrübung wegen seines Buches über den Bosnienkrieg und seiner damaligen Tätigkeit als Autor in der „Jungen Freiheit“. Zu den Unterzeichnern gehörte damals auch „Jens G[...], Zimmermann / Oberleutnant d.R“. Aus diesem Umfeld stammt auch ein weiterer Facebook-Freund von Jens G., der mittlerweile verstorbene Peter Boßdorf. Dieser war seit Jahrzehnten in der neurechten Szene aktiv, schrieb für die „Junge Freiheit“, trat als Referent bei Götz Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“ auf und war zuletzt angesehener Bundeswehrexperte.

„Wehrsportübungen“ im Landkreis Hameln

Laut Informationen der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ) soll die Gruppe um Jens G. auf einem Gut bei Hameln auf eigene Faust „Wehrsportübungen“ durchgeführt haben. Ob auf dem Gelände oder in nahegelegenen Schießständen auch mit scharfen Waffen trainiert wurde, ist bislang unklar, genau so wo sie genau stattfanden. Die Wahl des Landkreis Hameln für diese Übungen verwundert jedoch nicht. Seit Jahrzehnten finden hier immer wieder extrem rechte „Wehrsport“- und Schießübungen statt. Auch Personen aus dem Kreis um Johannes K. aus dem ehemaligen Umfeld von „Blood & Honour Niedersachsen“ haben hier bereits regelmäßig „Wehrsport“- und Survival-Übungen durchgeführt.

Was bleibt?

Zum derzeitigen Zeitpunkt gibt es deutlich mehr offene Fragen als Antworten und Erkenntnisse. Vieles lässt sich bisher nur erahnen oder mutmaßen und wird erst durch weitere Recherchen und die kommenden Gerichtsverfahren geklärt werden können.

Es wird sich zeigen, wer noch von den Plänen wusste, an den Veranstaltungen teilnahm oder die Gruppe direkt oder indirekt unterstützte. Dass extrem rechte Personen und Gruppierungen innerhalb des Militärs bei weitem keine „Einzelfälle“ sind, ist hinlänglich bekannt. Wie gefährlich diese mit ihrem Wissen und Zugängen zu Material und Infrastruktur sind, lässt sich nur erahnen.

An dieser „Wehrsportgruppe“ zeigt sich nochmals nachdrücklich die Gefahr, die von der völkischen Szene ausgeht. Sie schafft einen fruchtbaren Nährboden für solche „Wehrsportgruppen“. Größtenteils unbeobachtet von der Öffentlichkeit, von staatlichen Stellen belächelt und verharmlost, können die Akteur_innen über Jahrzehnte Strukturen und Netzwerke aufbauen. Die eigene Gemeinschaft wird ideologisch ab dem Kindesalter geschult und gefestigt. Sie bietet eine Infrastruktur und festigt langjährige Kontakte in der eigenen Szene und darüber hinaus. Die Szene sieht sich dabei selbst als eine Art völkische Avantgarde. Völkisches Elitedenken, (extrem) rechte Ideologie und der Zugang zu Waffen sind immer eine gefährliche Mischung. •

1 Als Kubelwagen werden historische Militärfahrzeuge bezeichnet

BRAUNZONE

Von der DDR-Opposition nach rechts außen

Nicht erst in der Corona Pandemie wandten sich einige ehemalige DDR-Bürgerrechtler*innen der extremen Rechten zu

■ Michael Beleites war zu DDR-Zeiten in der oppositionellen Umweltbewegung aktiv. Heute lebt der studierte Landwirt in der Nähe von Dresden. Seine 1988 illegal erschienene Dokumentation „Pechblende" über den Uranabbau der DDR war ein Meilenstein oppositioneller Publizistik. Nach der Wende arbeitete Beleites u.a. für das kirchliche Forschungsheim Wittenberg. Nach dem Ende seines Amtes als Stasi-Beauftragter des Bundeslandes Sachsen wird es öffentlich ruhig um den ehemaligen DDR-Oppositionellen. Im Januar 2018 referiert er seine umweltpolitischen Thesen bei der „Winterakademie" des rechten „Institut für Staatspolitik" (IfS). Öffentlich dafür kritisiert[1], sah sich Beleites zu Unrecht mit der extremen Rechten assoziiert. Im Jahr 2020 verfasste er einen Text für die erste Ausgabe der rechten Ökologie-Zeitschrift „Die Kehre", die von dem „Ein Prozent"-Aktivisten Jonas Schick redigiert wird[2].

Beleites ist nur ein Beispiel für ehemalige DDR-Bürgerrechtler, die sich der (extremen) Rechten zugewandt haben. Ob Siegmar Faust, Vera Lengsfeld oder Angelika Barbe. So unterschiedlich ihre Lebenswege in der DDR-Opposition waren; sie eint, dass sie sich heute im Umfeld der AfD bewegen. Ausgestattet mit der moralischen Autorität ihres widerständigen Engagements in der DDR, agieren sie heute als Fürsprecher diverser (extrem) rechter Politikangebote.

Politisch divers: die DDR-Opposition

Die DDR-Opposition war politisch kein homogenes Milieu. Bürgerlich konservative Strömungen fanden sich ebenso wie sozialdemokratische, öko- und linkssozialistische oder linksradikale Selbstverständnisse. DDR-Opposition, das waren in den 1980er Jahren informelle Gruppen ohne offizielle organisatorische Verfasstheit, die den engen Freiraum der evangelischen Kirche nutzten um sich zu formieren. Alle Gruppen zwang die Repression in eine Interaktion mit dem Staat, in dem sie sich zu den Widersprüchen der DDR Gesellschaft und den Versuchen, sie aus dem Westen zu vereinnahmen, verhielten. Nach dem Umbruch in der DDR und der Wiedervereinigung zerfiel die Opposition. Einige ehemalige DDR-Bürgerrechtler stiegen in den westdeutsch dominierten Parteien in deren Funktionselite auf oder besetzten repräsentative Posten in der Bundesrepublik. Die Mehrzahl derer, die den Umbruch in der DDR vor 1989 in den Regionen vorbereitet und 1989 aktiv gestaltet hatten, zogen sich nach einer Phase des Engagements nach 1990 aus der Politik zurück. Die eine DDR-Opposition im Sinne einer gemeinsamen politischen Position hatte es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Im westdeutsch dominierten Politikbetrieb spielten DDR-Oppositionelle nach der Wiedervereinigung keine einflussreiche Rolle.



Die DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld im Januar 2011 bei einer Kundgebung der CDU-Berlin-Lichtenberg gegen den Kommunismus.



Götz Kubitschek und Michael Beleites 2018 bei der IfS-Winterakademie in Schnellroda.

Gehör konnten sie sich in einer breiten Öffentlichkeit nur verschaffen, wenn sie sich zu Fragen der DDR-Geschichte zu Wort meldeten. Interventionen in die Tagespolitik der Bundesrepublik fanden nur wenig Beachtung. Mehrfach hatten sich ehemalige DDR-Oppositionelle etwa gegen die Vorratsdatenspeicherung oder die Sicherheitsgesetze der Ära Otto Schily gewandt. Aufmerksamkeit erregte, dass sich nach 2015 einige DDR-Oppositionelle kritisch zur Flüchtlingspolitik der Merkel Regierung einließen und diese von rechts kritisierten.

Inszenierung von Dissidenz

Biografische Prägungen und die in der DDR erlebte staatliche Repression führen dazu, dass einige ehemalige DDR-Oppositionelle ihr heutiges politisches Agieren als Fortsetzung eines in der DDR eingeübten Non-Konformismus, also des aus grundsätzlichen Erwägungen resultierenden Widersprechens gegen das ansehen, was sie als eine zu Unrecht vorherrschende und durchgesetzte Politik interpretieren. Die Haltung, aus moralischen Prinzipien heraus oppositionell zu handeln, hatte etwa Wolfgang Templin zu Beginn der 1990er Jahre zeitweise an die Seite der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" geführt[3]. Templin hat sich später von seinem Flirt mit der Neuen Rechten distanziert. Andere ehemalige Protagonisten der DDR-Opposition finden in der neurechten Szene ein Forum und Anerkennung.

Diese Haltung des angeblichen Non-Konformismus gegenüber allen politischen Systemen trifft auf Resonanz in der extremen Rechten. Der systemübergreifende, weniger inhaltlich begründete als habituelle Widerspruchsgeist fasziniert deren Protagonisten. Sind diese doch auf der Suche nach Vorbildern für ihre gegenwärtige politische Praxis, die jenseits der extrem rechten Ideengeschichte liegt. Im Zuge der PEGIDA-Mobilisierungen hat die extreme Rechte das Motiv „Widerstand" erneut aufgegriffen und verknüpft es in einem anderen zeitgeschichtlichen Kontext als die NPD zu Beginn der 1970er Jahre[4]. Verbunden wird die „Widerstand"-Rhetorik bei PEGIDA und „Querdenken" mit der Auffassung, die Regierung der Ära Merkel habe eine Diktatur etabliert, die sich der Methoden politischer Repression gegenüber Dissidenten wie in der DDR bediene. Die Formensprache der medialen Kommunikation der rechtsintellektuellen Szene setzt genau hier auf die Inszenierung von Dissidenz und deren Ästhetik. Wer die Literatur Vlogs aus Schnellroda oder aus dem von Susanne Dagen geführten „Buchhaus Loschwitz" betrachtet, sieht sich ästhetisch in die Bücherzimmer und Wohnküchen der osteuropäischen Dissidenz der 1960er bis 1980er Jahre versetzt. Der Gestus mit dem die Protagonisten des rechtsintellektuellen Milieus agieren ahmt den der Dissidenz nicht nur in der Form nach. Vielmehr versteht man sich selbst als dissident zu den herrschenden politischen Verhältnissen. Dies spiegle sich darin, dass den Autor*innen die großen Bühnen der medialen Öffentlichkeit verwehrt seien und sie politischer Verfolgung wie in der Spätphase der DDR ausgesetzt seien. Die Akteure der „Neuen Rechten" nutzen nahezu alle medialen Kanäle, um sich selbst als vom Etablishment und dessen „political corectness" verfolgte Dissidenten in Szene zu setzen. Es würde allerdings zu kurz greifen, die Aneignung eines dissidentischen Habitus und den Wunsch nach Verwaltung des Erbes der DDR-Opposition durch das rechtsintellektuelle Milieu als billige politische Inszenierung abzutun. Die Wahlkampfführung der AfD 2019 in Sachsen und Brandenburg gibt einen Hinweis darauf, wie die Partei die Geschichte des Umbruchs in der DDR in ihrem Sinne in Dienst zu nehmen sucht. Damals plakatierte sie in beiden Bundesländern den Slogan „Vollende die Wende." und wollte somit an das kommunikative Gedächtnis ihrer ostdeutschen Wählerschaft anschließen. Die politische Rhetorik des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke und jene von „Querdenken" nimmt beständig begriffliche Anleihen an die DDR bzw. die Zeit des Umbruchs. DDR-Oppositionelle, die sich wissentlich in diesem Kontext bewegen, stärken rechte Parteien und Bewegungen. •

Weiterführender Text:
Thomas Klein: Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, Mein Abschied von alten Freunden aus der DDR-Opposition
in: telegraph 137 / 138 2020

1 Vgl. www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/vortrage-bei-gotz-kubitschek-ist-fruher-ddr-umweltaktivist-michael-beleites-ein-rechter-1484951 **2** Vgl. Michael Beleites : Die menschengemachte Uberhitzung in: Die Kehre 1/2020 **3** Vgl. Junge Freiheit NR. 9 / 1994. [25. 02. 1994] S.3 **4** Vgl. Christoph Kopke: Die Aktion Widerstand 1970/71: Die „nationale Opposition" zwischen Sammlung und Zersplitterung. In: Massimiliano Livi, Daniel Schmidt, Michael Sturm (Hrsg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter. Campus, Frankfurt a. M. S. 249-262

BRAUNZONE

Verlierer mit Stammwählern

Die AfD nach der Bundestagswahl

GERD WIEGEL

■ Die AfD gehört zu den Wahlverlierern der Bundestagswahl 2021, konnte sich jedoch gleichzeitig mit einem zweistelligen Ergebnis zum zweiten Mal in Folge im Bundestag verankern und ist in Ostdeutschland unangefochten Volkspartei, mit zwei ersten Plätzen in Sachsen und Thüringen.

Trotz deutlicher Verluste für die AfD gibt es keinen Grund zur Entwarnung, denn die Wahlen haben deutlich gemacht, dass die Partei inzwischen auf eine Stammwählerschaft zurückgreifen kann, die sie verlässlich auf bundesweite Ergebnisse von 10 Prozent und mehr bringt. Auf der anderen Seite scheint die Aufstiegsphase beendet und neue Wählergruppen dürften nur noch schwer für die Partei zu erreichen sein.

Die Schwäche der Union hat der AfD 16 Direktmandate beschert, 13 mehr als 2017. Zehn dieser Direktmandate wurden allein in Sachsen erzielt, neben Thüringen die absolute Hochburg der Partei.

Neue Bundestagsfraktion

Sieht man sich die Zusammensetzung der neuen Bundestagsfraktion an, dann fällt die große Zahl (25) neuer Abgeordneter auf, was u.a. auf die vielen Direktmandate zurückzuführen ist. Die generelle Verschiebung zugunsten der völkischen Rechten innerhalb der Partei spiegelt sich auch in der Fraktion. Mit Stephan Brandner, Karsten Hilse, Gottfried Curio oder Markus Frohnmaier sind bekannten Lautsprecher der völkischen Rechten erneut eingezogen. Ergänzt werden sie durch neue Flügel-Leute wie Christina Baum aus Baden-Württemberg oder den Brandenburger Berufssoldaten Hannes Gnauck, der selbst vom MAD als „Rechtsextremist" eingestuft wird. Der aus NRW kommende Matthias Helfereich, der sich selbst als „freundliches Gesicht des NS" bezeichnet, wurde nicht in die neue Fraktion aufgenommen. Grund dafür ist sicherlich nicht seine politische Orientierung am Vorbild des NS, sondern sein flapsiges öffentliches Kokettieren damit. Was bei Höcke, Gauland und anderen problemlos durchgeht, gilt nicht für jeden Hinterbänkler.

Mit Alice Weidel und Tino Chrupalla haben sich die Kandidat*innen für den Fraktionsvorsitz durchgesetzt, die für die Integration der völkischen Rechten stehen und von dieser auch weitgehend abhängig sind.

Strategische Schwächen

Bemerkenswert ist, dass die AfD nicht vom massiven Einbruch der Union profitieren konnte, die von Partei und Fraktion als Hauptkonkurrent ins Visier genommen und in Form von Kanzlerin Merkel als zentrales Feindbild ausgerufen wurde. Diese Entwicklung ist Beleg für die These, dass die AfD aktuell ausmobilisiert ist, dass sie also ein Maximum an Wählerinnen und Wählern erreicht hat, gegenwärtig aber nicht in der Lage ist, neue Milieus zu erschließen.

Zumindest bis zum Wahltag Ende September ist der Versuch, sich der Querdenken-Bewegung als parlamentarischer Arm anzudienen, gemessen am Wahlergebnis gescheitert. Trotz des Geredes in Partei und Fraktion von „Coronadiktatur", „DDR 2.0", „Ermächtigungsgesetz" und anderer wilder Verschwörungsmythen blieb diese Ausrichtung wahlarithmetisch erfolglos. Zwar dürfte die Partei vor allem in Ostdeutschland den größten Teil der Stimmen von Coronaleugner*innen oder -skeptiker*innen erhalten haben –, das waren zum großen Teil aber Leute, die die Partei ohnehin wählen. Im Südwesten (Baden-Württemberg), der anderen Hochburg der sog. „Querdenker", ist ihr dies nicht gelungen.

Sieht man sich die Zustimmungswerte der AfD im Verlauf der Wahlperiode an, dann ist ein deutlicher Abfall mit dem Beginn der Corona-Krise im März 2020 zu verzeichnen. Bis dahin lag die Partei in den Umfragen immer oberhalb ihres Wahlergebnisses von 2017 (12,6 Prozent), mit zeitweiligen Höhepunkten von 18 Prozent. Mit dem tendenziellen Verschwinden der Migrationsdebatte und dem Beginn einer massiven gesellschaftlichen Krise, für die der AfD keinerlei Kompetenzen zugeschrieben wurde, sanken ihre Umfrageergebnisse deutlich, teilweise unter die 10-Prozent-Marke.

Schlussfolgerungen

Jörg Meuthen hat sehr schnell nach der Wahl erkannt, dass seine Zeit als Parteivorsitzender abgelaufen ist. Der taktisch motivierte Kampf gegen die völkische Rechte, die Meuthen als Hindernis für ein Anwachsen im Westen sieht, ging für ihn klar verloren. Meuthens Rückzug zeigt allen, dass man in der AfD nicht gegen die in Teilen neofaschistische Rechte Politik machen kann.

Im Umfeld der AfD werden die Ergebnisse sehr unterschiedlich bewertet und


Foto: Christian Ditsch

die Schlußfolgerungen orientieren sich an scheinbar unvereinbaren Alternativen: Völkische Bewegungspartei mit systemoppositioneller Ausrichtung sein oder Teil eines konservativen Blocks, der perspektivisch parlamentarische Mehrheiten rechts der Mitte organisiert. Während das Höcke-Lager auf die Erfolge im Osten verweist und den thüringischen und sächsischen Weg als Strategie für ganz Deutschland empfiehlt, verweist die Gegenseite auf die Unterschiedlichkeit von Ost- und Westdeutschland, die eine Kopie der Osterfolge unmöglich mache. So schreibt Dieter Stein in der Jungen Freiheit: „Die Rezepte aus dem Osten lassen sich eben nicht auf den Westen übertragen. Dies ist eigentlich schon länger bekannt, bleibt aber bislang ohne Konsequenzen – was sich zunehmend rächt und die Partei in eine gefährliche Schieflage bringt. Warum konnte die AfD beispielsweise nicht wenigstens teilweise die massiven Verluste der Union auf ihre Mühlen lenken?" Ganz anders dagegen Benedict Kaiser auf den Seiten der Sezession, der gerade die behäbige bürgerliche Ausrichtung der Westverbände für die Verluste verantwortlich macht: „Ein liberaler, möglichst versöhnlicher oder auch ‚bürgerlicher' Wahlkampf (…) läßt die eigene Wählerschaft offenkundig kalt, demobilisiert Wechselwähler aus dem Protestsegment, treibt einen Teil von ihnen ins Nichtwählerlager – und andere Teile direkt zu den legitimierten Altparteien wie CDU und FDP."

Daniel Fiß, langjähriger IB-Kader mit AfD-Verbindungen, schreibt im Blog der Sezession über den „Weg zur politischen Gestaltungsmacht" und wie sich die AfD für ein perspektivisches Bündnis mit der Union aufstellen müsse. Die Etablierung „rechter Lebenswelten" in Ostdeutschland und eine Konzentration auf den Graswurzelaufbau dort, so seine Empfehlung. Ein völkisches Gegenmodell Ost, verbunden mit relativer lokaler Hegemonie der AfD – aus einer solchen Position ließe sich auch ein Bündnis mit einem stärkeren konservativen Partner wagen.

Ob und wie solche Fantasien beflügelt werden, wird auch von der Entwicklung der CDU abhängen und der Frage, ob die Stimmen, die für „pragmatische Bündnisse" mit der AfD werben, hier Auftrieb bekommen.

Neue Optionen

Am 27. September, dem Tag nach der Bundestagswahl, schrieb die Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) einen Brief an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestags, den AfD-Abgeordneten Pater Boehringer. Darin drückt sie ihre Erwartung aus, dass nach dem wiederholten Einzug der AfD in den Bundestag die DES schnellstens in die Bundesförderung der parteinahen Stiftungen aufgenommen werde.

In der Tat eröffnet sich mit dem Wiedereinzug der AfD die Möglichkeit für die DES, höhere Millionenbeträge vom Staat zu erhalten und damit die Stiftung zum zentralen Think Tank einer modernisierten radikalen Rechten auszubauen. Jedoch gibt es hier keinen Automatismus und die Stiftungsfinanzierung steht generell auf wackeligen gesetzlichen Füßen. Ohne Zweifel wird die DES auch die Gerichte bemühen, sollte ihr der Zugriff auf die Mittel länger verweigert werden. Von bis zu 900 Stellen, also einem umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm für den intellektuellen Teil der extremen Rechte, ist hier die Rede.

Seit einigen Monaten formiert sich ein breiter Widerstand gegen diesen staatlich finanzierten Aufbau einer rechten Stiftung. Wie erfolgreich dieser ist und welche gesetzlichen Möglichkeiten des Ausschlusses der DES es gibt, werden die nächsten Monate zeigen.

Für die AfD im Bundestag wird es in den nächsten Monaten darauf ankommen, sich in der neuen Rolle als kleinere rechte Oppositionspartei neben der Union einzurichten. Verbal wird das sicherlich eher zu weiteren Zuspitzungen bei der AfD führen, die sich jetzt gegen eine von den Zwängen des Regierens befreite Union unter einer möglichen Führung von Friedrich Merz behaupten muss. Ob damit Annäherungen der Partei rechts der Mitte verhindert oder doch erst möglich werden, gilt es im Blick zu behalten. •

BRAUNZONE

Der Konvent der AfD

AUTONOME ANTIFA FREIBURG

Ende Oktober 2021 fand die 30. Sitzung des Bundeskonvents der AfD in Suhl statt. Über dieses abseits der Parteitage höchste Entscheidungsgremium der AfD war bisher nur wenig bekannt. Ein Communiqué der „Autonomen Antifa Freiburg" änderte dies.[1]

Was ist der AfD-Konvent?
Der AfD-Konvent ist ein Gremium, in dem Vertreter (und einzelne Vertreterinnen) der Landesverbände etwa viermal im Jahr zusammenkommen. Der „Konvent" ist laut Selbstdarstellung der AfD „zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei" und „kann Entscheidungen treffen, soweit sie nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Satzung vorbehalten sind oder Beschlüsse des Bundesparteitags entgegenstehen".

Insgesamt hat der Konvent etwa 55 Mitglieder. Von Seiten des Bundesvorstands der AfD gehören ihm der Bundesschatzmeister und vier weitere gewählte Bundesvorstandsmitglieder an. Der Großteil der Konventsmitglieder wird aber von den Landesverbänden entsandt, die je nach Mitgliederstärke unterschiedlich viele Delegierte stellen. Die Konventsdelegierten der Länder werden auf den jeweiligen Landesparteitagen gewählt. Neben dem Konvent als Hauptgremium gibt es zwei Ausschüsse: Die Schatzmeisterkonferenz mit Stefan Edler als Sprecher und den Satzungsausschuss mit dem Vorsitzenden Julian Flak. Konventsvorsitzende waren bis Oktober 2021 Carsten Hütter und Edeltraud Schwarz. Stellvertretende Konventsvorsitzende waren Jochen Haug und Peter Bohnhof.[2]

Die Geschichte des Konvents
Auf dem 2. AfD-Bundesparteitag im März 2014 beschloss die AfD die Einrichtung eines „Finanzkonvents" als zuständiges Gremium für die Finanzverteilung. Die Einrichtung eines Bundeskonvents war innerhalb der AfD nicht unumstritten. Schon vor der Etablierung des Gremiums gab es kritische Stimmen, die eine Bürokratisierung und Verfestigung von Funktionärsstrukturen befürchteten und die Frage der Gründung des Konvents zu einem Machtkampf zwischen „Elite" und „Basis" stilisierten. Einige Mitglieder kritisierten beispielsweise, dass dem Konvent als „Länderkammer" Aufgaben übertragen werden würden, die eigentlich dem Parteitag als höchstem Beschlussgremium zustünden. Gewarnt wurde „vor Durchgriffsrechten des Bundesvorstands und Blockademöglichkeiten durch ihn". In der Satzung wurde dem Konvent eine zentrale Rolle zugeschrieben: „Der Konvent berät den Bundesvorstand in politischen, finanziellen und organisatorischen Fragen der Partei. Zur wirksamen Ausübung dieser Beratungskompetenz steht ihm ein umfassendes Auskunftsrecht zu. Er beschließt über die Gründung von Vereinigungen sowie über die vertikale und horizontale Finanzverteilung der staatlichen Teilfinanzierung (...)" Tatsächlich gestaltete sich die Etablierung des Konvents schwerfällig und voll bürokratischer Hürden. Erst im Januar 2016 gab sich der Konvent schließlich eine Geschäftsordnung. Darin wurde unter anderem festgehalten, dass zu jedem Beschluss mehrheitlich festgelegt werden kann, ob er als öffentlich, parteiöffentlich oder konventsintern zu behandeln ist, dass das Protokoll lediglich den Teilnehmern und den ordentlichen Mitgliedern des Konvents zur Verfügung gestellt wird und dass die Sitzungen nicht öffentlich stattfinden.

Das unbekannte Machtzentrum
Es ist recht auffällig, dass selbst AfD-intern nicht allgemein bekannt zu sein scheint, welche Macht die Konventsdelegierten haben. Die Delegiertenwahlen sind oft am Ende der Tagesordnung von Parteitagen versteckt und selten wird prominent kommuniziert, wer gewählt wurde. Noch dazu werden die Wahlen häufig innerhalb von sehr kurzer Zeit durchgepeitscht, für ausführliche Vorstellungen der KandidatInnen oder Diskussionen bleibt wenig Zeit. Häufig wurden so AfD-Funktionäre in einen weiteren, wenn auch besonders wichtigen, Funktionärsposten gewählt. „Das wäre analog so, als würde man in einen Betriebsrat ausschließlich Direktoren wählen" kritisierte Joachim Gerlach Anfang 2017 in einem Antrag auf Abwahl der Konventsdelegierten beim Landesparteitag der AfD NRW.

Was macht der AfD-Konvent?
Eine der wichtigen Kompetenzen des AfD-Konvents besteht darin, über die Art und den Zeitpunkt der Durchführung von Parteitagen zu entscheiden. Anfang Juli 2016 meldete sich z.B. der Konventsdelegierte Fabian Jacobi zu Wort, der sich für eine Konventssitzung aussprach, um einen Bundesparteitag mit dem Ziel einzuberufen den damaligen Bundesvorstand abzuwählen. Nach einigem hin und her lud der frühere „Wiking Jugend"-Kader und heutige Leiter der AfD-Bundesgeschäftsstelle, Hans-Holger Malcomeß, die Konvents-

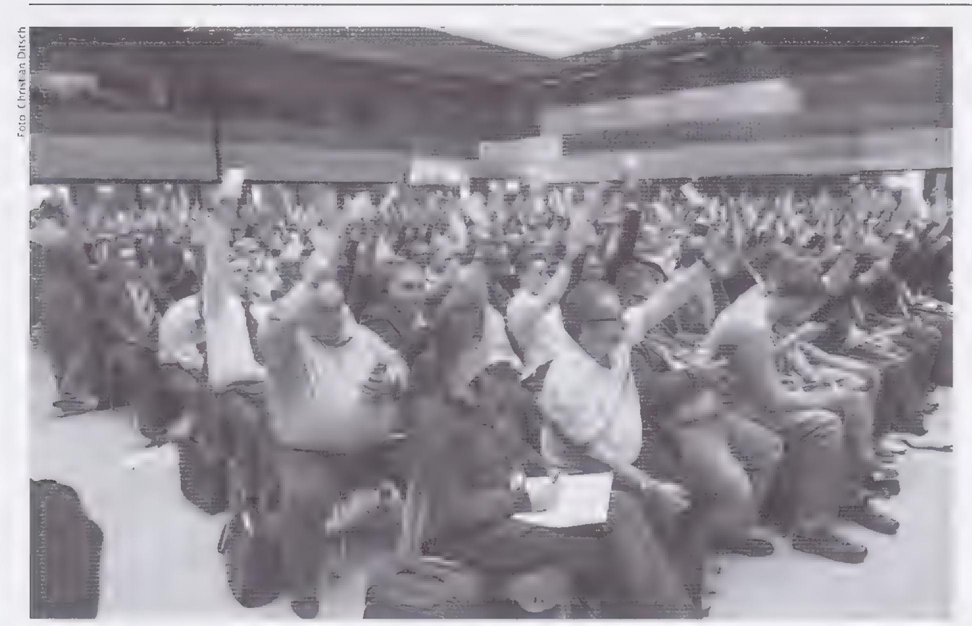


Foto: Christian Ditsch

Trotz der Bedeutung des Gremiums: Die Wahlen der Delegierten zum AfD-Konvent gehören nicht zu den Parteitagshighlights. Im Gegeteil, sie werden oft am Ende der Tagesordnung platziert und schnell durchgepeitscht.

delegierten zu einer „außerordentlich einberufenen Sitzung des Bundeskonvents der AfD" ein. Hier wurde jedoch beschlossen, keinen Sonderparteitag einzuberufen. Eine weitere Hauptaufgabe des AfD-Konvents ist die Verwaltung und die Verteilung großer Geldsummen aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Diese Mittel werden beispielsweise als Zuschüsse und Darlehen für Wahlkämpfe der Landesverbände vergeben. Ausgaben, welche die Gesamtpartei betreffen, werden ebenfalls durch den Konvent beschlossen. Auffällig ist, dass hohe Summen für die parteiinterne Bürokratie und für juristische Auseinandersetzungen aufgewendet werden. So wurden im Haushaltsplan 2021 etwa fünf Millionen Euro für Wahlkämpfe des Bundesverbands vorgesehen und knapp zweieinhalb Millionen Euro für Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle. Für „Recht und Datenschutz (mit Verfassungsschutz)" wurden im Haushaltsplan 2021 über 700.000 Euro eingeplant und für „Technik und IT" über 500.000 Euro. Unter letzteren Posten dürften unter anderem die Kosten für das parteiinterne Programm zur Mitgliederverwaltung fallen, den „Parteimanager". Diese Software wird von der Augsburger Firma „Sewobe AG" entwickelt. Die beiden Sewobe-Chefs Eiko Trausch und Thomas Weishaupt profitieren davon, dass der AfD-Bundesvorstand im September 2019 festgelegt hat, dass „sämtliche Gliederungen der Alternative für Deutschland eine gemeinsame Software sowohl für die Mitgliederaufnahme als auch für die Mitgliederverwaltung verwenden" müssen – ausnahmslos „die seit 2013 vom Bundesverband und von den Gebietsverbänden der Alternative für Deutschland verwendete Online-Verwaltungssoftware „Parteimanager" der SEWOBE AG (...)".

Mitgliederaufnahme und Unvereinbarkeitslisten

Seit ihrer Gründung streitet sich die AfD darüber, wer als Mitglied aufgenommen werden darf und wer ausgeschlossen werden soll. Die Macht darüber, „Unvereinbarkeiten" zu beschließen und damit Abgrenzungen und rote Linien festzulegen, liegt einmal mehr beim Konvent. Für viele Diskussionen sorgten verschiedene Beschlüsse des Konvents zur Abgrenzung gegenüber den „PEGIDA"-Aufmärschen. Im Mai 2016 hatte der Bundesvorstand ein Redeverbot für AfD-Mitglieder beschlossen. Anfang März 2018 stellte der Konvent jedoch fest, „dass es AfD-Vertretern möglich ist, bei Veranstaltungen von PEGIDA (Dresden) eigene Positionen öffentlich zu vertreten." Aktuell wird in AfD-Kreisen die mögliche Unvereinbarkeit mit der rechten Pseudo-Gewerkschaft „Zentrum Automobil" aufgeregt diskutiert.

Fazit

Der Bundeskonvent der AfD ist eine Art Länderkammer, ein Senat von Funktionären, welcher die Partei und den Bundesvorstand zwischen den Bundesparteitagen lenkt. Außerhalb der Partei ist der Konvent unterbelichtet und seine Bedeutung wird unterschätzt. Beim Konvent geht es um Geld und Macht. Durch die enormen Finanzmittel kommt ihm eine Schlüsselposition im Machtgefüge der Partei zu. Der Konvent kann über Integration oder Ausgrenzung von Organisationsstrukturen unterhalb der Parteiebene entscheiden, also Freund und Feind definieren. Viele konkrete finanzielle und ordnungspolitische Beschlüsse des Konvents haben unmittelbare und weitreichende Konsequenzen für die AfD. Aber der Konvent macht auch wirksame Politik mittels Satzungsentscheidungen. Insbesondere die Entscheidungsmacht über die Art von Parteitagen wird oft verkannt. Diverse AfD-Konventsdelegierten gebärden sich als Mischung aus ultra-rechten Bürokraten und machthungrigen Geschäftsordnungstricksern. Eine Mitgliedschaft im Konvent ist ein Schritt nach oben auf der parteiinternen Hierarchieleiter. Auch wenn der Konvent weder Aufreger noch Spektakel liefert, sollte seine Bedeutung nicht unterschätzt werden. Trotz des abstoßenden ersten Eindrucks von Treffen zerstrittener, deutschtümelnder Paragraphenreiter lohnt ein genauerer Blick auf die finanzielle und organisatorische Macht dieses weitgehend unbekannten Parteiorgans. •

1 autonome-antifa.org: „Der Konvent der AfD –Communiqué vom 29.10.2021" **2** Informationen zu den AfD-Länder-vertretern unter https://autonome-antifa.org/?article395

ANTIFA

Der Tod von Phan Văn Toàn im Kontext der Baseballschlägerjahre

GASTBEITRAG DER „GEDENKINITIATIVE PHAN VĂN TOÀN“

Am Vormittag des 31. Januar 1997 kommt es am S-Bahnhof Fredersdorf zum Streit zwischen dem Zigarettenverkäufer Phan Văn Toàn sowie einer Gruppe von Männern, die dort regelmäßig trinken und Fahrräder bewachen. Im Zuge des Streits schlägt der 36-jährige Uwe Z. Phan Văn Toàn ins Gesicht. Dann kommt der 30-jährige Olaf S. dazu. Der über 1.90 m große und 100 kg schwere Mann packt Phan Văn Toàn an den Hüften, hebt ihn hoch und schlägt seinen Kopf mehrmals mit voller Wucht auf den Steinboden. Phan Văn Toàn hat keine Chance, sich gegen den bulligen Mann zu wehren. Beim Aufprall erleidet er einen doppelten Lendenwirbelbruch. Daraufhin wird er ins Krankenhaus eingeliefert und liegt mehrere Tage im Koma. Fortan ist er querschnittsgelähmt und kämpft drei Monate um sein Leben. In einer Rehabilitationsklinik stirbt er schließlich am 30. April 1997 an einem akuten Herz-Kreislauf-Stillstand. Die Obduktion ergibt, dass die Todesursache die direkte Folge des Angriffs war.

Bekannte von Olaf S. und die Staatsanwaltschaft gehen bei dem Angriff auf Phan Văn Toàn von „Ausländerhass als bestimmendem Motiv“ aus. Dementsprechend wird er wegen Mordes aus niedrigen Beweggründen angeklagt. Selbst im Gerichtssaal äußert sich Olaf S. noch rassistisch über Vietnames*innen und sagt „im Suff hab‘ ick Ausländerhass“. Die 5. Strafkammer am Landgericht Frankfurt (Oder) sieht das rassistische Motiv jedoch nicht als erwiesen an und verurteilt den Haupttäter lediglich wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von neuneinhalb Jahren. Dabei kommt Olaf Z. zugute, dass das Gericht es mit vierprozentiger Wahrscheinlichkeit für möglich hält, dass zum Tatzeitpunkt seine diagnostizierte Persönlichkeitsstörung zum Vorschein kam und er dementsprechend vermindert steuerungsfähig gewesen sein könnte. Der Mittäter Uwe Z. kommt mit einem Jahr auf Bewährung davon. Die Polizei wertet den Fall ab dem Zeitpunkt nicht mehr als „fremdenfeindliche Straftat“.

Anti-asiatischer Rassismus als Teil der sogenannten „Baseballschlägerjahre“

Mit der Publikation der RBB-Dokumentar-



serie „Baseballschlägerjahre – Die Wendegeneration und die rechte Gewalt“ wurde der Hashtag #Baseballschlägerjahre des Journalisten Christian Bangel über den medialen Kontext hinaus zur Thematisierung von Ereignissen und Erinnerungen aus der Zeit, aufgegriffen. Beeindruckend in der Serie ist das Portrait des ehemaligen Vertragsarbeiters Nguyen Dinh Khoi, der erzählt, wie er sich mit seinen Kolleg*innen gegen rechte Übergriffe gewehrt hat[1]. Aus Asiatisch-Deutscher Perspektive sind die Progrome in Hoyerswerda (1991)[2] und Rostock-Lichtenhagen (1992)[3] stark im Fokus kollektiver Erinnerungen an die Wendezeit. Der rassistische Mord an Phan Van Toan ist im Kontext des gesellschaftlichen und politischen Klimas dieser Zeit einzuordnen, in der Angriffe auf (Post) Migrant*innen, „Linke“ und obdachlose Menschen fast alltäglich waren. Eine größere Anzahl von ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung in Deutschland blieb, durchlebte zwischen 1989 und 1997 eine Zeit der Prekarität und beruflichen Unsicherheit, da sie aus den Betrieben, für die sie staatlich angeworben worden waren, entlassen wurden. Erst 1997 wurde mit der zweiten Bleiberechtsregelung im deutschen Ausländergesetz eine rechtliche Grundlage für einen langfristigen Aufenthaltsstatus und somit eine Arbeitserlaubnis für den regulären Arbeitsmarkt für sie geschaffen. Diese unsichere Übergangsphase, in der beispielsweise auch Phan durch die äußeren Umstände gezwungen war, seinen Lebensunterhalt mit informellen Gelegenheitsjobs wie dem Zigarettenverkauf an S-Bahnhöfen zu bestreiten, stellte damals die Lebensrealität einer Vielzahl von Menschen dar. Die Markiertheit als „Asiatisch“ und BPOC verstärkte ihre Vulnerabilität im öffentlichen Raum. Das Gefühl, an öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, jederzeit mit Angriffen rechnen zu müssen, muss eine große Belastung dargestellt haben. Zeitzeug*innen betonen jedoch, dass sie sich nicht ausschließlich als Opfer der damaligen Verhältnisse sehen, sie hätten ihr Leben durchgezogen, auch gefeiert, Freundschaften aufgebaut und Familien gegründet. Die Angst, insbesondere nach Anbruch der Dunkelheit im öffentlichen Raum angegriffen zu werden, hätte sie jedoch jahrelang begleitet. Dieses Lebensgefühl wird beispielsweise auch in Angelika Nguyens Film „Bruderland ist abgebrannt“ (1992)[4] beschrieben und Mai Phuong Kollath, eine Aktivistin und Zeitzeugin des Programs von Rostock-Lichtenhagen, berichtete Ähnliches auf der korientation-Diskussionsveranstaltung „Remember, Resist, Unite“[5].

Herausforderungen einer regelmäßigen Gedenkpraxis

Am 31. Januar 2021, also 24 Jahre nach dem Angriff, fand zum ersten Mal eine Kundgebung in Gedenken an Phan Văn Toàn in der Nähe des Angriffsortes am Bahnhof in Fredersdorf (bei Berlin) statt. Wegen der Pandemiesituation wurde gleichzeitig noch zu einem dezentralen Gedenken aufgerufen. Am Gedenkort hing ein Transparent, welches auf die Tat aufmerksam machte, außerdem wurden Blumen niedergelegt. Nur wenige Stunden später wurde dieser selbstgeschaffene Gedenkort zerstört. Auf dem Twitterkanal der JN (Junge Nationalisten – Jugendorganisation der NPD) Berlin-Brandenburg wurde ein Foto von vermummten jungen Männern gepostet, die mit dem umgedrehten Transparent in Hooligan-Manier posierten. Wie sich herausstellte, handelte es sich hierbei um die aktive Neonazi-Jugendgruppe „Division MOL“ [6].

Neben der Zerstörung des Gedenkortes wurden die Organisator*innen von Lokalpolitiker*innen aus Fredersdorf, die sich offenbar nicht mit dieser rassistischen Gewalttat in ihrem Ort auseinandersetzen wollen, als „Nestbeschmutzer“ bezeichnet. Für die Schaffung von einem festen Gedenkort als einen Ort der Erinnerung an Phan Văn Toàn, sowie für weitere Gedenkveranstaltungen, stellen diese beiden Punkte enorme Schwierigkeiten und Herausforderungen dar. Auch, dass die Tat schon viele Jahre zurückliegt und lokale Akteur*innen fehlen, die zu dieser Zeit davon mitbekommen haben oder vielleicht auch Freund*innen oder auch Angehörige von Phan Văn Toàn waren, erschweren den Prozess zusätzlich.

Im Nachgang der Kundgebung hat sich eine Gedenkinitiative für Phan Văn Toàn gegründet. Für die Gedenkinitiative ist klar, dass Phan Văn Toàn als Todesopfer einer rassistischen Gewalttat niemals vergessen werden soll. Durch die Kundgebung fiel auf, dass viele Fredersdorfer*innen nichts von dieser Tat wissen oder die Augen vor ihr verschlossen haben. So wurde als erste Aktion ein Infoflyer in der Nähe des örtlichen Bahnhofes verteilt, der sowohl über Phan Văn Toàn und die Tat informierte als auch konkrete Beteiligungsmöglichkeiten darstellte. Weiterhin wurde eine Podiumsdiskussion veranstaltet, die die Tat in die bereits genannten „Baseballschlägerjahre“ einordnen sollte [7].

Phan Văn Toàns Leben nahm ein viel zu frühes Ende. Die Gewalttat an sich und auch sein Tod sind leider ebenfalls kein Einzelfall sondern reihen sich in eine lange Liste rassistischer und rechter Gewalttaten mit ein. Somit sehen wir, dass sowohl antifaschistische als auch gedenkpolitische Arbeit von enormer Wichtigkeit sind. Aus diesem Grund stellt die Opferperspektive, eine Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Brandenburg, eine Ausstellung über die brandenburger Todesopfer rechter Gewalt kostenfrei zur Verfügung [8].Gerne würden wir hier mit einer ausführlichen Beschreibung zu Phan Văn Toàn und seinem Leben enden wollen. Leider war es uns als Gedenkinitiative bisher kaum möglich diese Informationen zu erhalten und zusammenzutragen. Es ist lediglich bekannt, dass er zum Zeitpunkt der Tat 42 Jahre alt war, von Vietnam nach Deutschland gezogen ist und seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Zigaretten verdiente. •

1 Siehe die Dokumentation „Baseballschlägerjahre: Ich bleibe – Folge 6“ unter folgendem Link: https://www.youtube.com/watch?v=t5ixVow-SvY 2 www.hoyerswerda-1991.de/nach-1991/gedenkkultur.html 3 https://lichtenhagen-1992.de/pogrom 4 Siehe den Film unter: www.youtube.com/watch?v=2B3WDt6MkZk 5 Mehr Informationen über die Veranstaltung unter: www.korientation.de/remember-resist-unite-diskussion-23092021 6 https://inforiot.de/aktive-neonazi-jugendgruppe-division-mol 7 Weitere Infos gibt es auch auf der Homepage der Gedenkinitiative: www.phanvantoan.de 8 Weitere Infos zur Ausstellung und Todesopfern rechter Gewalt in Brandenburg gibt es hier: https://opfer-rechter-gewalt.de/home/

DISKUSSION

Antifa 10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU

Ein Debattenanstoß

GASTBEITRAG VON „ANTIFASCHIST*INNEN AUS VERSCHIEDENEN STÄDTEN“
(EIN ERWIDERUNG AUF DIESEN BEITRAG WIRD IN DER FOLGENDEN AUSGABE FOLGEN)

Am 4. November 2021 jährte sich zum 10. Mal die NSU-Selbstenttarnung. Für die Überlebenden und Angehörigen der Opfer der rassistischen Mord- und Anschlagsserie bedeutete der Tag die Gewissheit, dass die jahrelang erfahrenen Anschuldigungen der rassistischen Ermittlungen falsch waren und dagegen ihre Hinweise darauf, dass die TäterInnen Neonazis waren, zutrafen. Zum anderen kamen die Erfahrungen der Ignoranz, des institutionellen wie auch mörderischen Rassismus, die Traumata und der mühsam verdrängte Schmerz zurück. Semiya Şimşek-Demirtas beschreibt dies in ihrem Buch „Schmerzliche Heimat“: „Ich hatte zu sagen gelernt: Mein Vater ist tot. Punkt. Wir hatten uns damit abgefunden, dass der Fall vielleicht nie aufgeklärt würde. Wir hatten mit dem Geschehen fest abgeschlossen. Nun brach die Trauer erneut über mich herein, es war, als sei mein Vater eben erst gestorben. Erinnerungen flimmerten mir unablässig durch den Kopf, in Gedanken durchlebte ich die vergangenen elf Jahre wie im Zeitraffer. Alles kam wieder hoch: die Vernehmungen, die Ängste, unsere Ohnmacht und all die ungelösten Fragen, die ich von mir weggeschoben hatte.“

Aus antifaschistischer Perspektive markiert der Tag unser eigenes Versagen. Wir haben trotz des Wissens über Neonazis, Rassismus und Staat die Taten nicht enttarnt und gestoppt. Wir haben nicht zugehört, als die Angehörigen darauf aufmerksam machten. Für uns stellt sich nun - mit 10 Jahren Wissen um den NSU-Komplex - die Frage, ob diese Erfahrungen des Scheiterns und des Rassismus ausreichend Niederschlag in unserer Praxis gefunden haben.

Nach der Selbstenttarnung wurden die Leerstellen antifaschistischer Politik offenbar: Die fehlenden Konsequenzen aus den eigenen Analysen und die Ignoranz gegenüber Rassismus als gesellschaftliches Machtverhältnis, das auch eine radikale Linke einschließt. In den vergangenen Jahren wurden diese Leerstellen viel besprochen. Es gilt die mediale Berichterstattung der Medien zu hinterfragen und Polizeimeldungen keinen Glauben zu schenken, insbesondere bei Einschätzungen zu rechter Gewalt. Es ist oft beschrieben worden, wie wenig die Demonstrationen der Angehörigen nach den Morden an Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat 2006 Beachtung gefunden haben und dass es den Betroffenen von rechter Gewalt zuzuhören gilt. Und immer wieder wurde beteuert, dass diese Fehler nicht noch einmal geschehen dürfen. Gefahr erkannt - Gefahr gebannt? Mitnichten.

Wo stehen wir 10 Jahre danach?

Welche Konsequenzen eine antifaschistische Bewegung 10 Jahre danach ziehen kann, hat das bundesweite Netzwerk NSU-Watch zusammengefasst. Nach wie vor steht jedoch für viele Linke das Versagen von Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz (VS) im Vordergrund, wie die IL-Kampagne #10JahreDanach demonstrierte. Dieser gelang es am 10. Jahrestag einige Tweets abzusetzen, die sich so auf den VS verstiegen, dass die Morde, die Opfer und die Hinterbliebenen noch nicht einmal Erwähnung darin fanden. Dazu der Hashtag NixGelernt - ja, offensichtlich.

Selbstverständlich sind staatliche Behörden in der Verantwortung. Nur der Arbeit von Betroffenen, Nebenkläger*innen, Journalist*innen, Projekten wie NSU-Watch und Antifa-Recherchen ist es zu verdanken, dass diese Aufklärung bis heute fortgesetzt wird. Erzählungen, die die Hauptverantwortung den Behörden zusprechen, klammern die eigene Verantwortung aus: Sie überdecken das jahrelange Ausblenden von rechtem Terror in einer rassistischen Normalität, trotz der Beschäftigung mit Neonazis; Sie klammern das Nichthinschauen, Nichtzuhören und das Nichternstnehmen migrantisch situierten Wissens zu den Taten trotz des Selbstverständnisses als Antirassist*innen aus. Sie lenken damit ab von dem eigenen Versagen und dem, was daraus folgen muss: eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Deutungsmustern, den eigenen Szenestrukturen und den eigenen bequemen Privilegien. Ebenso blenden sie aus, dass nicht allein Aufklärung und Abbau staatlicher Geheimdienststrukturen rechten Terror stoppen wird, sondern eine gesamtgesellschaftliche Veränderung, Rassismus zu verlernen.

Und so stehen wir 10 Jahre danach in Zwickau vor den deutschen Eichen, welche



Foto: Christian Ditsch

die Stadt gepflanzt hat, ohne die Angehörigen miteinzubeziehen. Eine Unverschämtheit, findet Gamze Kubaşık, Tochter des achten NSU-Mordopfers Mehmet Kubaşık im November 2019: „Ich weiß auch gar nicht, ob ich möchte, dass in Zwickau ein Baum für ihn gepflanzt wird, wenn man dort gar nicht sicher sein kann, dass er nicht wieder abgesägt wird."

Auch 10 Jahre danach stehen wir nicht beisammen. Während die Überlebenden und Angehörigen mit wenigen solidarischen Menschen ihre Kämpfe um Gerechtigkeit und Gedenken führen, begeben sich hunderte Antifaschist*innen in die Stadt der TäterInnen und machen ihr eigenes Ding. Gerechtfertigt wird dies damit, einen „eigenen, kämpferischen, antifaschistischen Ausdruck auf die Straße tragen" zu wollen. Doch was heißt dann Solidarität mit den Betroffenen? Wo sind die Genoss*innen bei den jährlichen Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt oder Veranstaltungen von Betroffenen? Die Orientierung auf die TäterInnen scheint weiterhin dominant in antifaschistischen Praxen. Kein Wunder, denn die TäterInnen sind uns als mehrheitlich weiße Bewegung oftmals näher als Betroffene rassistischer Gewalt. Auch Perspektiven von BIPoC- Genoss*innen werden oft nicht mitgedacht und ebenso unsichtbar gemacht. Den Verfassungsschutz zu kritisieren ist einfach, eigene Rassismen zu reflektieren tut hingegen weh. Wer jedoch aus dem NSU-Komplex lernen will, muss Rassismus als wesentliches Element anerkennen und bekämpfen. Nach der Selbstenttarnung blieben antifaschistische Großdemonstrationen aus, während die extreme Rechte ihren Einfluss stetig ausbaut und rechter Terror zunimmt. Erst nach den Anschlägen in Halle und Hanau zeigt sich eine Sensibilisierung der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft, der Medien und in der Linken für die Perspektiven von Betroffenen. Als Teil der Gesellschaft müssen wir uns als Linke der Verantwortung stellen, rechten Terror und dessen Grundlagen wie Rassismus und Antisemitismus mit allen Mitteln zurückzudrängen. Wir werden nicht jede Tat verhindern können, aber wir müssen die Verantwortung übernehmen. Das heißt da zu sein, wenn Menschen von Rassismus und rechtem Terror betroffen sind. Eben das zu tun, was vor 2011 nicht getan wurde: Empathie und Anteilnahme zeigen.

Was heißt eigentlich Solidarität mit den Betroffenen?

Es bleibt unser Eindruck, dass die rassistischen Zustände und alltäglichen Gewaltverhältnisse, die BIPoC-Menschen und Genoss*innen erfahren, von vielen weiß positionierten Linken noch nicht verstanden werden. Auch hier nehmen wir uns nicht aus. Auch unsere Lernprozesse haben wir jenen Betroffenen und Überlebenden rechten Terrors sowie BIPoC-Aktivist*innen, -Freund*innen und -Genoss*innen zu verdanken, die ihre Erfahrungen mit uns teilen. Die mit uns zusammenarbeiten, trotz ihrer Geschichten und der Kraft, die es kostet, sich immer wieder diesen Themen auszusetzen, und die sich dem Rassismus und Antisemitismus nicht entziehen können.

Nur durch Zuhören und Anerkennen der rassistischen Dimensionen des NSU-Komplex konnten Initiativen und Bündnisse geschlossen werden, in denen die Perspektiven der Betroffenen im Vordergrund stehen und neue Wege der Solidarität gegangen werden. Gleichzeitig bleibt unser Eindruck, dass die viel beschworene Solidarität mit den Betroffenen wenig über eine Absichtsbekundung, eine Sponti nach einem Übergriff oder ähnliches hinausgeht. Denn hier steht keine große und schicke Mobilisierung im Vordergrund. Oft geht es vielmehr darum, ins Gespräch zu kommen, Vertrauen aufzubauen, zu fragen: Was sind Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen? Wie können solidarische Bündnisse und Zusammenarbeit entstehen? Was ist ein selbstbestimmtes Gedenken? Und wie lernen wir die Widersprüche auszuhalten und verschiedene Perspektiven nebeneinander stehenzulassen? Fragen, die die Familie Arslan und der Freundeskreis in Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 seit Jahren stellen und in der Möllner Rede im Exil zu einer Symphonie der Solidarität zusammengefasst haben[1]. Statt die Verantwortung bei anderen zu suchen, müssen wir als Antifa uns, unsere Perspektiven und Praxen in Frage stellen. Es ist längst Zeit für einen Perspektivwechsel hin zu den Betroffenen. Für Antifa muss dies auch heißen, es ist Zeit für einen Politikwechsel der Verantwortung und des Suchens nach Solidarität. Wenn wir wirklich zuhören, stehen wir zukünftig nicht allein in Zwickau, sondern an der Seite von Betroffenen. Da wo sie sprechen und wir einzig mit unserer Anwesenheit als Verbündete Solidarität zeigen können. Wie İbrahim Arslan, Überlebender und Aktivist, sagt: „Selbstbestimmtes Gedenken bedeutet, Betroffene zu empowern, ihr eigenes Gedenken, das Institutionen vereinnahmen und sie damit instrumentalisieren, zurück zu erkämpfen." •

1 https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/

GESCHICHTE

Der Anschlag von Bologna

MARKUS SULZBACHER

Am 2. August 1980 explodierten zwei Koffer mit Bomben in einer Bahnhofswartehalle und rissen vor allem Urlauber in den Tod. Bei dem Anschlag starben 85 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Das Attentat von Bologna ist bis heute der schwerste Terroranschlag in Italien seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Explosion zerstörte einen Großteil des Hauptgebäudes und beschädigte den Zug Ancona-Chiasso, der auf Gleis 1 wartete. Das Dach des Wartesaals brach über den Fahrgästen zusammen, was die Zahl der Todesopfer massiv erhöhte. Die Stadt war auf eine solch massive Katastrophe nicht vorbereitet. Es standen nicht genügend Rettungswagen zur Verfügung, so dass Busse und Taxis zum Transport der Verletzten in die Krankenhäuser eingesetzt werden mussten. Die beschädigten Gebäudeteile wurden wiederaufgebaut, der Fußboden und ein tiefer Riss in der Wand wurden jedoch als Mahnmal an den Anschlag unverändert gelassen. Außerdem ist die Bahnhofsuhr seit damals auf 10.25 Uhr gestellt, der genauen Uhrzeit der Explosion.

Das Attentat lässt das Land bis heute nicht los. Erst 15 Jahre nach dem Anschlag wurden eine Frau und ein Mann, beide Mitglieder der neofaschistischen Terrorgruppe „Nuclei Armati Rivoluzionari" (NAR), der „Bewaffneten Revolutionären Zellen", für die Tat verurteilt. Für Hinterbliebene der Opfer sowie einen guten Teil der italienischen Öffentlichkeit steht allerdings fest, dass für den Anschlag zwar die Bombenleger, nicht aber die Hintermänner verurteilt worden sind. Denn schon kurz nach dem Attentat wurde offensichtlich, dass italienische Geheimdienste die Ermittlungen sabotierten und es Verbindungen zwischen ihnen und den Neofaschisten gab. Auch passte der Anschlag in die Strategie jenes gut vernetzten Zirkels von Personen, die mit allen Mitteln versuchten, die – für ein westeuropäisches Land außergewöhnlich starke – Kommunistische Partei zu schwächen und von einer Regierungsbeteiligung fernzuhalten. Ein weiteres Ziel war es, die ebenfalls starke außerparlamentarische Linke zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

Im Rahmen dieser „Strategie der Spannung" wurden Terroranschläge unter falscher Flagge inszeniert, die der politischen Linken in die Schuhe geschoben wurden. Ausgeführt wurden diese mörderischen Attentate meist von Neofaschisten. So wurde permanent die kommunistische Gefahr an die Wand gemalt und ein Klima der Angst erzeugt, indem Rufe nach einem „starken Mann", der für Ruhe und Ordnung sorgt, unüberhörbar wurden. Einem Klima, von dem die politische Rechte profitierte und in dem der Boden für einen Militärputsch bereitet wurde. Tatsächlich stand Italien in jenen Jahren kurz vor einem Coup. Der Bahnhof von Bologna war von dieser Sichtweise aus ein ideales Ziel, wurde die Stadt 1980 doch von Kommunisten und Kommunistinnen regiert.

Ein Mastermind dieser Strategie war der Chef der Freimaurerloge „Propaganda Due" (P2), Licio Gelli. Laut den Aussagen von Libero Mancuso, einem der ermittelnden Staatsanwälte, hat Gelli auch die Fäden hinter dem Anschlag auf den Bahnhof in Bologna gezogen. Es gelang ihm jedoch durch die Maschen der Justiz zu schlüpfen. Gemeinsam mit zwei Agenten des italienischen Geheimdienstes wurde er lediglich wegen Behinderung der Ermittlungsarbeiten verurteilt.

Der 2015 verstorbene Gelli war die Schlüsselfigur mehrerer politischer Skandale, die Italien in der Nachkriegszeit schwer belastet hatten. Während des Faschismus meldete sich der 1919 geborene Gelli als Freiwilliger für die „Schwarzhemden" – eine Miliz, die vom faschistischen Diktator Benito Mussolini nach Spanien geschickt wurde, um an der Seite Francisco Francos im Bürgerkrieg zu kämpfen. Später wurde Gelli Verbindungsoffizier der Schwarzhemden zu Nazideutschland mit Kontakten zu Hermann Göring. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Gelli für die US-amerikanische CIA.

Im Jahr 1981 entdeckte man bei einer Hausdurchsuchung seiner Villa in Arezzo eine Liste mit Namen zahlreicher Militäroffiziere, Mafiosi, Bankiers, Politiker und Personen des öffentlichen Lebens die sich in der Geheimloge P2 engagierten. Darunter waren die Namen von mehr als 900 Politikern und Industriellen, unter anderem des späteren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi sowie des Oberhaupts des ehemaligen Königshauses, Viktor Emanuel von Savoyen. Die Entdeckung der Liste führte zu einem nationalen Skandal, weil



Foto: Public Domain via wei.de

zahlreiche Ämter der italienischen Republik mit Gefolgsleuten Gellis besetzt waren. Laut Staatsanwalt Mancuso hatte die P2 die italienischen Geheimdienste fest in ihrer Hand.

Am diesjährigen Jahrestag des Anschlags von Bologna kündigte der italienische Ministerpräsident Mario Draghi an, bisher unter Verschluss gehaltene Akten zu Gladio, der P2-Loge und mit ihnen verwobene Organisationen und Personen freizugeben. Damit könnte Licht in die Vorgänge jener Jahre kommen – bis jetzt sind aber keine Erkenntnisse aufgetaucht.

Gelli spielte auch eine zentrale Rolle bei „Gladio", einer nach dem Kurzschwert der Römer benannten, von CIA und Nato aufgebauten Geheimarmee, deren Existenz erst 1990 publik wurde. Gladio war Teil eines militärischen Widerstandsnetzes, das ab Ende der 1940er-Jahre für eine Invasion des Warschauer Paktes in den Nato-Ländern, aber auch den neutralen Staaten Finnland, Österreich, Schweden und Schweiz eingerichtet wurde. Die Agenten dieser Einheiten werden als „Stay Behind"-bezeichnet, da sie im Invasionsfall zurückbleiben und hinter der Front Sabotageakte begehen, Informationen per Funk durchgeben oder abgeschossene Piloten sowie Agenten durchschleusen sollten.

Bis jetzt gibt es keine handfesten Belege dafür das Nato-Strukturen in Attentate in Italien beteiligt waren. Allerdings haben italienische Geheimdienste eigene Strukturen aufgebaut, die eng mit neofaschistischen Terrorgruppen zusammenarbeiteten.

In West-Deutschland und Österreich wurden auch ehemalige Hitlerjugend- und SS-Männer als „Stay Behind"-Agenten von den Amerikanern angeheuert. Antikommunismus und Erfahrung im Umgang mit Waffen und Sprengstoff reichten als Befähigung aus. Im Kalten Krieg galt die Maxime: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund". Im damaligen West-Deutschland wurde ein vom US-Geheimdienst CIA aufgebautes Stay-Behind-Netzwerk" Anfang der 1950er Jahre enttarnt, nachdem von der Gruppe angelegte Erddepots, in denen Waffen, Verbandszeug und Dokumente lagerten, zufällig entdeckt wurden.

Der aus ehemaligen SS-Männern gebildete „Technische Dienst des Bundes Deutscher Jugend" (BDJ-TD), hatte Listen mit unliebsamen Politikern angelegt, die sie im Kriegsfall „kaltstellen" wollte. Nachdem die Gruppe aufflog, behinderte die damalige Regierung unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) die Aufklärung und ließ zu, dass die ehemaligen SS-Männer flüchten konnten. Gleichzeitig ließen us-amerikanische Stellen Beweismittel verschwinden. Nach der Enttarnung übernahm die Organisation Gehlen, der Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, die noch existierenden Stay-Behind-Netze. Mit der italienischen Partnerorganisation Gladio wurden gemeinsame Übungen durchgeführt.[1] 1996 wurde durch eine Recherche des „Boston Globe" bekannt, dass die Amerikaner in den 1950er-Jahren auch in Österreich Waffenlager angelegt hatten. Nachdem die US-Botschafterin der damaligen Regierung eine Liste der Standorte übergab, wurden schließlich 65 Depots gefunden, die mit Pistolen, Gewehren, Maschinengewehren und Panzerabwehrgranaten befüllt waren. Weitere vier Lager waren leergeräumt bzw. schon Jahre zuvor zufällig entdeckt worden. Zusätzlich meldeten sich Zeitzeugen zu Wort und bestätigen, dass diese Waffenlager für „Stay Behind"-Agenten vorgesehen waren.

Neben einem Kreis ehemaliger SS-Männer, war der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär und ehemalige KZ-Häftling Franz Olah der zentrale Ansprechpartner der Amerikaner. Seine Stunde kam, als die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) im Jahr 1950 zu großen Streikaktionen aufrief, nachdem die Preise für Lebensmittel drastisch erhöht wurden. Olah war mit seinen Leuten von der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft zur Stelle, um den Streik zu brechen. Sie lieferten sich mit Streikenden heftige Auseinandersetzungen und konnte die Bewegung rasch einbremsen. Olahs Männern wurden dafür mit Holzprügeln bewaffnet, die von den Amerikanern bezahlt wurden. Der Streik, der bis heute von reaktionären Kreisen in Österreich fälschlicherweise als „Kommunistenputsch" bezeichnet wird, war jedoch erfolgreich – die Streikenden setzten teilweise merkliche Lohnerhöhungen durch.

In den folgenden Jahren ließ Olah Waffenlager anlegen und Funksender errichten und er war zur Stelle, wenn es galt stramm antikommunistische Projekte zu fördern. Die Gelder kamen aus den USA. So unterstützte Olah die Kronen Zeitung mit einer geheimen finanziellen Starthilfe. Das Blatt ist bis heute die auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs und spielt innenpolitisch eine gewichtige Rolle.

1963 wurde Olah schließlich Innenminister. Nachdem jedoch bekannt wurde, dass er der FPÖ eine Million Schilling zuschanzte, zog seine Partei die Notbremse. 1964 warf in die SPÖ raus und er wurde als Innenminister abgesetzt.

Ein Jahr später, gründete Olah 1965 die „Demokratische Fortschrittliche Partei" (DFP). Die Partei konnte aber nur bei den Wahlen in Wien punkten und versank nach einigen Jahren wieder in der Bedeutungslosigkeit. Im Umfeld der DFP waren jedoch Rechtextreme zu finden. Darunter eine der schillerndsten Persönlichkeiten der österreichischen Szene: Herbert Fritz. Dieser war unter anderen in der 1988 verbotenen österreichischen NDP federführend tätig und engagierte sich in Sachen Holocaust-Leugnung. Im Jahr 2018 trat Fritz beim neonazistischen Verein Gedächtnisstätte in Thüringen auf, im Sommer 2021 war er bei einer Demonstration der „Identitären" in Wien mit dabei.

Für einen Rechtsextremen ungewöhnlich sind seine Kontakte zur kurdischen PKK, deren Kampf er seit Jahren publizistisch unterstützt. Auch existiert ein Foto, das Fritz gemeinsam mit PKK-Gründer Abdullah Öcalan zeigt. Diese Kontakte sorgen in der österreichischen kurdischen Community für Diskussionen.

Parallel zu Olah bauten die Amerikaner Ende der 1940er Jahre ein „Stay Behind-Netz mit ehemaligen SS-Männern in Österreich auf. Ansprechpartner der Amerikaner war Wilhelm Höttl, der zuvor ganz oben in der NS-Hierarchie stand. Als Leiter des Nachrichtendienstes der SS in Wien trat er 1942 der Waffen-SS bei, wurde bald engster Mitarbeiter Ernst Kaltenbrunners, des Chefs des allmächtigen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Kaltenbrunner machte Höttl zum Spionagechef für den Südosten. Kurz vor Kriegsende kooperierte Höttl mit dem US-Geheimdienst „Counter Intelligence Corps" CIC, dem Vorläufer der CIA.



Wilhelm Hottl

Der CIC sperrte ihn zunächst ein und transferierte ihn zum Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er sich als Zeuge der Anklage zu Verfügung stellte. Höttl sagte aus, dass ihm Adolf Eichmann, den er von Wien her kannte und der für die Transporte von Juden in verschiedene Vernichtungslager zuständig war, erzählte, dass er „sechs Millionen Juden in den Tod geschickt habe". Kaltenbrunner wurde 1946 in Nürnberg hingerichtet. Danach arbeitete Höttl für den US-Geheimdienst und durfte auch Gelder verteilen.

Die Amerikaner ware von der Angst getrieben, die KPÖ könnte in Österreich putschen, nachdem 1948 die Kommunisten in Ungarn und der Tschechoslowakei die Macht übernommen hatten. Um dies zu verhindern, kamen den US-Amerikanern Leute wie Höttl gerade recht. Sie spionierten die KPÖ aus, kümmerten sich um die Waffenlager und rekrutierten Agenten. Mit dabei war auch die beiden SS-Männer Karl Kowarik und Erich Kernmayr, der ehemalige Pressechef von Wiens Gauleiter Josef Bürckel. Das Trio war auch an der Gründung des VdU (Verband der Unabhängigen) beteiligt, dem Vorläufer der 1956 gegründeten FPÖ. Sie besorgten Geld und wichtige Kontakte.

Offiziell brach der US-Geheimdienst 1950 mit Höttl, nachdem er belanglose oder falsche Informationen geliefert hatte. Sein Umfeld wechselte zur Organisation Gehlen bzw. zum BND. Dort trafen sie auf weitere ehemalige SS-Männer, die nach 1945 wesentlich für den Aufbau und Erhalt rechtsextremer Strukturen in Österreich und Deutschland waren.

So arbeitete der spätere FPÖ-Generalsekretär Kowarik für den deutschen Geheimdienst, ebenso wie Erich Kernmayr, Chefredakteur der Deutschen Soldaten-Zeitung, der außerdem für die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)" tätig war. Einer SS-Veteranenvereinigung, die an ihrer politischen Ausrichtung wenig Zweifel gelassen hat. Das Netzwerk der HIAG war ein zentraler Pfeiler der neonazistischen Szene in Deutschland und pflegte Kontakte zu den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die sich hierdurch Wähler- und Wählerinnenstimmen erhofften.

Erst in den 1980er Jahren gingen diese auf Distanz: CDU-Bundestagsabgeordnete beendeten ihre Mitarbeit; die SPD beschloss die Unvereinbarkeit, da die HIAG „dazu beiträgt, nationalsozialistisches Gedankengut zu vertreten bzw. zu verharmlosen".

Für die HIAG war an führender Stelle auch der österreichische BND-Mann Lothar Greil tätig. Er lieferte dem BND jahrlange Informationen über die österreichische Politik, insbesondere über die FPÖ und ihr Umfeld. Zu der Gruppe österreichischer BND-Agenten mit SS-Vergangenheit zählte auch Wilhelm Landig, der für den Nazi-Geheimdienst arbeitete.

Landig war auch Anführer der „Österreichischen Sozialen Bewegung". Die Organisation war Teil der Europäischen Sozialbewegung (ESB), die sich am 12. Mai 1951 im schwedischen Malmö sammelte.

Nebenbei arbeitet Landig als Romanschreiber. So hat er sich den Mythos der sogenannten „Reichsflugscheiben" mit ausgedacht. Jenen Nazi-Ufos, denen der Film „Iron Sky" ein Denkmal setzte.

Landigs vor Antisemitismus triefende Roman-Trilogie „Götzen gegen Thule" (1971), „Wolfszeit für Thule" (1980) und „Rebellen für Thule – Das Erbe von Atlantis" (1991), erzählen davon, dass ein esoterischer Kreis innerhalb der SS, die „Schwarze Sonne", in die Antarktis mit Geheimtechnologie entkommen ist. Dort wo auch die Insel „Thule" liegen soll, haben sie einen unterirdischen Stützpunkt angelegt, von dem aus sie den Kampf gegen die Weltverschwörung des „Berges Zion" für ein neues Reich weiterführen. Neben U-Booten und modernen Kampfflugzeugen, verfüge die SS auch über die 4000 Stundenkilometer schnellen „V7-Reichsflugscheiben", nicht zum Einsatz gekommene „Wunderwaffen" der Nazis. Verlegt wurde Landigs Buch „Rebellen für Thule – Das Erbe von Atlantis" von Helmuth Kowarik, dem Sohn von Karl Kowarik.

Nach eigenen Angaben arbeitete Landig selbst an der Entwicklung der Nazi-Ufos mit. Beweise dafür gibt es keine. Ebenso wie es weder technische noch historische Belege für deren Existenz überhaupt gibt. Wie jedes gute Märchen hat auch diese Erzählung einen wahren Kern. Die Nazis versuchten fieberhaft mit technisch innovativen „Wunderwaffen", wie der ersten ballistischen Rakete V2, elektrisch betriebene U-Boote oder dem ersten Düsenjäger, ihren Untergang zu verzögern.

Die Nachkriegsnetze ehemaliger SS-Männer waren in Österreich und Deutschland wesentlich für den Aufbau extrem rechteer Strukturen. Diese Rolle des BND wurde dabei bisher kaum erforscht. Ebenso wie die „Stay Behind" Netze in Deutschland und Österreich. •

1 Die Organisation wurde Anfang der 1990 Jahre abgewickelt. Ein Überblick uber das Treiben der „Stay Behind" Netze findet sich in dem 2015 erschienenen Buch „Die Partisanen der Nato", von Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll.

RASSISMUS

Antiasiatischer Rassismus und Corona

CHAO CHAN

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie in Wuhan in China häufen sich Fälle antiasiatischen Rassismus und antiasiatischer Gewalt. Besonders in den USA, wo Donald Trump bereits vor Corona eine antichinesische Stimmung beförderte, sprachen viele von der „Kung Flu“, oder wie Trump selbst vom „China Virus“. Selbst Jon Stewart, eigentlich für seine eher linke Gesellschaftskritik bekannt, ist überzeugt, dass das Corona-Virus aus einem chinesischen Labor stammt.

Das Bild von China als Gefahr für westliche Länder und die ganze Welt gibt es nicht nur in Bezug auf die Corona-Pandemie, sondern insbesondere auch bezüglich Chinas wirtschaftlicher Macht. Seit China ab 1978 seine Märkte für „den Westen“ öffnete, massiv seine Wirtschaft privatisierte und ausländische Investitionen in Sonderwirtschaftszonen erlaubte, stieg das Brutto Inlands Prodeukt (BIP) rapide. 2001 trat China der Welthandelsorganisation bei, bereits 2010 überholte es Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Zwar klagen viele westliche Kritiker*innen über die zunehmend expansionistische chinesische Außenpolitik, über die Menschenrechtsverletzungen in Tibet und Xinjiang, die ausbeuterischen Kreditverträge in Afrika und auf dem Balkan und die Abschottung des chinesischen Marktes. Doch Chinas Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschaft der Welt wäre ohne die westlichen Staaten und ihre Unternehmen unmöglich. China hat sich lediglich der westlichen Marktlogik angepasst. Viele westliche Unternehmen haben Außenstellen in Xinjiang, die Abschottung und Kontrolle des chinesischen Marktes wird gerne in Kauf genommen, solange in wirtschaftlichen Sonderzonen billig Produkte produziert werden können. Die Knebelverträge Chinas in Osteuropa oder Afrika erinnern stark an Kreditverträge des Internationalen Währungsfonds. Die Überwachungsstrukturen, Zensur des Internets, das Verschwinden von politisch Unliebsamen, das Fehlen von echter Demokratie hört sich nach wahrgewordenem Traum westlicher Geheimdienste und Innenpolitiker an. Für den Zugang zum zweitgrößten Markt weltweit lassen westliche Unternehmen ihre „Moral“ gerne zuhause.

Bereits Anfang des 19. Jahrhunderts galt China unter der Qing-Dynastie als eine der reichsten und fortschrittlichsten Nationen. Dank des Exports von Tee und Porzellan und hohen Zöllen auf westliche Importe stieg der Außenhandelsüberschuss Chinas gegenüber Großbritannien stetig an. Um diesem Trend entgegenzuwirken, führten die Briten raue Mengen Opium aus Bengalen nach China ein. Der Opiumschmuggel und die Opiumsucht drohten schnell, die ganze chinesische Gesellschaft zu lähmen. Von 1828 bis 1836 erzielte China ein massives Handelsdefizit - das Kalkül der Ostindien-Kompanie und der britischen Regierung ging auf.

Als die Qing-Dynastie den Handel mit Opium unter Todesstrafe stellte und große Mengen britischen Opiums zerstörte, reagierte Großbritannien mit militärischer Gewalt, um den „freien Handel“ zu gewährleisten. Im ersten Opiumkrieg von 1839 bis 1842 besiegte Großbritannien dank technischer Überlegenheit das chinesische Kaiserreich und erzwang mit dem Vertrag von Nanking den ersten von vielen sogenannten „Ungleichen Verträgen“. Darin verlangte Großbritannien extreme Reparationen, die Öffnung des chinesischen Marktes und „ewige Besitzrechte“ für Hongkong. Es folgten ein weiterer Opiumkrieg, viele Aufstände und Niederschlagungen durch Kolonialmächte. Jede westliche Nation, die etwas auf sich hielt, hatte sich schließlich ein Stück Chinas einverleibt.

So „pachtete“ auch Deutschland 1898 das Gebiet Kiautschou und nutzte es als Flottenstützpunkt. Die deutschen Kolonialambitionen wurden durch die vermeintliche Überlegenheit der Deutschen gegenüber den Chines*innen und der Zivilisierung und Missionierung von „Primitiven“ legitimiert - ganz dem Zeitgeist entsprechend. Als es 1899 zum sogenannten Boxeraufstand kam, sprach Kaiser Wilhelm II. den Chines*innen in der „Hunnenrede“ ihr Recht auf Leben ab. Dennoch arbeiteten bereits um 1900 tausende chinesische Seeleute und Heizer auf deutschen Schiffen und ließen sich ab 1919 vor allem in Hamburg nieder, um Geschäfte und Restaurants zu eröffnen.

Nach den Opium-Kriegen zog es viele Chines*innen in die USA, besonders um in Minen, auf Feldern und vor allem für die Eisenbahn zu arbeiten. Bereits damals sahen viele weiße Siedler*innen in den USA chinesische Migrant*innen als wirtschaftliche, gesundheitliche und moralische Gefahr. 1882 machte der „Chinese Exclusion Act“ legale Migration aus China unmöglich. Der Immigration Act von 1917 errichtete eine „Asiatic Barred Zone“ aus der jegliche Migration verboten war. Nach dem Angriff auf Pearl Harbour wurden 120.000 japanische Amerikaner*innen in Internierungslager gesperrt.



Das sogenannte Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen. Im August 1992 wurde das Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter*innen tagelang von einem rassistischen Mob belagert und angegriffen.

Foto: Christian Ditsch

Die Kriege in Korea und Vietnam trieb viele Koreaner*innen und Vietnames*innen in die USA. Während des Vietnamkriegs wurden asiatisch gelesene Menschen oft insgesamt als „Feinde" wahrgenommen, da Durchschnittsamerikaner*innen keine Unterschiede erkennen konnten oder wollten. Während der Unruhen in Los Angeles 1992 (Rodney King riots) wurden koreanische Ladenbesitzer*innen, die ihre Geschäfte gegen Plünder*innen mit Waffengewalt verteidigten, in den Medien als Helden*innen gefeiert. Bereits in den Jahren zuvor hatten sich die Spannungen zwischen POCs und koreanischen Ladenbesitzer*innen in Los Angeles hochgeschaukelt.

Migrantische Gruppen gegeneinander auszuspielen gehört zum klassischen rassistischen Repertoire. Nicht zuletzt dank dieser Vorstellung von „Idealmigrant*innen", die als fleißig, genügsam und hart arbeitend gelten, denken beim Thema Rassismus die wenigsten Deutschen an Asiat*innen sondern eher an Menschen aus dem Nahen Osten, Afrika oder Osteuropa. Der Begriff Antiasiatischer Rassismus kann darüber hinaus unterschiedlich gedeutet werden. In Großbritannien und den USA gelten auch Menschen aus Indien und Pakistan als „asiatisch", während in Deutschland hauptsächlich Ost- und Südostasiatische Nationalitäten asiatisch gelesen werden.

Positiver Rassismus kann allerdings schnell in negativen umschlagen. Bereits 1907 wurde gegen die „Gelbe Gefahr" aus China argumentiert, da diese die „Chinesenpest" einschleppen würden. Das Bild der „Fremden", die Krankheiten einschleppten und deren Essgewohnheiten und Traditionen zugleich faszinierend, exotisch und abstoßend sind, ist ein altes rassistisches Motiv.

Dieser Rassismus, gepaart mit der Frustration der Nachwendezeit, führten zu den rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda. Nach dem Vietnamkrieg kamen über 40.000 Geflüchtete aus Vietnam in die Bundesrepublik. Beinahe zeitgleich warb die DDR ab 1980 Vietnames*innen als „Arbeitsmigrant*innen" an. 1991 und 1992 wurden Wohngebäude, in denen viele Vietnames*innen lebten, von Rassist*innen mit Molotow-Cocktails beworfen und die Bewohner mit Baseballschlägern angegriffen. In Lichtenhagen sowie in Hoyerswerda versammelten sich „Zuschauer", die den Rassist*innen applaudierten und Polizeimaßnahmen behinderten. Die Polizei sah tatenlos zu und zog sich zeitweise komplett zurück. Nach den Attacken wurden die Asylsuchenden abtransportiert, Neonazis in Hoyerswerda deklarierten die Stadt als „ausländerfrei".

Seit der Corona-Pandemie nehmen Angriffe auf asiatisch gelesene Menschen zu, sei es in Deutschland, den USA oder anderen westlichen Ländern. Menschen werden angespuckt, beleidigt, getreten und verprügelt. Menschen setzen sich im Bus an einen anderen Platz. In Atlanta erschoss ein Mann acht Menschen, darunter sechs Asiatinnen. Seit 2020 hat sich die Zahl Antiasiatischer Angriffe in den USA massiv erhöht. Dabei spielt oft keine Rolle, woher die Opfer kommen, sondern lediglich, dass sie „asiatisch aussehen".

Antiasiatischer Rassismus vermischt alle asiatisch gelesenen Menschen zu einer homogenen Masse, von der Gefahr für die weiße Mehrheitskultur ausgeht. Asiat*innen werden als Krankheitsüberträger*innen dargestellt, als schmutzig, exotisch, hinterhältig und grausam, um nur einige Vorurteile zu nennen. Besonders von Chines*innen gehe eine wirtschaftliche Gefahr aus, da sie westliche Produkte seelenlos kopieren, ohne sich um Patentrecht und Sicherheit zu scheren. Sie verschmutzen den Globus und beuten Minderheiten aus. Gleichzeitig sind sie fleißig, intelligent und arbeitsam.

Etwa eine Million asiatische Deutsche und Asiat*innen leben in Deutschland. Sie werden seit Corona wieder vermehrt Opfer rassistischer Gewalt. Wir müssen uns jetzt den TäterInnen und jenen, die klatschend daneben stehen entschieden in den Weg stellen, damit Hoyerswerda nie wieder „ausländerfrei" wird. •

RASSISMUS

Leid und Sterben im Grenzstreifen Kriegsrhetorik gegen Geflüchtete

CHRISTIAN JAKOB

Es war eine Sprache der Entmenschlichung und aus ihr folgte eine ebensolche Politik: Von einer „hybriden Attacke" hatten zuerst Polen, dann Deutschland und die EU gesprochen, als ab August 2021 zunehmend Geflüchtete über Belarus nach Europa kamen. In einem regelrechten nationalistischen Rausch schickte die konservative Regierungspartei PiS daraufhin eine fünfstellige Zahl Angehöriger des Militärs und der „Territorialverteidigung" genannten Staats-Miliz an die Grenze. Dazu warf sie eine Propagandamaschine an, die ihresgleichen sucht: In Polen kann man von allen Postfilialen im Land umsonst Dankesgrüße an die Einsatzkräfte an der belarussischen Grenze verschicken. Die polnische Zentralbank kündigte an, eine eigene Banknote zur „Verteidigung der Ostgrenze" zu drucken. Es gab Dank-Musikfestivals für die Grenzschützer:innen und Propagandaberichte im TV mit Bildern von Truppenbesuchen mit Ministern in Tarnjacken.

Wegen der „Repression gegen die Zivilgesellschaft" in Belarus hat die EU die 2020 verhängten Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime immer weiter verschärft. Mit der Öffnung der Fluchtroute, so kann man vermuten, wollte Lukaschenko nicht nur eine Aufhebung dieser Sanktionen erreichen, sondern möchte sich die Rückkehr zur alten Grenzabschottung aus Brüssel bezahlen lassen.

Wer sich dem Grenzgebiet nähert, bekommt eine harsche Nachricht aufs Handy: „Die polnische Grenze ist abgeriegelt", erscheint in englischer Sprache. „Die Behörden von Belarus haben Sie angelogen. Gehen Sie zurück nach Minsk." Dazu ein Link zur Regierungswebseite. Hier wird vor „Gefängnis" und „Lebensgefahr" gewarnt. „Nach Polen zu kommen wird ihnen nicht dabei helfen, Deutschland zu erreichen," steht dort in fünf Sprachen. Seit August 2021 hat Polens Grenzpolizei nach eigenen Angaben über 35.000 Pushbacks, gewaltsame Zurückschiebungen, durchgeführt. Mindestens 10.000 Menschen schafften es dennoch aus Belarus über Polen nach Deutschland. Die meisten stammten aus Syrien und dem Irak. Mindestens 14 Geflüchtete starben in dem Grenzstreifen, unter weitgehend ungeklärten Umständen. Nicht wenige glauben, das zu den Opfern dieses Erpressungsversuchs auch Teile des EU-Asylrechts zählen werden. Denn Ende November 2021 kündigte die EU-Kommission einen Sondermechanismus an, der Lettland, Litauen und Polen erlaubt, Asylschnellverfahren direkt an der Grenze durchzuführen und Asylsuchende dafür – bei gekürzter Versorgung – bis zu 16 Wochen zu internieren. Wessen Antrag abgelehnt wird, den dürfen sie „vereinfacht und schneller" abschieben. Grund sei eine „Notlage" der drei Staaten durch die Flüchtlingsankünfte aus Belarus.

Notlage? Die drei Länder haben in der Vergangenheit praktisch überhaupt keine Flüchtlinge aufgenommen. Wie viele zuletzt in Polen ankamen, hat die Regierung nicht veröffentlicht. Die Zahl dürfte sich lediglich im vierstelligen Bereich bewegen.

Bei dem angekündigten Sondermechanismus soll es indes nicht bleiben. Im Dezember 2021 kommen zwei Reformen der Schengen-Vorschriften hinzu. Die sollen Möglichkeiten schaffen, künftigen Fällen „einer politischen Instrumentalisierung von Migranten zu begegnen". Alle 27 EU-Staaten sollen künftig die Rechte von Flüchtlingen noch weiter einschränken dürfen, wenn eine Fluchtroute geöffnet wird, um der EU zu schaden – wie es zuletzt der belarussische Präsident Lukaschenko oder 2020 der türkische Präsident Erdoğan taten. Der Begriff „Instrumentalisierung" wird dabei bewusst dehnbar gehalten worden sein. Anders als man denken könnte, ist Polen mit den aus Brüssel angedachten Verschärfungen keineswegs glücklich. Den speziell für den Konflikt mit Belarus gedachten Sondermechanismus wies die Regierung in Warschau als „kontraproduktiv" zurück, weil darin weiter die Prüfung von Asylanträgen vorgesehen ist. Asylverfahren müssten stattdessen gänzlich eingestellt werden, sagte Polens EU-Botschafter. Viele Bewohner:innen des Grenzstreifens zwischen Polen und Belarus sehen das anders. Gemeinsam mit Aktivistin:nnen antirassistischer polnischer Netzwerke – vor allem der Grupa Granica und der Stiftung Ocalenie – leisten sie seit Monaten praktische Hilfe vor Ort. Dabei werden sie immer wieder behindert. Mitte November 2021 veröffentlichten die Bewohner des Dorfes Białowieża deshalb einen dramatischen Appell: „Da wir uns in einem Ausnahmezustand befinden, können wir nicht auf Hilfe von außen zählen, wir haben keine medizinische oder mediale Unterstützung", schreiben sie. Sie seien



mit einer Situation völlig alleingelassen worden, die „alles übersteigt, was wir uns vorstellen konnten". Trotzdem wollten sie den Bedürftigen helfen, vor allem, weil sich aufgrund der Kälte die Todesfälle häuften.

„Wir kennen diesen Wald besser als die Uniformierten, die aus ganz Polen hierherkommen, und wir wissen, dass es unmöglich ist, in diesem Wald zu überleben", schreiben sie weiter. Menschen dort dem Tod zu überlassen, sei eine „Straftat, unmenschlich und inakzeptabel". Sie selbst wollten „keine passiven Beobachter sein" und „keine Leichen in unseren Wäldern sammeln". Vom Staat fordern sie, nicht behindert zu werden. Die Bereitstellung humanitärer Hilfe verstoße nicht gegen die Regeln des Ausnahmezustands. Was sie ansehen müssen, belaste sie. „Der psychologische Druck, das tägliche Funktionieren in einem Klima des ‚Krieges', die dramatischen moralischen Entscheidungen, vor denen wir stehen, machen auch uns zu Opfern dieser Situation", schließen sie ihren Appell. „Was wir jetzt erleben, wird in uns bleiben und nicht mit dem Abzug der Armee verschwinden."

Die deutsche Regierung hat an all dem keinen Anstoß genommen, im Gegenteil. Der Sprecher des scheidenden Innenministers Horst Seehofer (CSU) schrieb auf Twitter, Polen handele „seit Wochen an der Grenze zutiefst europäisch". Deutschland stehe „fest an der Seite Polens." Ende November war Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bei Angela Merkel. Die übernahm die Formel von der „hybride Attacke" und drückte Polen ihre „volle Solidarität" aus. Als absolutes Minimum hätte Merkel Morawiecki drängen können, wenigstens humanitäre Hilfe auf polnischer Seite zuzulassen: Beheizte Schlafzelte, Essen, Wasser, Ärzt:innen. Doch davon war keine Rede.

Und so setzte sich das Leid in dem Grenzstreifen weiter fort. Was dort genau geschah, ist kaum zu dokumentieren – Helfer:innen und Medien ist der Zugang versperrt. Eine der wenigen Ausnahmen ist Hanna Machińska, die polnische Vizekommissarin für Menschenrechte. Sie dürfe über das, was sie gesehen habe, nicht alle Informationen weitergeben, sagt sie gegenüber dem Portal T-Online. Doch es gebe „Hunderte von Beispielen", die zeigten, wie angespannt die Situation dort sei. Eines davon: „Wir haben von einer jungen Mutter im Grenzgebiet erfahren, die einen Schwamm ausgewrungen und das schmutzige Wasser mit dem Milchpulver für ihr Kind vermischt hat. Sie wusste, was sie tat: Es war der sichere Tod für das Baby, aber sie konnte nicht anders, das Kind hatte Hunger." Auch andere berichten Grauenvolles. Mitte November meldet das Polnische „Zentrum für Internationale Hilfe", das Ärzt:innen zu den Flüchtenden in die Wälder schickt: „Um 2.26 Uhr erhielten wir eine Nachricht, dass mindestens eine Person, die sich jetzt im Wald aufhält, ärztliche Hilfe benötigt. Vor Ort stellte sich heraus, dass drei Personen verletzt wurden. Sie waren 1,5 Monate im Wald!" Um 6.04 Uhr twittern die Ärzt:innen: „Der junge Mann hatte starke Bauchschmerzen. Er war hungrig und dehydriert. Außer ihm brauchte ein syrisches Ehepaar Hilfe. Der Mann hatte eine Schnittwunde am Arm, die Frau eine Stichwunde am Unterschenkel. Ihr einjähriges Kind starb im Wald." Das Kind wäre der dreizehnte bekannte Todesfall. Woher stammen die „Stichwunden"? Woran genau sterben die Menschen in den Wäldern im Osten Polens? Offizielle Angaben gibt es dazu kaum. Ob die Gewalt durch polnische oder belarussische Grenzschützer für einige Todesfälle relevant war, weiß niemand. Müssten schon die Pushbacks selbst und die daraus folgende Unterkühlung und Entkräftung juristisch als Todesursache gelten? „Wir glauben, dass hier Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Völkerstrafrechts vorliegen könnten," sagt die Juristin Marta Górczyńska. Sie arbeitet für die Helsinki Foundation in Warschau. Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) zuständig. Seit Monaten beobachtet Górczyńskas Gruppe die Situation an der Grenze und dokumentiert die Menschenrechtsverletzungen. Die Beweise werden an die Ankläger des IStGH weitergeleitet. Der müsste dann wiederum ein Ermittlungsverfahren einleiten Aber das sei „noch ein weiter Weg", sagt Górczyńska. •

GESELLSCHAFT

Tatort Porz: Prozess gegen CDU-Lokalpolitiker Bähner in Köln hat begonnen

„INITIATIVE TATORT PORZ“ (TATORT-PORZ.ORG)

Im Saal 210 des Kölner Landgerichts begann am 5. November 2021 der Prozess gegen den CDU-Lokalpolitiker Hans-Josef Bähner. Er ist angeklagt im Dezember 2019 einen Jugendlichen in Köln-Porz rassistisch beleidigt und angeschossen zu haben: Krys M., das Opfer, überlebte die Tat (Vgl. AIB Nr. 126). Der Prozess sollte ursprünglich im März 2021 beginnen, wurde aber mit Verweis auf die Corona-Pandemie und das Alter des Angeklagten kurzfristig abgesagt. Dass der Prozess nicht auf unendlich verschoben wurde, ist wohl vor allem den steten Nachfragen an das Gericht und den öffentlichen Forderungen nach Gerechtigkeit für Krys zu verdanken. Zuvor hatte ein Anwalt Bähners offenbar eine Verzögerung des Prozesses zu erwirken versucht.

In den ersten drei Prozesstagen wurden – nach Verlesung von Anklage und einer Einlassung Bähners – zunächst Krys sowie seine drei Freunde, mit denen er in der besagten Nacht unterwegs war, als Zeugen vernommen. Im Anschluss sagten drei von zehn geladenen Polizeibeamten aus. Hans-Josef Bähner ist angeklagt, mittels einer Waffe Krys M. lebensgefährlich verletzt und ihn beleidigt zu haben sowie gegen das Waffengesetz verstoßen zu haben. Er soll – laut Anklage der Staatsanwaltschaft – in der Nachtruhe gestört, mit einer Schusswaffe sein Haus verlassen haben, und durch Vorzeigen der Waffe die vier jungen Männer aufgefordert haben, sich von seiner Grundstücksgrenze zu entfernen. Er habe sie rassistisch beleidigt, daraufhin habe es ein Wortgefecht gegeben und es fielen weitere Beleidigungen. Hans-Josef Bähner soll dann nach den vier Männern geschlagen und versucht haben, sie auf sein Grundstück zu locken, um schießen zu können. Dann habe er laut Anklage aus maximal fünf Zentimeter Entfernung mit einer unregistrierten Waffe geschossen und Krys auf Höhe des Oberarms getroffen. Danach habe er von weiteren Schüssen abgesehen, weshalb ihm kein versuchtes Tötungsdelikt vorgeworfen wird.

Die Nacht in Porz

Krys schilderte als Angeschossener und Zeuge die Tatnacht im Detail. Seine Beschreibung wurde von den drei Freunden als Zeugen im Großen und Ganzen bestätigt: Die vier Männer hatten sich in der Nacht spontan verabredet, zusammen etwas Alkohol zu trinken und gemeinsam einen circa einstündigen Spaziergang nach Hause zu machen, der am Rheinufer in Köln-Porz entlang führte. Der schmale Weg läuft an Wohnhäusern entlang, eine halbhohe Mauer trennt das Wohnhaus vom Weg. Als die Vier dort kurz anhielten, um sich Alkohol nachzuschenken bellte sie ein Hund an, der von Krys verbal zurecht gewiesen wurde. Als Bähner aus dem Haus kam folgte ein hitziges Wortgefecht mit gegenseitigen Beleidigungen. Plötzlich zog Bähner die Waffe, welche von zwei der Freunde zwar gesehen, aber als ungefährliche Schreckschusspistole eingeschätzt wurde. Ein Schuss fiel, die Männer entfernten sich und stellten bald fest, dass Krys einen Durchschuss an der Schulter hatte. Dann riefen sie die Polizei.

Bähners Versionen

Seine Einlassung zur Sache hatte der Angeklagte Hans-Josef Bähner zu Beginn über seine Anwälte Boris Krösing und Mutlu Günal verlesen lassen: Bähner sei in der Tatnacht mit dem Hund draußen gewesen und habe seine Waffe in die Hose gesteckt, zunächst Magazin und Waffe getrennt. Draußen habe er Leute rangeln sehen und sei hinausgelaufen um zu fragen, ob er helfen könne oder die Polizei rufen solle. Dann hätten die Männer angefangen, auf seine Hand zu schlagen, er habe davon eine schmerzhafte Quetschung und einen Bruch am linken Mittelfinger davongetragen. Er habe dann die Waffe genommen und die Männer gewarnt, dass die Waffe geladen sei und er sie benutzen würde, sollten sie sein Grundstück betreten. Da einer der Männer auf die Mauer geklettert sei, habe er die Waffe geladen und entsichert. Bähner habe einen Warnschuss in die Luft abgeben wollen, sei aber gegen den Arm geschlagen worden. Dabei habe sich ein Schuss gelöst und die Männer hätten sich entfernt. Bähner habe gedacht, der Schuss sei in den Boden gegangen, sei ins Haus zurückgekehrt und habe sich schlafen gelegt. Bähner ließ seine Anwälte betonen, er habe niemanden rassis-

tisch beleidigt, er sei kein Rassist und wolle auch nicht als solcher verstanden werden. Seine Facebook-Seite möge vielleicht einen solchen Eindruck machen, dies sei aber nicht von ihm intendiert. Die nicht auf seiner Waffenbesitzkarte eingetragene Waffe habe er als Andenken an verstorbene Freunde verwahrt. Beide - die Tatwaffe und einen Revolver - lagerte er aus Angst vor möglichen Angreifern im Schlafzimmer. Am Porzer Rheinufer ginge er grundsätzlich nur bewaffnet mit dem Hund spazieren. Als Person gab sich Bähner verantwortungsbewusst und im Dienste des Gemeinwohls: Er habe nach einer Ausbildung Wehrdienst bei der Bundeswehr geleistet und sei zudem über Jahrzehnte in zahlreichen Schützenvereinen aktiv gewesen. Er habe die Erlaubnis Schützen auszubilden, Prüfungen abzunehmen und einen Schießstand zu beaufsichtigen. Bähner war sechs Jahre in der Bezirksvertretung Porz aktiv und außerdem ehrenamtlich bei einer Wohnungsgesellschaft.



Diese anwaltliche Version unterscheidet sich beträchtlich von der Anklageschrift, den Aussagen aller Zeugen und auch Bähners ersten eigenen Darstellungen gegenüber der Polizei. Einem Polizisten zufolge habe Bähner in der Tatnacht keine eigene Verletzung erwähnt. Bähner habe zudem behauptet, dass er die Tatwaffe in seinem Garten gefunden habe, nachdem er draußen einen Schuss hörte. Blöd nur, dass die Originalverpackung der Pistole später im Keller des offenkundigen Waffenfetischisten gefunden wurde.

Täter-Opfer-Umkehr

Bähners Verteidiger nutzen die Befragung von Krys und den drei anderen jungen Männern vornehmlich zu einer Art „Diskreditierung" der Zeugen. Beide Anwälte bedienten sich dabei taktischer Mittel wie der versuchten Verunsicherung von Zeugen („Sie lügen!") und der Nebenklage. Bei einigen Beobachter_innen entstand hierbei der Eindruck von Respektlosigkeit, Überheblichkeit sowie der Ausnutzung juristischer Spitzfindigkeiten, um die jungen Männer aus dem Konzept zu bringen und in Widersprüche zu verwickeln. Indes erreichten sie dieses Ziel nicht. Den rassistischen Hintergrund der Tat versuchen die Anwälte zu beseitigen, indem sie Krys und den drei Freunden unterstellen, sich die rassistischen Worte Bähners erst nachträglich ausgedacht zu haben. In der am frühen Morgen nach dem Schuss durchgeführten ersten polizeilichen Vernehmung hatten der verletzte Krys im Krankenhaus und die anderen drei zwar allgemein von den rassistischen Beleidigungen Bähners berichtet, aber die beleidigenden Worte nicht einzeln aufgezählt. Das folgte erst in einer Vernehmung im Polizeipräsidium einige Tage später.

Aufklärung und Konsequenzen

Insgesamt ging es in dem Prozess bislang wenig um den Täter oder die Tat selbst. Doch leiden Krys und seine Freunde bis heute unter den Folgen der Tat. Krys hat noch Schmerzen in Arm und Schulter, Albträume und Flashbacks. Auch seine Freunde berichten von andauernden psychischen und psychosomatischen Folgen. Edith Lunnebach, die Nebenklageanwältin, erklärte nach dem ersten Prozesstag, ihr Mandant Krys fühle sich als Angeklagter und nicht als Zeuge. Diese Täter-Opfer Umkehr kennen wir aus dem NSU-Komplex und anderen Fällen rassistischer Gewalt. Der Polizei zufolge wurde das Haus Bähners nach der Tat nicht von einem Sondereinsatzkommando (SEK) gestürmt, wie ansonsten üblich, sondern umstellt und der Schütze hinausgebeten - Bähners Privileg als weißer, konservativer Lokalpolitiker?

So unwahrscheinlich es zunächst klingen mag, fürchten wir doch, dass die Verteidigung mit ihrer Version von einem seriösen Lokalpolitiker Gehör findet, der nur zur Waffe greift, um in seinem „Veedel" für Sicherheit zu sorgen. Die perfide Strategie setzt dabei auf vorherrschende rassistische Bilder und zielt genau auf eine Täter-Opfer-Umkehr. Wir fordern dagegen die vollständige Aufklärung der Tat mit allen nötigen Konsequenzen: Diese beinhalten die Entwaffnung Bähners und ein Waffenverbot für RassistInnen. Wir fordern ein Schuldeingeständnis und eine Entschuldigung des Täters sowie dessen Verantwortungsübernahme z.B. durch die finanzielle Übernahme aller Therapiekosten von Krys und den drei mitbetroffenen Freunden. Wir fordern endlich eine ehrliche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit ihrem eigenen Rassismus und Respekt für Betroffene rassistischer Gewalt. Denn Rassismus ist der gesellschaftliche Boden, auf dem rassistische Angriffe gedeihen und Menschen sich das Recht nehmen, durch Waffen für Selbstjustiz sorgen zu wollen. •

REPRESSION

Repression gegen Antifaschisten aus Lyon

„LA HORDE – MÉCHAMMENT ANTIFASCISTE"

Seit dem 23. September 2021 saßen drei Antifaschisten aus Lyon für mehrere Wochen in Untersuchungshaft. Vier weitere waren auf freiem Fuß, unterlagen aber einer strengen richterlichen Überprüfung. Die Staatsanwaltschaft Lyon warf ihnen vor, im Rahmen einer physischen Auseinandersetzung mit Aktivisten der Gruppe „Civitas" am Rande einer Demonstration gegen die Einführung des digitalen Impfnachweises (Pass sanitaire) Gewalttaten gegen diese verübt zu haben. Dabei hatten die Aktivisten dieser nationalkatholischen Gruppe, die für die Einführung eines katholischen, theokratischen Regimes in Frankreich steht, selbst keine Anzeige bei der Polizei erstattet. Vielleicht liegt das daran, dass viele Aktivisten der Gruppe für ihre Gewalttaten und ihre Nähe zu Gruppierungen bekannt sind, die im letzten Jahr vom französischen Staat verboten wurden. Während ihrer Zeit in Untersuchungshaft erhielten die drei Antifaschisten viel Solidarität. Es gründete sich ein breites Unterstützungskomitee – das von Autonomen bis zu den Gewerkschaften reichte – und dem es gelang, die gesamte Lyoner Szene zu mobilisieren. Wie einer der Inhaftierten in einem Interview mit La Horde[1] berichtet, bekamen sie täglich viele Unterstützungsbriefe, unter anderem aus Griechenland, Österreich, der Schweiz und Kolumbien. Nach dem Prozess, der am 4. November mit drei Freisprüchen und vier Geldstrafen endete, steht für Lyon's Antifaschist_innen wieder einmal mehr fest, wie notwendig der antifaschistische Kampf in ihrer Stadt ist. Die Behörden haben mit dem Verfahren gezielt versucht, die antifaschistische Bewegung zu schwächen. Doch ist es dieser gelungen, aus der Repression gestärkt hervorzugehen. „Auch wenn es uns hinter Gittern Zeit und Geld gekostet hat, hat das Verfahren die Lyoner Szene um die Frage des Antifaschismus zusammengeschweißt, und ich denke, dass die Gründung des Komitees zu einer großen lokalen geworden Kraft ist", erklärt einer der Angeklagten im Interview.

Extreme Rechte durch Lokalpolitik geschützt

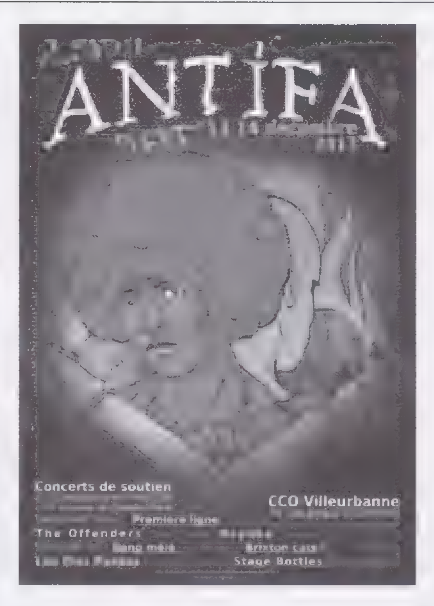
Obwohl keine Anzeigen erstattet wurden, entschied sich die Staatsanwaltschaft der Stadt Lyon dazu, gegen die Antifaschisten gerichtlich vorzugehen. Was sind die Gründe dafür?

Die Stadt Lyon ist seit Jahren für ihre starke extrem rechte Szene berüchtigt. In den 1980er Jahren konnten z.B. Holocaust-Leugner an der Universität Lyon III ungehindert ihre Schriften veröffentlichen. Heute bilden die beiden militanten neofaschistischen Gruppierungen „Audace Lyon" und „Lyon Populaire" (seit der Auflösung des Bastion Social durch die Macron-Regierung im Jahr 2019) sowie die „Identitäre Bewegung" („Génération Identitaire", die durch die französische Regierung im März 2021 aufgelöst wurde), die Monarchisten der „Action Française", die nationalkatholische Gruppe „Civitas" und die Neonazis der gewalttätigen Telegram-Seite „Ouest Casual" eine gut vernetzte extreme Rechte, die über eigene Räume verfügt, sich in der Stadt ungehindert treffen kann, eigene Events organsiert und mit extrem rechten Gewalttaten die Stadt terrorisiert. Auch verbotene Gruppierungen können ihre Aktivitäten ungehindert in Lyon fortsetzen und sich weiterhin öffentlich organisieren. Obwohl über die Telegram-Seite „Ouest Casual" regelmäßig gewalttätige Angriffe von Neonazis veröffentlicht werden, sind von der Staatsanwaltschaft bisher noch keine Ermittlungen dazu eingeleitet worden. Vor Gericht wurden die Aktivisten der nationalkatholischen Gruppe „Civitas" als Opfer dargestellt, die angeblich wegen ihres religiösen Glaubens angegriffen worden waren. Einer der Antifaschisten musste deshalb im Gefängnis an einem besonderen „Präventionsprogramm gegen Radikalisierung"[2] teilnehmen, das von den Behörden gewöhnlich gegen Menschen eingesetzt wird, die den islamistischen Terrorismus verherrlichen sollen. Dagegen ist offensichtlich, dass sich die Lokalpolitik in Lyon gezielt gegen jeden linken Aktivismus richtet. Antifaschist_innen werden ins Gefängnis gesteckt, besetzte Häuser, in denen Geflüchtete leben, ohne gesetzliche Grundlage geräumt und linke Demonstrationen mit Repressionsmaßnamen überzogen. Die überzogene Polizeigewalt bei der diesjährigen Demonstration am 1. Mai ist nur ein Beispiel von vielen.

Lokaler Antifaschismus bleibt notwendig

Wie notwendig antifaschistisches Engagement in Lyon ist, zeigt die erfolgreiche politische Arbeit der Gruppe GALE (Groupe Antifasciste Lyon et Environs) der letzten zehn Jahre. GALE gründete sich, nachdem der junge Antifaschist Clément Méric in Paris im Jahr 2013 von Neonazis ermordet





wurde (AIB 99 und AIB 121). Dieser Mord veranlasste viele Menschen dazu, politisch aktiv zu werden und sich zu vernetzen. In Lyon war die Situation zu dieser Zeit so angespannt, dass sich viele dazu gezwungen sahen, sich zu organisieren, um sich gegen die eskalierende rechte Gewalt verteidigen zu können. Für Antifaschist_innen in Lyon war ihre Aufgabe schnell klar: Informationen über die gewalttätigen extrem rechten Gruppen zu sammeln, die in bestimmten Stadtteilen Angriffe auf Andersdenkende verübten, und diese Informationen danach öffentlich zu machen. Das war und bleibt nach wie vor eines der Ziele ihres politischen Antifaschismus.

Um die lokale Situation besser zu verstehen, lohnt ein genauerer Blick auf die Stadt Lyon. Sie liegt am Zusammenfluss der Flüsse Saône und Rhône, die die Stadt in drei Teile teilen. Der zentrale Teil, den man Halbinsel (La presqu'île) nennt, ist der bürgerlichste, kommerziellste und touristischste Teil am linken Ufer der Saône. Am rechten Ufer befindet sich die Altstadt (Vieux-Lyon), der religiöse Teil, der ebenfalls sehr touristisch ist und eine Hochburg extrem rechter Gruppen darstellt, da es hier viele traditionalistische Kirchen gibt. Auf der linken Seite der Halbinsel befindet sich der Stadtteil Guillotière, wo auch heute noch viele Arbeiter_innen und Migrant_innen wohnen. Ebenso wie im historischen Viertel Croix-Rousse im hinteren Teil der Halbinsel, in dem die Weber in den 1830er Jahren aufbegehrten. Dort befindet sich auch der linke Buchladen „Die schwarze Feder" (La Plume noire), der im März 2021 von circa 50 Neonazis angegriffen wurde. Um von La Guillotière in die Altstadt zu gelangen, muss man eine einzige Brücke überqueren und braucht dafür nur knapp zehn Minuten. Regelmäßig versuchen die Mitglieder der extremen Rechten in Guillotière Aufmärsche zu machen, da es dort große besetzte Hausprojekte wie das „Espace communal Guillotière" und das „Annexe" gibt, in denen viele Geflüchtete und Aktivist_innen leben. Sie sind im Viertel sehr aktiv und gut vernetzt, und organisieren Lebensmittelverteilungen, Französischkurse, Theaterworkshops und Sportangebote, die sich an vor allem an die ärmeren Bewohner_innen des Viertels richten.

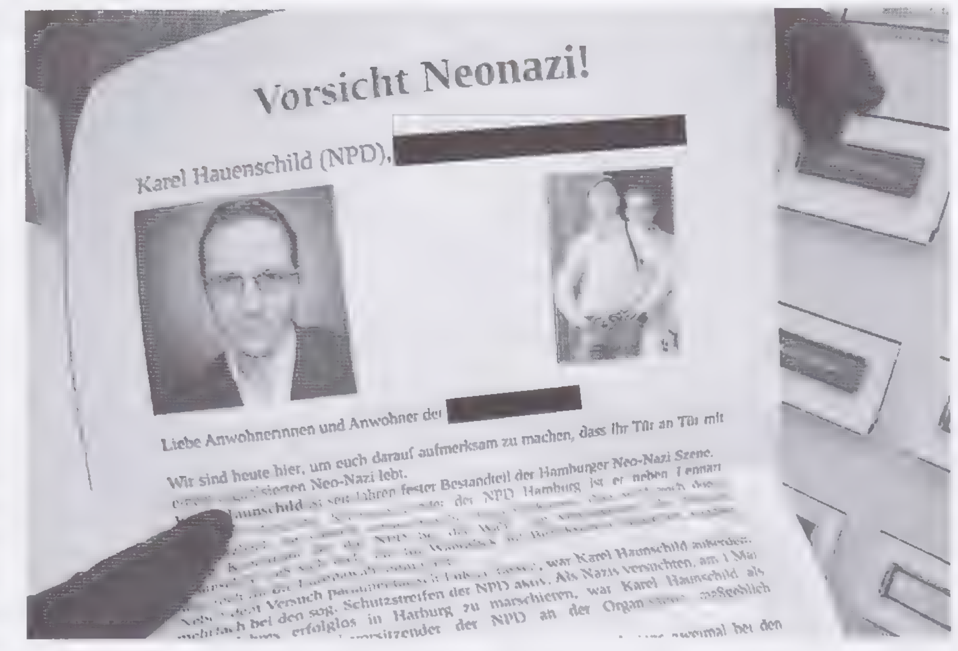
Vernetzung über die Stadtgrenzen hinaus

Den linken Aktivist_innen aus Lyon ist es gelungen, die Lebensrealität in ihrer Stadt auch über die Stadtgrenzen hinaus sichtbar zu machen. Inzwischen ist allgemein bekannt, dass die extreme Rechte in Lyon ein Problem darstellt, und deren AnhängerInnen gewalttätig und von der Stadt unbehelligt agieren können, während sich die staatliche Repression gegen linke Aktivist_innen richtet. Natürlich sind nicht immer alle antifaschistischen Interventionen erfolgreich und es wird auch weiterhin neue Läden und Treffpunkte der extremen Rechten geben. Dem stellen sich antifaschistische Aktivist_innen jedoch jedes Jahr aufs Neue entgegen. Vor acht Jahren entstand die Idee für das Lyon Antifa Fest. Es mussten Gerichtskosten finanziert werden, nachdem 25 Antifaschist_innen nach einer Demonstration gegen Nationalisten verhaftet worden waren. Bei den Teilnehmenden aus ganz Frankreich kam das Fest so gut an, dass es seitdem jährlich stattfindet und inzwischen zu einem wichtigen Vernetzungsort für viele engagierte Menschen auch aus anderen Ländern geworden ist. In diesem Jahr gab es Versuche aus der Politik, das Fest zu verhindern. Laurent Wauquiez, der Präsident der Region Rhône-Alpes (und konservativer Abgeordneter der Partei Les Républicains), hatte dem Eigentümer des Veranstaltungsorts in Villeurbanne angedroht, Subventionen zu streichen, wenn das Konzert stattfinden würde. Dieser hatte deshalb darum gebeten, das Konzert auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben. Die Organisator_innen beschlossen, bei ihrem Termin im Dezember zu bleiben und verlegten kurzerhand den Veranstaltungsort. •

1 https://lahorde.samizdat.net/Interview-d-un-des-antifas-lyonnais-passes-en-proces-le-4-11 2 „programme de déradicalisation"

REPRESSION

Verfolgungseifer und V-Mann-Phantasien in Hamburg



■ Zu einer Justizposse kam es im Herbst 2021 in Hamburg. Ein Antifaschist war vor dem Amtsgericht wegen eines Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz angeklagt worden.[1] Ihm wurde vorgeworfen, im Juni 2020 bei einer „Outingaktion" vor der Wohnung des Hamburger Neonazis Karel Haunschild ein Flugblatt verteilt zu haben, auf dem ein Foto von diesem zu sehen war. Haunschild ist stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Hamburg und seit Jahren aktiv in der örtlichen Neonaziszene. Dieser hatte nach der Aktion auf Anraten der Polizei hin Anzeige gegen unbekannt erstattet. Nachdem er Staatsschutz auf einem unscharfen Foto, das ein Anwohner von einigen vor Ort anwesenden Personen gemacht hatte, niemanden identifizieren konnte, flatterte dem Antifaschisten im Frühjahr 2021 dennoch ein Strafbefehl ins Haus. Diesen akzeptierte er nicht und so kam es zum Prozess vor dem Amtsgericht Hamburg. Bei der Akteneinsicht stellte sich heraus, dass das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz der Staatsanwaltschaft einen Hinweis auf den Antifaschisten gegeben hatte, was eindeutig gegen das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst verstößt. Dieser Verfassungsgrundsatz darf nur verletzt werden, wenn beispielsweise die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder ein Menschenleben in Gefahr ist, was bei einem Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz wohl kaum der Fall ist.

Karel Haunschild legte vor Gericht einen beeindruckenden Auftritt hin. Er verstrickte sich schon in seinen ersten Sätzen in Widersprüche und sorgte innerhalb weniger Minuten dafür, dass das Konstrukt der Anklage in sich zusammenfiel. Haunschild blieb dem Prozess teilweise fern oder weigerte sich, im Gerichtsgebäude eine Maske zu tragen, was er mit einem gefälschten Attest rechtfertigen wollte. Weiter erklärte er, dass die Bilder, um die es ging und durch deren Veröffentlichung er sich in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt sah, sich selbstverständlich frei im Internet finden ließen. Man müsse dazu nur seinen Namen googeln, außerdem sei er ja 2019 offizieller NPD-Kandidat für das EU-Parlament gewesen. Haunschild zeigte sich als durchaus kontaktfreudig gegenüber den Ermittlungsbehörden und suchte offenbar häufiger Kontakt zu Gericht und Polizei. Dabei ging es mal darum Personenschutz zu erfragen, mal um seine psychischen Probleme, Depressionen und Panikattacken. Er gab an, in den letzten Monaten häufiger Gast im Hamburger Polizeipräsidium gewesen zu sein und meinte, er sei dorthin stets freundlich eingeladen worden.

Im Verlauf des Prozesses wurde klar, dass Haunschild den Ermittlern angeboten hatte, sie über die Hamburger rechte Szene zu informieren und sich davon im Gegenzug einen Waffenschein versprach. Während der Verhandlung gab es mehrere Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und VS und auf mehrere Treffen Haunschilds mit dem LKA mit unklarem Hintergrund. Leider blieben aber dabei die konkrete Rolle des LfV, des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft in diesem Fall im Dunkeln. Haunschilds Auftreten jedenfalls ließ vermuten, dass er selbst nicht die treibende Kraft hinter der Strafanzeige gewesen war. Er schien nicht wirklich zu wissen, worum es eigentlich genau in der Anzeige ging, außerdem zeigte er durch sein Fernbleiben deutlich sein Desinteresse am Ausgang des Prozesses. Viel eindeutiger schien hier das Verfolgungsinteresse der Behörden gegen einen aktiven Antifaschisten zu sein. Beobachter_innen berichten von einem übertriebenen Ermittlungseifer gegen Links, da wegen eines Bagatelldelikts wie einem Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz drei Verhandlungstage vor Gericht angesetzt wurden. Das Verfahren wurde schließlich gegen eine Zahlung von 300 Euro an die Hamburger Stiftung Gedenkstätten und Lernorte eingestellt.

Für Haunschild hat sein Verhalten in dem Verfahren nun unangenehme Folgen. Nicht nur, dass er sich wegen des Nichttragens der Maske und der gefälschten Maskenbefreiung wohl empfindliche Geldstrafen eingehandelt hat – vor allem wurde so öffentlich, dass er keine Skrupel hat, mit den Ermittlungsbehörden zu kooperieren und diesen sein Insiderwissen aus der Neonaziszene anzubieten. Dies dürfte bei seinen Kameraden voraussichtlich zu einigem Unmut führen. •

1 Siehe auch https://taz.de/Prozess-gegen-Hamburger-Antifa-Aktivist/!5797464/ und https://de.indymedia.org/node/151157

REPRESSION



Auf der Straße, vor Gericht: Antifa bleibt notwendig!

Solidaritätskampagne „Antifaschismus bleibt notwendig“

Das Urteil gegen Jo und Dy im Stuttgarter „Wasen-Verfahren“ kann als Blaupause dafür betrachtet werden, wie sehr die bundesweite Repressionsspirale gegen Antifaschist_innen von staatlichen Repressionsbehörden vorangetrieben wird. Am 13. Oktober wurde nach über sechs Monaten und 21 Prozesstagen ein Urteil im sogenannten „Wasen-Verfahren“ vor dem Landgericht Stuttgart gefällt. Dabei wurde Jo zu 4,5 Jahren und Dy zu 5,5 Jahren Haft verurteilt. Der Richter blieb damit nur knapp unter der von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafe. Verurteilt wurden beide wegen schwerem Landfriedensbruch sowie gemeinschaftlicher gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Die Anklage wegen versuchten Totschlags wurde fallengelassen.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Jo und Dy an einem Angriff auf Aktivisten der rechten Scheingewerkschaft „Zentrum Automobil“[1] am Rande einer „Querdenken“-Kundgebung aktiv beteiligt gewesen sein sollen. Hierbei stützt es sich ausschließlich auf Indizien, wie der Vorsitzende Richter selbst einräumen musste. Keine der Zeug_innen konnte die beiden Antifaschisten direkt belasten oder überhaupt identifizieren. Bei einem DNA-Abgleich, der die Grundlage für Jo's Verurteilung bildet, ist eine Spurenverschleppung aufgrund unsauberer Ermittlungsarbeit nicht auszuschließen. Auch war durch die Arbeitsweise der polizeilichen Ermittlungsgruppe „Arena“ nicht mehr nachweisbar, ob die Tierabwehrpistole, welche Dy zugeordnet wird, überhaupt jemals benutzt worden war. Die Ermittler hatten einen Testschuss abgefeuert und damit die entlastende Untersuchung unmöglich gemacht. Zuletzt stützt sich die Verurteilung von Dy auf Informationen einer Vertrauensperson des LKA[2]. Bereits im laufenden Prozess erregte diese größere Aufmerksamkeit, da ihre Aussage keinerlei Gehalt hatte und sich einzig aufs Hörensagen bezog, aber dennoch die Ermittlungsgrundlage darstellte und wegen des Aussageverbots des LKA vor Gericht in keinster Weise überprüft werden konnte.

Dass es im Prozess trotz reiner Indizienlage zu einer Verurteilung kam, zeigt die Absicht der Repressionsbehörden, militanten Antifaschismus zu kriminalisieren und damit die antifaschistische Bewegung als Ganze zu schwächen. Einerseits nimmt militanter Antifaschismus den Neonazis Räume und drängt diese zurück, womit das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt wird. Andererseits muss die Repression im gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Mit Repression gegen militante Aktionen oder auch durch Verschärfungen der Versammlungs- und Polizeigesetze reagiert der Staat auf mögliche aufkeimende Konflikte. In Krisenzeiten verschärfen sich gesellschaftliche Widersprüche und treten offener zu Tage. Aus ihnen resultierende soziale Unruhen bieten einen Nährboden für einfache, vermeintliche Antworten von Rechts, wie bspw. bei der „Querdenken-Bewegung“ im Frühjahr 2020. Gleichzeitig besitzt militante und organisierte linke Politik das Potential, diese Unruhen zu kanalisieren und systemüberwindende Ansätze zu schaffen. Auch wenn dies für den Staat noch keine konkrete Gefahr darstellt, ist er sich dessen bewusst und reagiert präventiv. So ist es wenig verwunderlich, dass es sich der Baden-Württembergische Innenminister Thomas Strobl zur persönlichen Aufgabe gemacht hat, gegen die linke Bewegung vorzugehen und diese zu delegitimieren. Seine Drohung: „Wir kriegen euch!“ steht dabei exemplarisch für den staatlichen Verfolgungswillen.

Das Urteil gegen Jo und Dy ist noch nicht rechtskräftig, solange das Revisionsverfahren läuft. Dy muss deshalb weiterhin in Untersuchunghaft bleiben, Jo ist bis auf weiteres in Freiheit. Doch unabhängig vom endgültigen Ausgang werden wir alle Betroffenen im „Wasen-Verfahren“ auch weiterhin tatkräftig unterstützen. Zukünftig werden wir uns wohl vermehrt mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie ein konstanter solidarischer Umgang mit inhaftierten Genoss_innen umzusetzen ist. Als antifaschistische Bewegung müssen wir an den neuen Herausforderungen wachsen und diskutieren, wie eine vielfältige und solidarische Bewegung zusammenwirken kann, ohne sich spalten oder durch das Damoklesschwert langjähriger Haftstrafen einschüchtern zu lassen. Mit dem Urteil im „Wasen-Verfahren“ wurde ein Exempel an der antifaschistischen Bewegung statuiert. Umso wichtiger ist es daher, weiterhin aktiv zu sein und sich rechter und reaktionärer Politik konsequent in den Weg zu stellen. •

1 www.antifainfoblatt.de/artikel/gegen-corona-leugner-und-%E2%80%9Ezentrum-automobil%E2%80%9C
2 https://freiheit-fuer-jo.org/?p=1276

GRIECHENLAND

Ehemalige Jugoslawien-Söldner auf freiem Fuß

KATJA LIHTENVALNER

Während der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren kämpften Freiwillige verschiedener Länder für die „Armee der Republika Srpska“ (VRS). Neben Russen und Bulgaren gesellten sich auch die sogenannten „griechischen Freiwilligen“ zu der ausländischen nicht-serbischen orthodoxen christlichen Koalition. Der Begriff „Freiwillige“ sei jedoch völlig irreführend, so die Griechenland-Korrespondentin Ingeborg Beugel: „Das waren Söldner an einem anderen Ort, zu einer anderen Zeit, aber im griechischen Fall waren es Bürger, die von überall Geld bekamen“. Während des Jugoslawienkriegs berichtete Ingeborg Beugel für die niederländischen Medien und reiste oft nach Bosnien und Herzegowina. Im Jahr 2002 erstellte sie eine der wichtigsten Dokumentationen über die griechische Beteiligung am Jugoslawienkrieg mit dem Titel „Greek Way“. Die genaue Zahl der griechischen Paramilitärs in der bosnisch-serbischen Armee ist unbekannt, die Schätzungen schwanken zwischen 150 und 300 Soldaten. Die ersten griechischen Kämpfer wurden in den VRS-Einheiten während der Belagerung von Sarajevo 1993 gesichtet. Nach einer Werbekampagne griechischer Medien, der griechisch-orthodoxen Kirche und neonazistischer Organisationen stieg ihre Anzahl jedoch rasch an. Bei ihnen handelte es sich es sich um Berufssoldaten, Söldnern und Mitgliedern der extremen Rechten mit Verbindungen zur faschistischen und inzwischen verbotenen Partei „Goldene Morgenröte."

„Die vorherrschende Meinung ist immer noch, dass Griechenland in seinem nationalen Interesse gehandelt hat, indem es die Serben unterstützte“, erklärt der Journalist Takis Michas. Mit seinem Buch „Unheilige Allianz: Griechenland und Milošević s Serbien“ schrieb Michas das wichtigste Zeugnis über die griechische Beteiligung am Jugoslawienkrieg. Erst vor sechs Jahren wurde die Unterstützung griechischer Paramilitärs beim Völkermord in Srebrenica 1995 einer größeren griechischen Öffentlichkeit bekannt, aber nur wenige Medien berichteten darüber. Heute beschäftigen sich nur noch wenige lokale Journalist_innen, Ermittler_innen, Wissenschaftler_innen und politische Aktivist_innen mit dem Thema. Unsere Recherchen ergaben, dass griechische Paramilitärs, die in Jugoslawien gekämpft hatten, in extrem rechten Kreisen nach wie vor äußerst aktiv sind, während die griechische Justiz bis heute nichts unternommen hat, um ihre Beteiligung an den Kriegsverbrechen zu untersuchen und sie strafrechtlich zu verfolgen.

Kollektiver Konsens

„Das Phänomen der konsequenten Unterstützung des serbischen Regimes bei gleichzeitigem Wegsehen gegenüber den Verbrechen an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern in Bosnien und im Kosovo war letztlich ein Volksphänomen“, argumentiert Michas. Er erklärt, dass die Griechen „Geschichten serviert bekamen, die sie hören wollten“. Während des Krieges in Bosnien und Herzegowina schickte Griechenland regelmäßig Journalist_innen, um über den Krieg zu berichten, doch nur aus serbischer Perspektive. „Ich erinnere mich noch, als Sarajevo bombardiert wurde, berichteten die griechischen Medien nur, dass Sarajevo bombardiert wurde, ohne zu erwähnen, wer hinter der Bombardierung steckte“, erzählt Vassilis Tsarnas, Mitglied von „Greek Helsinki Monitor“. Tsarnas erinnert sich, dass er in den 1990er Jahren Mitglied einer anarchistischen Gruppe war: „Als Reaktion auf die voreingenommene Berichterstattung der griechischen Mainstream-Medien begannen wir, unsere eigenen Texte zu verfassen und sie an die Öffentlichkeit zu bringen“. Während die griechischen Medien extrem schlechte Arbeit leisteten, unterstützten Politiker_innen der regierenden rechtskonservativen „Nea Demokratia“, der sozialdemokratischen PASOK und des Oppositionspartners „Kommunistische Partei Griechenlands“, die das Regime verehrten, Milošević noch bis zu seiner Verhaftung und Auslieferung an das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag im Jahr 2001.

Während die Welt von den erschütternden Szenen des Jugoslawienkriegs schockiert war, wurde der mutmaßliche Drahtzieher der Verbrechen, Radovan Karadžić in Griechenland als Held gefeiert und ihm zu Ehren große Zeremonien veranstaltet, zum Beispiel 1993 organisiert von der griechisch-orthodoxe Kirche. Das gesamte politische Establishment war damals anwesend. Karadžić bedankte sich mit den Worten: „Alle sagen uns, wir sollen unsere Waffen niederlegen, weil wir allein sind. Wir sagen nein, wir sind nicht allein. Wir haben Gott und die Griechen an unserer Seite“.

Im heutigen Griechenland versucht vor allem die progressive Linke die Beteiligung



Foto: xyzcontagion.wordpress.com

Oben: Mitglieder der GVG posieren mit Hitlergruß im Frühjahr 1995 in der Gegend von Vlaseniva (Bosnien). Einige der Männer tragen die „Golden Dawn"-Kleidung der griechischen Freiwilligengarde. Die abgebildeten sind ehemalige und aktive Anhänger von „Golden Dawn": Belbasa Apostolos, Mavroyannakis Michalis, Socrates Koussouvris (mit den Krücken), Kostas und zwei unbekannte andere Männer.



Foto: AthensLive

Unten: Zvonko Bajagić, Ratko Mladic und Antonis Mitkos in Srebrenica am 11. Juli 1995. Der verurteilte Kriegsverbrecher Bajagić war Anführer der griechischen Freiwilligen-Garde. Mitkos war einer der griechischen nationalistischen Paramilitärs, die Kriegsverbrechen in Bosnien unterstützten.

griechischer Milizionäre an den Verbrechen in Jugoslawien kritisch aufzuarbeiten. Immer wieder gab es auch Versuche die Paramilitärs vor Gericht zu stellen.

Kein Interesse der Justiz an einer Strafverfolgung

Im Jahr 2005 forderte der Abgeordnete Andreas Andrianopoulos eine Untersuchung der Beteiligung griechischer Milizionäre in Srebrenica. Zeitgleich forderten 163 Akademiker_innen, Politiker_innen, Journalist_innen und politische Aktivist_innen die griechische Regierung dazu auf, sich offiziell bei den Familien der Opfer von Srebrenica für die Anwesenheit in dem Gebiet des Massakers zu entschuldigen. Sie konstatierten, die Öffentlichkeit sei über die Allianz mit den bosnisch-serbischen Streitkräften falsch informiert worden und forderten den Staat auf, die Milizionäre anzuklagen. Im Jahr 2005 schloss die Staatsanwältin Athina Theodoropoulou die Akte jedoch mit der Erklärung: „Die Identität der Täter wurde nicht aufgedeckt", obwohl die Namen in den Akten, das Fotomaterial und die Aussagen der Täter mit ihrem eigenen Wissen veröffentlicht wurden.

2014 forderte die Abgeordnete Maria Yiannakaki, Mitglied der linken Partei Dimar, Antworten vom Justizminister Haralabos Athanasiou. „Ich wollte wissen, was mit der gerichtlichen Untersuchung der Beteiligung von Griechen an solch schweren Verbrechen geschehen ist", erinnert sie sich. Die Antwort, die sie erhielt, war die gleiche, die Theodoropoulou vor fast zehn Jahren geschrieben hatte. Doch Yannakaki gab nicht auf. 2017 wurde sie Sekretärin des Justizministers in der ersten progressiven Regierung unter Aleksis Tsipras und bat darum, die Unterlagen erneut einsehen zu dürfen. „Wir sprechen hier über das größte Verbrechen, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa geschehen ist.", sagte sie frustriert. „Die Akte ist definitiv archiviert, sagte mir der Staatsanwalt. Da die Identität der Täter bekannt ist, kann der Staatsanwalt den Fall eröffnen, wann immer er will", betont Yannakaki.

Enttäuscht ist auch Vassilis Tsarnas, der zusammen mit „Helsinki Monitor" seit Jahren versucht, die Paramilitärs vor Gericht zu bringen. „Nachdem wir vom Staatsanwalt 2015 nicht angehört wurde, beantragten wir eine weitere Anhörung", erinnert er sich. Sie erhielten dieselbe Antwort. Die Justiz zeigte kein Interesse an einer Strafverfolgung der griechischen Paramilitärs, die bis heute frei herumlaufen.

Kriminelle Banden und Leugnung des Völkermords

Beunruhigend bleibt die Tatsache, dass Männer, deren Namen auf der Liste der Paramilitärs stehen, die an den Verbrechen der bosnisch-serbischen Armee beteiligt waren, weiterhin mit ihrer Zeit im Krieg öffentlich prahlen können. Ein Kommandeur einer griechischen Einheit in Srebrenica verweist bis heute stolz in den sozialen Medien auf seine Zeit in Bosnien und Herzegowina. Er spricht in öffentlich zugänglichen Chats darüber und zeigt auf mehreren Social Media-Profilen ein Titelfoto mit den Kriegsverbrechern Ratko Mladić und Zvonko Bajagic. Ein weiterer griechischer Ex-Söldner betätigt sich als Schriftsteller, Redner und Leugner des Völkermords: „Vor ein paar Tagen wurde uns wieder die bekannte Propaganda über das Völkermord-Massaker präsentiert.", schrieb er kürzlich auf seinem Social Media-Profil. Ein anderes Mitglied der Paramilitärs ist in den sozialen Medien unter den ultra-rechten Junta-Nostalgikern zu sehen, die Militärchef Papadopoulos loben. Ein weiterer ist bei der Durchführung von Militärausbildungen, auch in Serbien, zu finden.

Während Griechenland sich noch immer nicht bei den Opfern der Jugoslawienkriege entschuldigt hat, bleibt die entscheidende Frage offen: Wann werden die griechischen Behörden bereit sein, ihre gewalttätigen Söldner, die derzeit den Status einer „persona grata" genießen, strafrechtlich zu verfolgen? •

ITALIEN

„No Vax" und die Neofaschisten

Am 9. Oktober 2021 marschierten tausende Maßnahmen-Gegner_innen durch das römische Zentrum. Angeführt wurden sie von der neofaschistischen Forza Nuova. Diese machte keinen Hehl aus ihrer politischen Gesinnung und posierte immer wieder mit ausgestrecktem rechtem Arm für die Kameras. Der Zug endete mit einem Sturm auf das Hauptquartier der CGIL, bei dem die Büros des Gewerkschaftsbundes demoliert wurden. Jetzt sitzen die Neofaschisten in Haft oder stehen unter Hausarrest und das Parlament debattiert über ein Verbot der Partei.

Ursprünglich hatten die Organisatoren des „No Green Pass"-Marsches offenbar vorgehabt den Palazzo Chigi anzugreifen. Der Mob – welcher im Januar das Kapitol in Washington D.C. stürmte – muss für die italienische Rechte inspirierend gewesen sein. Doch der Sitz des italienischen Ministerpräsidenten an der Piazza Colonna wurde zu stark geschützt. Und so steuerten sie das Gebäude an, in dem sich die Büros des größten Gewerkschaftsbundes Italiens befinden. Für die italienischen Maßnahmen-Gegner_innen wurden die Gewerkschaften zur Zielscheibe, weil sie die „Green Pass"-Regelung der Regierung mittragen, wonach ab dem 15. Oktober nur arbeiten darf, wer geimpft, genesen oder getestet ist.

Antigewerkschaftliche Gewalt

Um die Symbolkraft dieses Angriffs zu erfassen, muss ein Blick auf die Geschichte des italienischen Faschismus geworfen werden. Die faschistische Partei war in ihren Anfangsjahren ein Zusammenschluss verschiedener Banden – meist ehemalige Soldaten, die im ersten Weltkrieg gedient hatten – die sich von den Arbeitgebern anheuern ließen, um Fabrik- und Landbesetzungen oder Streiks zu zerschlagen. Benito Mussolini formierte diese Gruppen zu einer politischen Bewegung, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele geradezu glorifizierte. Auf die kommunalpolitischen Erfolge der Sozialisten im Herbst 1920 reagierten Mussolinis „Fasci di Combattimento" mit Angriffen auf Arbeitskammern, sozialistische Parteibüros und Redaktionen. Sie töteten tausende organisierter Arbeiter_innen und zerstörten mit brutaler Gewalt ein über Jahrzehnte gewachsenes Netz sozialer, ökonomischer und organisatorischer Strukturen der Arbeiter_innen-Bewegung.

Es sollte also nicht überraschen, dass eine Woche nach dem Angriff mehr als 100.000 Menschen zu einer antifaschistischen Gewerkschaftsdemonstration nach Rom kamen. Sie forderten ein Verbot der Forza Nuova. Die Demokratische Partei kündigte an, einen entsprechenden Antrag im Parlament zu stellen. Zuvor war bereits eine vom CGIL initiierte und von mehreren Linksparteien unterstützte Petition der Regierung und dem Parlament übergeben worden.

Wer ist Forza Nuova?

Gegründet wurde „Forza Nuova" in den neunziger Jahren vom heute 62-jährigen Roberto Fiore. In den bleiernen siebziger Jahren gehörte Fiore der bewaffneten Terza Posizione an. Nach einer Verurteilung konnte er sich seiner Haftstrafe durch die Flucht nach London entziehen. England wollte ihn nicht an Italien ausliefern. Und so konnte Fiore zu einem erfolgreichen Immobilienmakler werden, der aktuell auch im Mittelpunkt eines Finanzskandals steht. Als sein Urteil 1999 verjährt war, kehrte Fiore nach Italien zurück. Bei den Wahlen blieb „Forza Nuova" stets unter einem Prozent. Trotzdem saß Fiore Dank eines Wahlbündnisses mit anderen Rechtsparteien zeitweise im Europaparlament. Danach wurde es lange sehr still um seine Partei, bis sie anfing sich im Rahmen der Bewegung von Maßnahmen-Gegner_innen zu engagieren.

„No Vax" in Italien

Die „No Vax" genannte Bewegung hat – wie in anderen Ländern – eine sehr große Reichweite. Maßgeblich dafür ist sicherlich, dass sie auch in Italien sehr heterogen ist. Sie reicht von Vertreter_innen der Regierungspartei „Movimento 5 Stelle", über die üblichen Verschwörungsgläubigen und Esoteriker_innen, die sich selbst als eher links verstehen würden, bis zu den Neo-Faschist_innen. Politisch hat „No Vax" allerdings in Italien sehr viel weniger Gewicht als etwa in Deutschland oder der Schweiz. Die höchste Mobilisierungskraft hat sie in Süd-Tirol und dem Nord-Osten des Landes. Die Bewegung formierte sich in dieser Form bereits vor der Corona-Krise, als im Jahr 2017 in Folge einiger Meningitis- und Masern-Ausbrüche an Schulen eine Impfpflicht eingeführt wurde.

Während einige Journalist_innen nach dem Sturm auf die Gewerkschaftszentrale von einer „Infiltration" der Neo-Faschisten schrieben, kann getrost behauptet werden, dass „Forza Nuova" von Anfang an ein Teil der Bewegung war. Seit Beginn der Pandemie positionierten sie sich gegen den Lockdown, die Maskenpflicht und später gegen die Impfkampagne. Dabei bekamen die Neo-Faschist_innen nicht zuletzt we-

Foto Screenshot YouTube



Neofaschisten versuchten am 9. Oktober 2021 in Rom das Hauptquartier der italienischen Gewerkschaft CGIL zu stürmen.

gen ihrer organisatorischen Kapazitäten eine herausragende Stellung innerhalb von „No Vax". Die Mehrheit der anderen Protagonist_innen hatte schließlich noch nie eine Demonstration organisiert.

Casa Pound und die Gastronomie

Auch andere Rechtsparteien versuchten sich in der Bewegung zu profilieren. „Casa Pound Italia" – die selbsternannten Faschisten des neuen Jahrtausends – war insbesondere gegen die Schließung der Gastro-Unternehmen aktiv, die sie ökonomisch auch selbst getroffen haben muss. Die „Casa Pound"-Sprecher Luca Marsella aus Ostia und Saverio Di Giulio aus Florenz engagierten sich im Rahmen der #ioapro-Kampagne von Gastro-Unternehmer_innen, die sich einer Schließung widersetzen wollten. Und auch am Abend nach der grossen Demonstration in Rom sollten Aktivisten von „Casa Pound" noch eine Rolle spielen: Einige (Neo)Faschisten machten am Abend nach der Demonstration noch Ärger in der Notaufnahme eines römischen Krankenhauses. Unter ihnen Manuel Sannino, der ex-Capo der notorisch rechten Ultras von Ostiamare und derzeitiger Sprecher der „Casa Pound"-Besetzung „Area 121" in Ostia bei Rom. Insgesamt scheint sich „Forza Nuova" aber innerhalb der „No Vax" deutlich besser vernetzt zu haben als ihre Konkurrenz von „Casa Pound".

Der Sturm auf das Gewerkschaftshaus hat Roberto Fiore und seiner Partei nun landesweit grosse Aufmerksamkeit beschert. Und die Symbolkraft der Aktion hat ihre Glaubwürdigkeit bei allen Fans des Urfaschismus massiv gestärkt. Trotzdem ist fraglich, ob „Forza Nuova" sich mit dem Angriff nicht einen Bärendienst erwiesen hat. Während die faschistische Gewalt in den 1920er Jahren von der Staatsgewalt toleriert wurde – der die starke Arbeiter_innen-Bewegung grosse Sorgen bereitete – wurde nun der größte Teil der Führungsstruktur von „Forza Nuova" aus dem Verkehr gezogen.

Verhaftungswelle gegen Rechts

Roberto Fiore, Giuliano Castellino und der palermitanische FN-Chef Massimo Ursino sitzen im Gefängnis. Ebenso wie Massimiliano Petri, Fabio Corradetti und Pamela Testa. Sogar Biagio Passaro, Sprecher der Gastro-Bewegung #ioapro sitzt hinter Gittern, obwohl dieser wahrscheinlich kein Mitglied von „Forza Nuova" ist. Weitere Neofaschisten wie Roberto Borra stehen unter Hausarrest, während Francesco Bellavista, Federico Trocino und Luca Castellini sich jeden Tag beim Polizeiposten ihrer Wohngemeinde melden müssen.

Ebenfalls verhaftet wurde Luigi Aronica. Er ist heute ebenfalls „Forza Nuova" zuzurechnen und saß bereits 18 Jahre im Gefängnis, weil er in den 1970er Jahren den rechtsterroristischen „Nuclei Armati Rivoluzionari" (NAR) angehörte. Die Fußball-Szene der „Curva Nord" von „Inter Mailand" solidarisierte sich nach der Verhaftung mit dem „Panther", indem sie ihm ein Spruchband widmete.

Pino Meloni, neuer FN-Chef der römischen Sektion, durfte nach den Verhaftungen seiner Kameraden die Führung der Organisation übernehmen. Er hört auf den Spitznamen „la rana" („der Frosch") und hat sich wie Castellino lange im Fußball-Milieu des Kurvenumfelds der A.S. Roma bewegt. Nach den Ausschreitungen im Rahmen des Spiels der Roma in Brescia im Jahr 1994 musste er für einige Jahre ins Gefängnis. Er hatte einem Polizisten mit einem Messer lebensgefährliche Verletzungen zugefügt. Es ist fraglich, ob er der Richtige ist, die Partei in einem möglichen Verbotsverfahren zu leiten. •

... und wer denkt an die Kinder?

Broschüre:
„...und wer denkt an die Kinder? – Instrumentalisierung von Kindern in der Pandemieleugner*innenszene“

Download unter:
http://beratungsnetzwerk.hamburg/wp-content/uploads/2021/07/elternstehen-auf_06_29_interaktiv.pdf



Die Broschüre gibt einen Überblick über Narrative, Strukturen, Aktionsformen und Entwicklungen pandemieleugnerischer Zusammenhänge wie dem Netzwerk ‚Eltern stehen auf‘ oder den ‚Klagepaten‘. In kurzen Texten geht es u.a. um den „Kampf für Kinder“ als Aktionsform oder Retraditionalisierung von Geschlechterrollen in der pandemieleugnerischen Szene. Beleuchtet wird auch die Bezugnahme auf die vermeintliche eigene Wissenschaftlichkeit und Expertise, mit der allgemeingültigen wissenschaftlichen Fakten eine eigene Wirklichkeit entgegen gesetzt wird. Auseinandergesetzt wird sich auch mit der großen Bedeutung sozialer Medien als Ort von Vernetzung, Organisierung und Agitation. Die Autor_innen legen dar, dass Kinder in Protestaufrufen von ‚besorgten Müttern‘ der verschwörungsideologischen Szene oder den Inszenierungen mit Kuscheltieren und Kinderschuhen eine wichtige Rolle spielen. Für viele Menschen bieten Kinder und die Sorge um sie ein hohes Anknüpfungspotential. Dabei gehe es entweder um die eigenen Kinder, vielleicht aber auch um die eigene Kindheit. Das Thema Kinder und Jugendliche generall und besonders ihr Wohlergehen emotionalisiert und aktiviert Menschen auf eine besondere Weise. Eine solche Instrumentalisierung von Kindern kennen Antifaschist_innen bereits aus neonazistischen Zusammenhängen, in denen öffentlichkeitswirksam vorgeben wird, sich für den Kinderschutz zu engagieren, in dem sie die Todesstrafe für vermeintliche „Kinderschänder“ fordern. Neben diesen Texten kommen auch Expert_innen aus den Bereichen Beratung und Bildung zu Wort. In mehreren Interviews wird dafür plädiert, dass gerade in Krisenzeiten der politischen Bildung in Schulen eine wichtige Rolle zukommen muss, um Lehrkräfte und Schüler_innen mit den derzeitigen Verunsicherungen und Herausforderungen nicht allein zu lassen. Es wird über Erfahrungen mit Verschwörungsgläubigen und ihren Angehörigen in der Distanzierungsarbeit berichtet und deutlich, dass Kinder durch ihren Missbrauch für politische Ziele in eine Ohnmachtsposition gebracht werden, die wiederum möglicherweise die eigentliche Kindeswohlgefährdung darstellen und nicht die angeprangerten Corona-Maßnahmen. Darüber hinaus wird Antisemitismus als das wichtigste inhaltliche Verbindungselement zwischen der extremen Rechten und pandemieleugnerischen Zusammenhängen beschrieben, die z.B. in den Narrativen von „Q-Anon“ und der „jüdischen Schulmedizin“ deutlich wird. Übersichtliche Einblicke gibt es in die gemeinsamen Traditionslinien von Esoterik, bestimmter Weltanschauungen und Verschwörungserzählungen. Dass die Broschüre die oben genannten Punkte an lokalen Beispielen aus Hamburg herleitet, stellt dabei kein Problem dar. Im Gegenteil: Die beschriebenen Strukturen, wie etwa die Initiative „Eltern stehen auf“ sind bundesweit aktiv und die Instrumentalisierung der Schutzmaßnahmen wie MNS und das Schnell-Testen in Schulen und Kitas mitnichten ein lokales Problem. Die Handreichung ist vor allem für den bildnerischen, bildungspolitischen und pädagogischen Bereich spannend, da bisher für Schule, Kita, Jugendarbeit keine Materialien zum Umgang bereit standen. •

Theorie-Debatte zu „Ultranationalismus“ und „Neofaschismus“

MATHIAS WÖRSCHING
FASCHISMUSTHEORIE.DE

In diesem wenige Dutzend Seiten langen wissenschaftlichen Text von September 2021 behandelt der Politologe und Journalist Felix Korsch zwei Hauptthemen: Erstens das Verhältnis von Nationalismus und Faschismus und zweitens die Frage, ob es in Europa heute einen neuartigen Faschismus, einen „Neofaschismus“, gibt und was diesen kennzeichnet.

Wie F. Korsch belegt, fassen viele seit den 1960er Jahren entstandene Theorien den Faschismus als radikale und besonders aggressive Form von Nationalismus auf. Aber die Abgrenzung des Faschismus innerhalb des nationalistischen Spektrums bleibt unscharf. Was als typisch faschistisch beschrieben wurde, lässt sich Korsch zufolge in der gesamten Geschichte des Nationalismus und auch außerhalb faschistischer Strömungen finden. Dabei setzt sich Korsch vor allem kritisch mit der vielbeachteten Faschismusdefinition des britischen Gelehrten Roger Griffin von 1993 auseinander. Dieser hatte den Faschismus in ideologischer Hinsicht als „populistischen“ (anti-elitären, klassenübergreifenden) Ultranationalismus mit dem zentralen Mythos einer „Palingenese“ (Wieder- oder Neugeburt) der Nation bestimmt.

Korsch plädiert für eine Hinwendung zur Nationalismusforschung und stimmt dem Potsdamer Wissenschafler Gideon Botsch zu: Man solle statt von „Rechtsradikalismus“ und „Rechtsextremismus“ besser von „radikalem Nationalismus“ sprechen und schreiben (S. 45).

Dennoch sind Faschismusforschung und Faschismustheorien, international heute üblicherweise fascist studies genannt, laut Korsch geeignet, um Kernelemente des Faschismus in der Gegenwart aufzufinden und ernstzunehmen, und zwar ohne „vorschnelle Identifizierungen“ und „schiefe Analogien“, stattdessen mit gründlichem Nachdenken (S. 3/4). Unter Berufung auf zahlreiche Analysen Anderer hält Korsch zunächst fest, dass sich die heutige gesellschaftliche Lage in Europa grundlegend von derjenigen des historischen Faschismus nach 1918 unterscheidet. Der Neofaschismus müsse sich an zahlreiche für ihn ungünstige Umstände anpassen; er könne kein „full scale neofascism“ (S. 32) sein. Korsch macht auf drei wesentliche Merkmale aufmerksam.

Erstens: Die Organisationsstrukturen haben sich verändert. Statt der früheren Massenorganisationen herrschen heute einerseits kleinere, fest geschlossene „Splittergruppen“ (groupuscules, insular groups), andererseits wenig formalisierte Netzwerke vor. Diese können gelegentlich enormen Einfluss in der extremen Rechten gewinnen. Korsch nennt als Beispiele die Personenkreise um Bachmann (PEGIDA) und Höcke (AfD).

Zweitens: Ausgehend von der 1996 vorgelegten „Euronationalismus“-These des Historikers Walter Laqueur beschreibt Korsch eine ideologische Verschiebung im Neofaschismus zu ethnopluralistischen, teilweise regionalistischen Europa-Konzepten („Europa der Nationen und Regionen“, „Festung Europa“).

Drittens: Beide Entwicklungstendenzen, die organisatorische und die ideologische, sind bei der „Neuen Rechten“ besonders ausgeprägt. Deren rechtsintellektuelle Netzwerke, die seit den 1960er Jahren an der Reformulierung und Rehabilitierung des Faschismus arbeiten, und die von diesen am stärksten beeinflussten Teile der extremen Rechten, etwa die „Identitären“, wären also die vorrangigen Träger des Neofaschismus.

Korsch hat seinen Text gespickt mit Zitaten aus der Fachliteratur, was für Menschen mit Vorkenntnissen erhellend, für solche ohne jedoch erschwerend wirken kann. Außerdem ist der Schreibstil nicht unbedingt auf einfache Lesbarkeit angelegt. Aber beides ändert nichts daran, dass es sich um einen anregenden und gehaltvollen Beitrag zu einer aktuellen Fachdebatte handelt. •

Korsch, Felix
Im Kern faschistisch. Annäherung an einen umstrittenen Begriff.
Reihe „Luxemburg-Beiträge“
erschienen September 2021

Download unter:
www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/luxemburg_beitraege/lux_beitr_4_Im_Kern_faschistisch_web.pdf



AIB Nr. 98 / 1.2013

Die politische Dimension der Esoterik

Esoterik positionierte sich schon immer gegen den herrschenden Zeitgeist, den Materialismus und die Entzauberung der Welt durch die Naturwissenschaften. Auch heute verstehen sich Esoteriker_innen als „alternativ", als „neue Menschen" und als „Liebe-voll" im Gegensatz zum egoistischen besitzorientierten Menschen im Kapitalismus. Im Selbstverständnis sehen sich die meisten Esoteriker_innen als dezidiert unpolitisch. Viele meinen auch, esoterische Praktiken rein pragmatisch zu nutzen, ohne das damit verbundene Weltbild selbst zu vertreten. Esoterik ist eine „Supermarkt-Religion", die sich leicht an individuelle Bedürfnisse anpassen lässt, bei der nach Herzenslust die eine Lehre mit der anderen Praktik kombiniert werden kann, ohne sich zu widersprechen. Und so sind esoterische Weltbilder auch dafür offen, extrem rechte Ideologieelemente zu integrieren. Und sie machen sich durch die Individualisierung kritikresistent. Betrachtet man Esoterik im weitesten Sinne, geht es heute vor allem um nicht-wissenschaftlich erwiesene (gesundheitliche) Praktiken und Methoden, die mit einem religiösen Weltbild verbunden sind. Kauft man den Inhalt mit, so eignet man sich irrationale Welterklärungen an, beschäftigt sich mit übersinnlichen Phänomenen und dem Glauben an kosmische Gesetze. Man richtet sein eigenes Leben auf die Gesetzmäßigkeiten aus, verbündet sich mit Gleichgesinnten und strebt eine Gesellschaft an, die der angenommenen kosmischen oder natürlichen Ordnung unterworfen ist. Vorstellungen einer natürlichen Ordnung sind aber nicht gesellschaftlich aushandelbar - erst recht nicht, wenn sie durch Geister, mythische Sagen oder Kornkreise übermittelt sind. So ist es kein Zufall, dass die meisten aktuellen esoterischen Lehren wenn nicht offen rassistisch so doch zumindest von einem zutiefst dualistischen und heteronormativen Geschlechterbild geprägt sind: Einer natürlichen Weiblichkeit - erdverbunden, emotional, lebensempfangend - steht eine natürliche Männlichkeit - kulturschaffend, rational, kämpferisch, penetrierend - gegenüber. Wer glücklich sein will, muss lernen, die ihr/ihm bestimmte Rolle auszufüllen, „zu sich selbst" zu finden und sich mit dem Gegenpart in Harmonie zu vereinigen. Widersprüche im eigenen Weltbild und im eigenen Leben werden aufgelöst, indem erklärt wird, dass alles nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit Sinn mache. Emanzipatorisches Handeln verstößt gegen den göttlichen Plan: das Schicksal muss akzeptiert und solle als Chance betrachtet werden, Leid sei die eigene Schuld, wenn nicht in diesem Leben („Gesetz der Resonanz"), dann im vorherigen (Karma). Wenn es einen unberührbaren wahren Kern gibt, der sich rationaler und demokratischer Prozesse entzieht, wird gesellschaftliches Handeln, das auf die Änderung der Verhältnisse abzielt, überflüssig.

Auch die Praktiken der Wahrheits- und Sinnsuche entsprechen nicht einer demokratischen rationalen Aushandlung: Nicht nur werden Materialismus, Moderne und Aufklärung als zerstörerisch angesehen und von vielen abgelehnt. Die Nicht-Prüfbarkeit von Aussagen macht eine demokratische Verhandlung von Bedürfnissen und Interessen auf einer gesellschaftlichen Ebene unmöglich: Vor allem das Beziehen auf angebliche Erkenntnisfunktionen oder komplett irrationale Techniken zur individuellen oder kollektiven Erleuchtung ist hochgradig antidemokratisch. Ein elitärer Kreis der „Wissenden" kann sich von all den (noch) nicht eingeweihten Unwissenden abgrenzen. Zumal die Erleuchtung oft autoritär vermittelt wird: durch Gurus, Medien oder Sektenführer.

Esoterische Welterklärungsmodelle betreiben also eine anti-emanzipatorische „Entpolitisierung", die ein Fake ist: Auf der Suche nach der Wahrheit und den übergeordneten kosmischen Werten werden die eigenen Politiken und Meinungen nicht in einen gesellschaftlichen Kontext und damit zur Disposition gestellt. Dadurch öffnet die Esoterik der Negierung von ungerechten Machtverhältnissen bis hin zur Rechtfertigung von Ungerechtigkeiten und Menschenverachtung Tür und Tor. Zum anderen verschleiert das Label des Unpolitischen den politischen Gehalt der Weltbilder und integriert sowohl historische als auch aktuelle extrem rechte Ideologien als einen möglichen Teil der Wahrheit. •



KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
35. Jahrgang
Nummer 133 | 4.2021

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin